

„Wasser. Kraft. Bayern.“ heißt es am 23. Mai 2019 in Töging am Inn beim 7. Bayerischen WasserkraftForum. Die Bayerische Gemeindezeitung als Veranstalter lädt hierzu politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Lebensadern ein.
Informationen unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de/

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer beim Bayerischen Landkreistag:

Gemeinsame Lösungen mit den Kommunen

„Das Bayerische Familiengeld ist ein Erfolgsmodell. Wir wollten, dass alle Eltern das Geld bekommen. Wer selbst Kinder hat, weiß, was man in den ersten Jahren alles braucht. Nach Diskussionen mit dem Bund haben wir einen Weg gefunden, den er mitgegangen ist. Entscheidend ist am Ende, dass wir die Familien fördern können“, so Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer zu einem der sozialpolitischen Schwerpunkte der Bayerischen Staatsregierung in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag.

Auf Einladung des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter war die Ministerin im Haus der bayerischen Landkreise, um sich mit den Landräten über aktuelle Themen auszutauschen.

einfach nur bei den Kommunen abzuladen. Zudem seien die sozialen Problemlagen in den Landkreisen oftmals sehr differenziert, weswegen eine Lösung für alle schwierig sei. So seien zum Beispiel in München Dinge rele-

reiter bat die Ministerin auch, die Dimensionen der Jugendhilfe nicht zu unterschätzen: „Die Jugendhilfekosten galoppieren uns nach wie vor davon. Wir bitten Sie inständig, im Bayerischen Landtag auf diesen Fakt hinzuweisen.“ Dabei mangle es nicht an Initiativen und Projekten. Deren Erfolgsaussichten seien aber nicht immer überzeugend. Die Landkreise blieben am Ende auf Rekordausgaben sitzen. Die Staatsministerin warb ihrerseits darum, auch gelöste Einzelfälle als Erfolg zu werten.

Kindertagesbetreuung

Bei der künftigen Ausgestaltung der Kindertagesbetreuung bedarf es nach Ansicht der Landräte nicht nur finanzieller Anreize im Sinne der aktuellen Beitragsentlastung für die Eltern. Vor allem die qualitative Angebotssicherung durch Fachkräftentlastung und die Attraktivitätssteigerung für das erzieherische Berufsfeld müssen auf der Agenda des Familienministeriums stehen. Die Staatsministerin kündigte ein entsprechendes Bündnis an.



V.l.: Landrat Hubert Hafner, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Staatsministerin Kerstin Schreyer, Landrätin Tamara Bischof, Dritte Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags.

Immense Aufgaben im sozialen Bereich

Im sozialen Bereich gibt es viele Spannungsfelder. Die Pflege, Jugendhilfekosten, Frauenhäuser, Rechtsanspruch in der Kindertagesbetreuung und einiges mehr stellen die bayerischen Landkreise vor enorme Herausforderungen. Den in den zurückliegenden Jahren gestiegenen kommunalen Steuereinnahmen stehen immense und stetig wachsende Aufgaben- und Ausgabenverpflichtungen im sozialen Bereich gegenüber. Christian Bernreiter bat die Staatsministerin, die seit 1996 selbst Kreisrätin und damit kommunalpolitisch erfahren ist, mehrfach, nicht alle Aufgaben

vant, die für andere Landkreise gar kein Thema seien.

Dass in vielen Fällen nur eine enge Abstimmung und gemeinsame Wege zu guten Lösungen führen, bestätigte auch die Staatsministerin. Zum Beispiel könne im Bereich der Frauenhäuser nur ein gemeinsames Vorgehen zielführend sein, was aber nicht bedeuten würde, dass das Land die kommunale Aufgabe der Frauenhäuser übernehmen würde. Die Staatsministerin verwies auf ihren Drei-Stufen-Plan zum Gewaltschutz und zur Gewaltprävention. Ein Schwerpunkt sei dabei der Ausbau der Plätze, aber auch mehr Geld für die Verstärkung des Personals. Zwar seien die Kommunen zuständig für die Frauenhäuser, die Problematik, die sich aus der Betreuungssituation über mehrere Landkreise hinweg ergebe, sei aber erkannt worden.

Besondere Problemlagen

Aus diesem Grunde müsse man das Thema auch gemeinsam angehen. „Wir müssen genau hingucken, was fehlt und was gebraucht wird. Man muss sich auch anschauen, wohin sich Gewalt entwickelt. Auch Männer sind Opfer von Gewalt. Hinzu kommen viele besondere Problemlagen wie zum Beispiel Zwangsprostitution. Für die Beantwortung solcher Fragen benötigt man ein Gesamtkonzept“, so die Staatsministerin.
Landkreistagspräsident Bern-



In der Grundschule von Plan International im Nguenyiel Refugee Camp Zon A informierte sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL (2. von links), über die Bildungsangebote und Jugendprogramme im Flüchtlingscamp.
Bild: Bayerische Staatskanzlei, Jörg Koch.

Ministerpräsident Söder in Äthiopien:

Drehscheibe für Kontakt mit Afrika

Der Freistaat Bayern wird sein humanitäres Engagement in Afrika massiv ausbauen. Aus diesem Grund reiste Ministerpräsident Dr. Markus Söder jüngst nach Äthiopien und eröffnete in Addis Abeba das Bayerische Afrikabüro.

„Es ist Anlaufpunkt und Drehscheibe für den Kontakt mit Äthiopien und ganz Afrika. Damit setzen wir ein Zeichen für bleibendes Engagement, Zusammenarbeit und Zuversicht. Bayern will Äthiopien bei seiner Entwicklung aktiv unterstützen. Wir setzen uns ambitionierte Ziele und bringen ein langfris-

tiges Engagement vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Entwicklungszusammenarbeit voran. Unser Afrikabüro soll Ideen entwickeln, koordinieren und die feste Kontaktstelle Bayerns zu Äthiopien und zur Afrikanischen Union werden“, so Söder.

Zusammenarbeit mit der GIZ

Das Bayerische Afrikabüro ist räumlich bei der Repräsentanz der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) untergebracht. Geleitet wird das Büro von Linda Schraml. Neben dem Ausbau und der Begleitung der Entwicklungszusammenarbeit beobachtet das Büro Entwicklungen bei der Afrikanischen Union und pflegt Kontakte zu Institutionen und Vertretern anderer afrikanischer Staaten in Addis Abeba.

Eines der Vorhaben, das von Bayern betreut werden soll, ist das Aufforstungs- und Wissenschaftsprojekt „Kirchenwald“ in Bole Bulbula. Die Bayerische Staatsregierung unterstützt Forschungen der Technischen Universität München vor Ort mit bis zu 250.000 Euro.

Söder sieht den Bestand heimischer Wälder als Schicksalsfrage für Äthiopien: „Sie schützen das Klima und wirken der Bodenerosion entgegen. Wir

fördern ein Forschungsprojekt, das die Artenvielfalt der Kirchenwälder nutzt, um geeignete Baumarten für Aufforstungen zu erkennen.“ Daraus sollen Konzepte für eine nachhaltige Landnutzung im gesamten äthiopischen Hochland entwickelt werden.

Das Projekt profitiert von den Prinzipien der äthiopisch-orthodoxen Kirche, die ihre „heiligen Wälder“ rund um ihre Kirchen in besonderer Weise schützt. So konnte sich die Vegetation dieser Wälder an den Klimawandel anpassen.

Sonnenstrom für German Church School

An der „German Church School“ in Trägerschaft der Evangelischen Kirchengemeinde in Addis Abeba fördert Bayern den Bau einer Photovoltaikanlage, um Stromausfälle während des Unterrichts zu verhindern. Eine durchgängige Stromversorgung ist notwendig, weil die Schüler auf technische Sehhilfen angewiesen sind.

Bekanntlich haben schon zahlreiche bayerische Kommunen sich in afrikanischen Schulprojekten engagiert. So steht die Förderung des Freistaats Bayern in logischer Konsequenz zu bereits vorhandenen und geplanten bayerischen Bildungseinrichtungen.

Zukunftschancen für junge Menschen

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Bildung eröffnet jungen Menschen in Afrika Chancen (Fortsetzung auf Seite 2)



Geld spenden für Notre-Dame? Für manche Zeitgenossen Verschwendung. Doch sollen wir in stürmischen Zeiten unsere christlichen Wurzeln kappen und auf Sinnstiftung verzichten? Mitnichten, meint der Bürgermeister. Er fordert nach dem Osterfest zur Besinnung auf. Seite 19

Kein Grund zur Entwarnung

Mit den Kernforderungen Flüchtlingsbewegung weiter steuern und begrenzen, Integration fördern, fördern und dauerhaft finanzieren und Asylverfahren weiter beschleunigen, sowie Rückführungen abgelehnter Asylbewerber konsequent umsetzen, richtet sich der DStGB in einem aktuellen Statement an Bund und Länder und stellt die aus kommunaler Sicht wichtigsten Maßnahmen für eine erfolgreiche Flüchtlings- und Integrationspolitik vor.

Neben der Steuerung und Begrenzung der weiterhin hohen Zuwanderungsbewegung nach Deutschland besteht die Mammutaufgabe in der Integration der Menschen in Arbeit und Gesellschaft vor Ort in den Städten und Gemeinden. „Dies wird Jah-

re dauern und setzt eine dauerhafte und verlässliche Finanzierungsbasis voraus. Genau diese steht jedoch derzeit auf dem Spiel“, heißt es in dem Papier.

Fakt ist: Die Zahl der nach Deutschland geflüchteten Men-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Aufruf zum Mitmachen:

Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Nazi-Bücherverbrennung

Verbrannt, verboten, verbannt – die Namensliste der Autorinnen und Autoren ist lang. Unzählige Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler wurden ihrer Heimat und Arbeit beraubt, viele wurden ermordet oder in den Tod getrieben. Das darf nicht vergessen werden.

Deshalb finden alljährlich am 10. Mai zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt. „Viele bayerische Kommunen unterstützen seit Jahren die Aktion Bücherlesung“, bedankt sich der Initiator, TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel.

Zum 86. Jahrestag der Bücherverbrennung werden erneut zahlreiche Lesungen aus den Werken jener Autoren stattfinden, deren Vernichtung die Nazis beschlossen hatten. Schmitt-Thiel konnte wieder viele prominente Mitstreiter für die Zentralveranstaltung am Münchner Odeonsplatz (ab 12.00 Uhr) gewinnen.
Weitere Informationen: www.buecherlesung.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Lust am Wählen wecken versus verantwortungsvolle Reife . . .	2
55.000 Euro im Briefkasten für Schule in Afrika	2
Fachtagung der Standesbeamtinnen und Standesbeamten . . .	3
GZ-Kolumne Josef Mederer: Wohnraum für Mitarbeiter schaffen	3
Bayern ist ein EU-Gewinner	4
Grundsteuer sichern, Altschulden abbauen	5
Kommunale Finanzthemen	6 - 10
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau • Friedhofsgestaltung . . .	11 - 14
Wasser • Abwasser	15 - 16
Aus den bayerischen Kommunen.	17 - 20

Diskussion um Wahlalter:

Lust am Wählen wecken versus verantwortungsvolle Reife

Auch Kinder und Jugendliche werden zur Europawahl an die Urne gebeten. Die Stimmabgabe bei der U18-Wahl ist allerdings nur einer echten Wahl nachempfunden. Mitmachen kann jede Institution, die parteipolitisch unabhängig und demokratisch gesinnt ist. Die Initiative lenkt den Blick auf die aktuelle Diskussion, das offizielle Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken.

Ob LBS-Kinderbarometer, Shell-Jugendstudie oder die AID:A-Studie des Deutschen Jugendinstituts – seit Jahren weisen Umfragen ein hohes Interesse der jungen Generation am Geschehen in der eigenen Umgebung nach. Über die Hälfte der Neun- bis Vierzehnjährigen will an der politischen Meinungsbildung teilnehmen, laut LBS-Kinderbarometer. Bei Entscheidungen auf europäischer Ebene ist es immerhin noch ein Drittel. Dieses Interesse soll die U18-Wahl fördern. Von Arbeitslosigkeit über Digitalisierung und Tierschutz bis zu Zusammenhalt: Der Bayerische Jugendring (BJR) hat zusammen mit Kindern und Jugendlichen insgesamt zwölf Themen erarbeitet, die Menschen unter 18 Jahren bei der Europawahl am 26. Mai wichtig sind. Dazu wurden Fragen formuliert und die an die Parteien verschickt. „Die Antworten sind nicht einfach aus dem Wahlprogramm kopiert, sondern gehen in verständlicher Sprache auf die Fragen der Jugendlichen ein“, sagte BJR-Präsident Matthias Fack im Europaausschuss. Mit diesen Informationen sollen Kinder und Jugendliche das nötige Rüstzeug bekommen, um bei der U18-Wahl ihr Kreuz an der für sie richtigen Stelle zu machen.

Bundesweite Initiative

Die U18-Wahl gibt es nicht nur in Bayern, sondern bundesweit zu allen Wahlen. Dabei handelt es sich um keine echte, sondern einer regulären Stimmabgabe nachempfundene Wahl. Jugendliche sollen über Wahlen aufgeklärt werden, sich mit politischen Inhalten beschäftigen und Lust am Wählen entwickeln. Der Vorsitzende des Europaausschusses, Tobias Gotthardt (Freie Wähler), betonte in der anschließenden Aussprache, BJR-Präsident Fack habe ihn schon als Botschafter für die U18-Wahl gewonnen. Auch Julika Sandt (FDP) nannte die U18-Wahl eine „super Initiative“. Die Positionen der Parteien bei den Kommunalwahlen rufen die Partner vor

Ort in der Regel zusammen mit den Schulen ab. Der Unterschied zwischen der U18-Wahl und der sogenannten Juniorwahl ist, dass Letztere ausschließlich an Schulen stattfindet.

Server brechen zusammen

Das Konzept kommt bei den Jugendlichen gut an. „Bei der ersten U18-Wahl in Berlin sind uns die Server zusammengebrochen“, berichtete Fack. Inzwischen sind die Träger, unter anderem das Deutsche Kinderhilfswerk und der Deutsche Bundesjugendring, besser auf den Ansturm vorbereitet. Ein Wahllokal kann jede Institution, die parteipolitisch unabhängig und demokratisch gesinnt ist, einrichten. Hier wächst die Nachfrage: Bei der bayerischen Landtagswahl 2013 gab es 170 Wahllokale, 2018 waren es bereits 453. Knapp 62.000 Kinder und Jugendliche machten im vergangenen Jahr von ihrer Wahlmöglichkeit Gebrauch. Richtig zufrieden ist Fack trotz der steigenden Zahlen nicht. „Im Prinzip wäre die U18-Wahl bei der Europawahl gar nicht nötig“, erklärte er. Tatsächlich hat das Europäische Parlament bereits 2015 eine Empfehlung an die Mitgliedsstaaten ausgesprochen, das Wahlalter bei der diesjährigen Wahl auf 16 Jahre abzusenken. Der BJR-Präsident würde es begrüßen, wenn die Jugendlichen in Bayern bereits mit 16 Jahren an Kommunalwahlen teilnehmen könnten.

Klares Nein der CSU

Als Argument für die offizielle Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre nennen Befürworter nicht nur das Interesse an Politik. Häufig seien Jugendliche in dem Alter schon in einer Ausbildung, strafmündig, zahlen Steuern und eben auch von politischen Entscheidungen betroffen. Kritiker kontern, Jugendliche seien noch nicht in der Lage, die komplexen Zusammenhänge der politischen Arbeit zu verstehen. Damit begründet die CSU unter anderem

ihr klares Nein zum Vorstoß des Kultusministers Michael Piazzolo (Freie Wähler) für eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Die Position der CSU zum Wahlalter sei unverändert, betonte Staatskanzleichef Florian Herrmann. „Wir diskutieren das in großer Regelmäßigkeit und wir halten einen Gleichklang von Volljährigkeit und Wahlalter für richtig“, sagte er gegenüber dem Bayerischen Rundfunk. Die Rechte und die Verantwortung sollten miteinander korrespondieren, argumentierte er. Ähnlich äußerte sich auch Innenminister Joachim Herrmann (CSU): Die Mitverantwortung für politische Entscheidungen solle im Interesse aller Bürger „nur denjenigen übertragen werden, bei denen aufgrund von Lebensalter und Lebenserfahrung ein gewisses Maß an politischer Urteilsfähigkeit vorausgesetzt werden kann“. Es sei aus Sicht der Staatsregierung eine „sachgerechte Entscheidung“, dass nur Volljährige wählen dürfen. Der Innenminister wies außerdem darauf hin, dass Minderjährige „im Rechtsverkehr“ noch kaum Verantwortung zuerkannt werde.

Applaus von der Opposition

Von der Opposition erntete der Kultusminister hingegen viel Zustimmung. „Unbedingt Wahlalter 16!“, schrieb Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze auf Twitter. Die jugendpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen Eva Lettenbauer betonte die Bedeutung von mehr politischer Bildung in den Schulen, aber auch außerhalb. „Wer schon in jungen Jahren in der Schule intensiver als heute und mit der Aussicht auf das baldige Teilnehmen an einer Wahl über das Parteiensystem und politische Entscheidungsprozesse diskutiert, lernt den Wert der Demokratie früh kennen und bleibt als Wählerin und Wähler aktiv.“

Auch der Fraktionschef der BayernSPD-Landtagsfraktion Horst Arnold fordert ein Wahlrecht ab 16 Jahren für Kommunalwahlen in Bayern. „Dass die Jugendlichen politisch interessiert sind und sich engagieren wollen, zeigen nicht nur die wöchentlichen Fridays for Future-Demonstrationen. Die jungen Leute sind auch in vielen anderen Bereichen aktiv, beispiels-

weise in Kreis- und Stadtjugendringen“. Was aber fehle, sind echte Mitgestaltungsmöglichkeiten. Als Ziel setzt sich die SPD daher die Einführung des neuen Wahlalters noch vor der bayerischen Kommunalwahl im März 2020 und brachte einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag ein.

Auch FDP-Fraktionschef Martin Hagen lobte den Vorstoß Piazzolos in den Sozialen Netzwerken: „Ja! Schön, dass sich ein bayerischer Minister hier vorwagt.“ Die FDP werde einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen. Ebenso die Linke in Bayern, die nicht im Landtag sitzt, befürwortete Piazzolos Forderung. Die AfD-Fraktion reagierte zunächst nicht auf den Vorstoß. In anderen Bundesländern hatte die Partei aber gegen ein niedrigeres Wahlalter gestimmt.

Wer darf wo wählen?

Bei Landtags- und Bürgerstiftungswahlen haben die Länder eigene Regelungen. So darf in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein schon ab 16 Jahren gewählt werden. Bei Kommunalwahlen hat die Mehrheit der Bundesländer das Wahlalter auf 16 festgelegt. Nur in Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und in Sachsen darf erst ab 18 gewählt werden. Auf Bundesebene hatte sich Justizministerin Katharina Barley vor dem Hintergrund der „Fridays for Future“-Demonstrationen Anfang März für eine generelle Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ausgesprochen. Bei der kommenden Europawahl gilt in Deutschland ein generelles Wahlalter ab 18. Nur auf Malta und in Österreich darf bereits ab 16 gewählt werden.

Bei Kommunalwahlen sieht es etwas anders aus. 16-Jährige dürfen in Finnland, Estland und Schottland wählen. Auch Kroatien und Slowenien lassen 16-Jährige über die Zusammenfassung der Gemeindeparlamente mit abstimmen, Voraussetzung ist allerdings ein Ausbildungsplatz.

Hat Piazzolo mit seinem Vorstoß in Bayern Erfolg, hält er die Zulassung von Minderjährigen auf anderen politischen Ebenen für denkbar. Für die Kommunalwahlen im nächsten Jahr sei laut Minister eine Änderung des Wahlrechts nicht realistisch, aber bis zur übernächsten Wahl 2026 solle die Reform „in trockenen Tüchern“ sein. Bis dahin können Jugendliche immerhin bei der U18-Wahl ihre Stimme abgeben – auch wenn ihr Kreuz nicht zählt.

Anja Schuchardt



V.l.: LR Thomas Habermann, Tanja Struve, Michael Schmitz (beide Europabüro des Deutschen Landkreistages), MdB Monika Hohlmeier.

Bild: Büro Hohlmeier/Jan Martin Schiebel

Unsere #heimat in Europa

Stärkere Einbeziehung der kommunalen Ebene in Brüsseler Politik

Landrat Thomas Habermann aus dem unterfränkischen Landkreis Rhön-Grabfeld vertritt die Interessen aller deutschen Landkreise im Europäischen Ausschuss der Regionen in Brüssel. Anlässlich einer Plenarsitzung des Gremiums in Brüssel tauschte er sich mit Monika Hohlmeier, MdB, darüber aus, wie die Europäische Union bürgernäher werden und welche Rolle den Kommunen dabei zukommen könnte.

Einig waren sich die Gesprächspartner darüber, dass die bevorstehende Wahl mit Blick auf aktuelle Herausforderungen wie Brexit, Klimawandel und globale Migration für die Zukunft und das Fortbestehen der Union wesentlich sei.

Landrat Habermann betonte die vielfältigen Vorzüge der Europäischen Union für alle Bürger. Leider beschränke sich die Diskussionen häufig nur auf die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile, beklagte er. Um Akzeptanz und Wertschätzung der Union zu stärken, müsse verdeutlicht werden, dass in einer globalisierten Welt kein Mitgliedstaat allein bestehen und die Union nur gemeinsam stark sein könne.

Bei Monika Hohlmeier traf er dabei ins Schwarze. „Wir möchten anhand konkreter Beispiele aufzeigen, dass auch wir vor Ort in vielen Bereichen von der Union profitieren.“ Häufig werde über die EU geschimpft, obwohl die kritisierten Vorgaben erst durch die Umsetzung in Deutschland entstünden. Aus Hohlmeiers Sicht ist eine stärkere Einbeziehung der Vertreter der kommunalen Ebene nötig, da diese den Großteil der europäischen Vorgaben in die Praxis umsetzen und als unterste Verwaltungsebene täglich in direk-

tem Kontakt mit den Bürgern stehen. Habermann teilte diese Ansicht und kündigte an, regelmäßig für Gespräche zur Verfügung zu stehen. □

Drehscheibe für Kontakt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
cen für ein selbstbestimmtes Leben und damit die Grundlage, den Lebensunterhalt später selbst verdienen zu können. Bayern leistet gerne einen Beitrag, um diese Zukunftschancen zu gewährleisten.“ Das Volumen des Projekts beträgt insgesamt 80.000 Euro. Es wird durch den Freistaat Bayern bezuschusst und künftig ebenfalls vom Bayerischen Afrikabüro koordiniert. Kurz vor Ostern reiste Ministerpräsident Söder in die Demokratische Bundesrepublik Äthiopien und warb für eine verbesserte Nachbarschaft Europas mit Afrika. Der Freistaat Bayern will Äthiopien aktiv bei seiner Entwicklung unterstützen und baut seine internationalen Beziehungen aus. Äthiopien gilt als Stabilitätsanker am Horn von Afrika und ist zugleich Brennpunkt für globale Herausforderungen. □

Osterüberraschung für Stefan Rößle:

55.000 Euro im Briefkasten

Anonyme Spende ermöglicht neue Schule in Liberia

Bundesweites Aufsehen erregte GZ-Herausgeber Landrat Stefan Rößle anlässlich eines Pressegesprächs kurz vor Ostern. Hatte ihm doch ein anonym Spender in seinen privaten Briefkasten ein Kuvert mit sage und schreibe 55.000 Euro eingeworfen. In der beiliegenden Karte war klar vermerkt, wofür das Geld zu verwenden ist: Eine Schule in Afrika soll damit errichtet werden.

Der Landrat glaubte zunächst an einen Scherz; brachte das Geld zu Polizei und ließ überprüfen, ob die Geldbündel womöglich Falschgeld sind, oder aus einem Banküberfall stammen. Alle Sorgen konnten letztlich ausgeschlossen werden.

Es war wohl so, dass die zahlreichen Aktivitäten des Landesvorsitzenden der bayerischen Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) erneut das Herz eines großzügigen Menschen erreichten, der sich an Rößles Aktionen beteiligen und die Bildungsinitiativen in unserem Nachbarkontinent unterstützen möchte.

Inzwischen wurde ein Projekt ausgesucht. Das Geld geht in Zusammenarbeit mit der Stiftung Fly & Help sowie Street Child of Liberia und dem dortigen Bildungsministerium nach Liberia. Die neue Schule bekommt sechs Klassenzimmer, Sanitäranlagen, Wasserversorgung und ein Büro für den Schulleiter.

Die derzeitige Schule ist einsturzgefährdet. Sie wird von 128 Kindern besucht, die von dem Neubau ebenso profitieren wie etwa 200 weitere Kinder aus acht umliegenden Dörfern. Durch den sechsstufigen Ausbau kann künftig zudem verhindert werden, dass die Kinder täglich zwei Stunden Fußmarsch auf sich nehmen müssen, um den Unterricht der 6. Klasse besuchen zu können.

Die neue Schule in Liberia ist die 50. Schule im bundesweiten Projekt „1.000 Schulen für unsere Welt“ entsteht. Es tut sich viel Gutes; aber das Ziel ist noch fern! Große Gratulation an Landrat Rößle und sein Team! □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans-Peter Laschka
96268 Mitwitz
am 9.5.

Bürgermeister Peter Mahl
86694 Niederschönenfeld
am 9.5.

Bürgermeister
Harald Schlegel
95482 Gefrees
am 14.5.

Bürgermeister
Anton Drexler
94344 Wiesenfelden
am 19.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Gleitmann
96193 Wachenroth
am 13.5.

Bürgermeisterin
Barbara Wilhelm
93080 Pentling
am 14.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Möhring
97491 Aidhausen
am 13.5.

Bürgermeister Alfons Neumeier
94330 Salching
am 14.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Müller
82538 Geretsried
am 5.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Martin Dannhäußer
95473 Creußen
am 9.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Torsten Günselmann
91352 Hallerndorf
am 14.5.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Leserbrief an die GZ

Elektrofahrzeuge deutlich schlechtere Ökobilanz als Erdgasautos?

So war es zumindest zu lesen in der Bayerischen Gemeindezeitung vom 18.04.2019. Begründet wurde es damit, dass Erdgasautos fast keine Stickoxide und Partikel ausstoßen.

Komisch, das machen Elektroautos doch auch nicht! In mindestens zehn seriösen Studien wurde mittlerweile wissenschaftlich bewiesen, dass sich die heutige Ökobilanz eines Elektroautos nicht hinter der eines Verbrenners, sei er mit Benzin, Diesel oder Erdgas betrieben, verstecken muss. Das weitere ökologische Potenzial von Elektroautos ist enorm. Je mehr erneuerbarer Strom im System ist, desto besser wird die Ökobilanz für die Herstellung und den Betrieb der Fahrzeuge. Dafür arbeiten wir jeden Tag von früh bis spät. Also geht es auch jeden Tag einen Schritt nach Vorne!

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW ist überzeugt davon, dass grünes Gas

und grüner Strom eine zentrale Säule bei der Individualmobilität der nächsten Jahrzehnte bilden können. Beide Technologien werden gebraucht.

Das Schlechtreden der Elektromobilität von Professoren und Journalisten ist nicht mehr auszuhalten und schadet unserem Automobilstandort mehr als es ihm vielleicht kurzfristig nützt.

Wer versucht den Wandel aufzuhalten, wird verlieren. Wir haben doch 100 Jahre auf den Durchbruch der Elektromobilität gewartet! Jetzt ist er da und man kann alle, die daran immer noch nicht glauben mögen, nur empfehlen, mal ein ordentliches Elektroauto ausgiebig zu testen. Bayerische Produkte sind dafür derzeit weder vom Preis noch von der Leistungsfähigkeit leider nicht die erste Wahl, und das ist doch die wahre und einzige Katastrophe!

Detlef Fischer
VBEW-Geschäftsführer

Intersexualität, Kinderehen, Auslandsgeburten, Leihmutterchaft:

Personenstandswesen im Wandel

Fachtagung des Fachverbandes der bayerischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten

Über 500 Standesbeamte und politische Prominenz feierten im Rahmen der 56. Fachtagung für Personenstandswesen und der Verbandsversammlung in München das 70-jährige Gründungsjubiläum des Fachverbandes der bayerischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten e.V. Im Rahmen der Verbandsversammlung, die ganz im Zeichen von Neuwahlen stand, wurde Matthias Müller zum Nachfolger von Klaus Holub als 1. Vorsitzender des Fachverbandes bestimmt.

Die klare Haltung der Staatsregierung zum Umgang mit sogenannten Kinderehen bekräftigte eingangs Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: „Kinder sollen spielen, lernen und sich frei entwickeln können. Sie sollen selbständig und erwachsen werden. Erst dann sollen sie frei und selbstbestimmt entscheiden, ob und wen sie heiraten. Kurz gesagt: Kinder gehören in die Schule und auf den Spielplatz und nicht vor den Traualtar.“

Bei dem enormen Zustrom von Asylbewerbern habe man in den vergangenen Jahren feststellen müssen, dass vermehrt auch minderjährige Verheiratete darunter waren, betonte Herrmann. Nicht zuletzt auf Druck von Bayern habe der Bundesgesetzgeber 2017 das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen beschlossen. Es sieht unter anderem vor, dass Ehen, die im Ausland legal geschlossen wurden, in Deutschland unwirksam sind, wenn einer der Ehepartner unter 16 Jahre alt ist.

Zwar liege das Gesetz nun zur Entscheidung beim Bundesverfassungsgericht und er wolle der Entscheidung nicht vorgreifen, erklärte der Minister, versicherte den Standesbeamten aber: „Die Staatsregierung wird weiterhin alles tun, dass Ehen mit Minderjährigen in Deutschland auch künftig keinen Platz haben. Denn die Werte unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats und der Schutz des Kindeswohls stehen für uns nicht zur Disposition.“

Den Delegierten des Fachverbandes dankte Herrmann für die geleistete Arbeit, insbesondere für die erfolgreiche Umset-

Zensus 2021:

Wo sind wir und wenn ja, wie viele?

Start der Vorbereitungsarbeiten für die Gebäude- und Wohnungszählung

Gewerbliche Großeigentümer und Verwalter von Wohnraum können durch Teilnahme an einer kurzen Vorbefragung ihre verpflichtende Datenlieferung zum Zensus-Stichtag vereinfachen.

Neben der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl erfolgt im Rahmen des Zensus 2021 eine flächendeckende Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ), um Politik, Verwaltung und Wirtschaft eine verlässliche Planungs- und Entscheidungsgrundlage gewährleisten zu können. Um die anfallenden Belastungen für große Wohnungsunternehmen möglichst gering zu halten, bieten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder spezielle Möglichkeiten für die gesammelte elektronische Übermittlung der Daten an.

Wichtige Partner

Die Statistischen Ämter der Länder kontaktieren derzeit potenzielle Eigentümer und Verwalter von Gebäuden mit Wohnraum. Da in Deutschland kein einheitliches Verwaltungsregister für Wohnungen und Gebäude existiert, sind die Unternehmen der Wohnungswirtschaft ein wichtiger Partner der amtlichen Statistik. Indem sie für eine Vielzahl von Gebäuden und Wohnungen Auskunft erteilen können, tragen sie beim Zensus 2021 wesentlich zum Ge-

lingen der Erhebung und der hohen Qualität der Ergebnisse bei. Zur Vorbereitung der Gebäude- und Wohnungszählung wurden zunächst sämtliche Objekte mit Wohnraum sowie deren Eigentümer recherchiert. Diese werden zurzeit postalisch kontaktiert und gebeten, mithilfe der Beantwortung eines kurzen Online-Fragebogens dazu beizutragen, den weiteren Verlauf der Gebäude- und Wohnungszählung so effizient wie möglich zu gestalten. Mit dieser vorbereitenden Befragung werden Ansprechpartner ermittelt und sichergestellt, dass die kontaktierten Unternehmen tatsächlich gewerbliche Eigentümer oder Verwalter von größeren Wohnungsbeständen sind.

Vielfältige Tätigkeitsbereiche

Elke König, Standesbeamtin beim Standesamt München, ging in ihrem Erfahrungsbericht auf Änderungen im Registerrecht zum 1.11.2018 ein. Torsen Hensel, Standesamtsaufsicht der Stadt München, referierte über Vorlagepflichten im Standesamt, während sich Prof. Dr. Jens M. Scherpe, MA (Cantab), MJur (Oxon.), University of Cambridge, mit dem Verhältnis von Intersexualität und Recht befasste. In seinem Vortrag hinterfragte Scherpe die Neuregelungen im Personenstandsgesetz kritisch und ging dabei auf die historischen und internationalen Hintergründe und Entwicklungen ein. Der Vortrag mündete in der Frage, wieviel Geschlecht das Recht eigentlich (noch) braucht.

Mit der Frage „Der Standesbeamte als heimlicher Volljurist? – Prüfungspflichtigen im Standesamt“ beschäftigte sich Prof. Dr. Anatol Dutta, M. Jur. (Oxford), Ludwig-Maximilians-Universität München. Sein Vortrag zeigte die vielfältigen Tätigkeitsbereiche des Standesbeamten anhand konkreter Beispiele auf und verdeutlichte damit, dass dieser in rechtlicher Hinsicht Aufgaben erfüllt, die der Tätig-

keiten eines Volljuristen nahekommen. Die großen Anforderungen an die Personenstandspraxis müssen aus Duttas Sicht auch von der Personalverwaltung bei der Einstufung von Standesbeamten berücksichtigt werden.

Über das Thema „Auslandsgeburten im Alltag der Standesbeamten“ referierte Claus Lukas, Standesamt Ingolstadt. Er gab insbesondere den kleinen und mittleren Standesämtern ein Werkzeug für die tägliche Praxis an die Hand, das Orientierung im Umgang mit der Beurkundung von Auslandsgeburten bietet. Neben einem kurzen Überblick über die wichtigsten personenstandsrechtlichen Vorschriften zur Beurkundung einer Auslandsgeburten wurden diese in Form einer zusammengefassten und strukturierten „Checkliste“ präsentiert und an Hand eines praktischen Beispiels erläutert.

Internationalen Urkundenverkehr

Walter Königbauer vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, legte sein Augenmerk auf die Neuerungen im Internationalen Urkundenverkehr und erste Erfahrungen mit der EU-Apostillenverordnung. Ziel dieser Verordnung ist die Erleichterung des Urkundenverkehrs innerhalb der EU. Hierzu sind Vereinfachungen vorgesehen bei der Echtheitsüberprüfung von Urkunden aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie bei der Vorlage beglaubigter Kopien und der Übersetzung öffentlicher Urkunden.

Rainer Fläxl, Richter am Oberlandesgericht München, informierte über die Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen und gab Informationen aus der Praxis für die Praxis. Abschließend befasste sich Dr. Konrad Duden, LL.M. (Cambridge), Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, mit der Behandlung internationaler Leihmutterchaftsfälle. DK

Stark, smart und menschlich

Weber tritt in seinem Wahlprogramm für ein starkes, smartes und menschliches Europa ein. Die Europäische Grenz- und Küstenwache will er bis 2022 mit mindestens 10.000 zusätzlichen Grenzschützern, modernster Technologie, einschließlich Drohnen, und mit einem direkten Eingriffsrecht ausstatten. Europol soll in ein europäisches FBI umgewandelt und seine Personalstärke verdoppelt werden.

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei will der Spitzenkandidat beenden. In den Beziehungen zur Türkei gelte der Grundsatz: Enge Partnerschaft ja, EU-Mitgliedschaft

kein. Erfolgreiche Zusammenarbeit bestehe bereits im wirtschaftlichen Bereich und beim EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen. Gleichzeitig entferne sich die Türkei von europäischen Werten.

„Mein Ziel ist klar: Ich kämpfe als Spitzenkandidat für ein starkes Ergebnis von CDU und CSU in Deutschland und dafür, dass die EVP deutlich stärkste Fraktion im Europäischen Parlament wird“, unterstrich Manfred Weber bei der Präsentation seines Programms für die Europawahl am 26. Mai. Er sei bereit, Präsident der Europäischen Kommission zu werden und die Reform der EU anzupacken, so der CSU-Politiker.

nein. Erfolgreiche Zusammenarbeit bestehe bereits im wirtschaftlichen Bereich und beim EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen. Gleichzeitig entferne sich die Türkei von europäischen Werten.

Neuer Rechtsstaatsmechanismus

Mit einem neuen Rechtsstaatsmechanismus möchte Weber außerdem ein wirksames Instrument für konkrete Maßnahmen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit schaffen. Nur ein transparentes und unabhängiges Gremium, das vor politischem Druck geschützt ist und alle Mitgliedstaaten gleichermaßen beurteilt, könne sicherstellen, dass in der Union der Werte die Unabhängigkeit der Justiz, die Medienfreiheit und der Kampf gegen Korruption aufrechterhalten werden.

„Ich werde im Kampf gegen Krebs über einen Masterplan eine gemeinsame europäische Perspektive geben, indem wir unsere Talente, unser Wis-

sen und unsere Ressourcen zusammenlegen“, heißt es weiter. „Unsere Forschung und unsere Innovationen in Europa müssen ganz konkret das Leben der Menschen verbessern.“

In Würde alt werden

Auch beabsichtigt Weber einen Anstoß zu geben, damit die Entwicklung von intelligenten Häusern (Smart Homes) vorangebracht wird. Diese sollen den Menschen ermöglichen, zuhause, in ihrer gewohnten Umgebung alt zu werden – in Würde und in der Nähe ihrer Familie.

Ziel ist zudem, in den kommenden Jahren und in der gesamten EU fünf Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Nur mit neuen Zukunftsjobs in ganz Europa könne die Abwanderung von Fachkräften gestoppt und Menschen eine Perspektive gegeben werden. Um die Bürokratielast zu senken, sollen veraltete und unnötige Rechtsvorschriften abgeschafft und die Zahl der Beschäftigten in den EU-Institutionen gegebenenfalls den Aufgaben der Europäischen Union angemessen reduziert werden. Darüber hinaus ist der Einsatz eines europäischen Normenkontrollrats geplant.

Mit der Einrichtung eines digitalen Übergangsfonds will We-

ber den Arbeitnehmern im digitalen Wandel zur Seite stehen. Eine „digitale Fairnesssteuer“ soll zur Finanzierung des Übergangsfonds beitragen. Auch will der Spitzenkandidat mit Wohnungsbau darlegen, die von der Europäischen Investitionsbank finanziert werden, in Zukunft dafür sorgen, dass sich junge Familien Wohneigentum weiterhin leisten können.

„Ich werde dafür kämpfen, dass wir durch unsere Abkommen, wie beispielsweise Handelsabkommen, ein weltweites Verbot von Kinderarbeit sicherstellen. Niemandem darf es erlaubt sein, die Unschuld von Kindern auszunutzen, um höhere Gewinne zu einzustreichen“, lautet eine weitere Zusage für die Zukunft Europas.

Marktführer auf dem Gebiet der Umwelttechnologie

Stichwort Klimaschutz: „Durch gemeinsame Investitionen in die Entwicklung emissionsarmer Flugzeuge können wir den Luftverkehr revolutionieren und Marktführer auf dem Gebiet der Umwelttechnologie sein“, betont Weber. „Wir werden nicht zulassen, dass sich unser Planet in die größte Müllhalde des Universums verwandelt: Als Vorreiter für saubere Technologien werde ich einen globalen Vertrag zum Verbot von Einweg-Kunststoffen vorschlagen“, so der CSU-Politiker abschließend. DK

GZ

KOLUMNE
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,



der lange vorhergesagte Fachkräftemangel ist schon seit geraumer Zeit in der öffentlichen Verwaltung angekommen. Seien es Erzieherinnen und Erzieher, Krankenpflegepersonal, IT-Fachkräfte oder auch Beamtinnen und Beamte oder Beschäftigte mit Verwaltungsausbildung: Speziell im Großraum München suchen Stadt, Landratsamt, Bezirk, Regierung und Ministerien nach Mitarbeitenden mit verschiedensten Qualifikationen. Wir alle befinden uns dabei im direkten Wettbewerb mit der Wirtschaft.

In Zeiten sehr guter Konjunktur können wir mit dem dort bezahlten Gehaltsniveau oft nicht mithalten. Deshalb müssen wir mit anderen Vorteilen punkten: In erster Linie sind

Wohnraum für Mitarbeiter schaffen

dies natürlich die Inhalte unserer Arbeitsplätze, die am gesellschaftlichen Mehrwert orientiert und Sinn stiftend sind. Gerade für junge Menschen scheint dies wieder vermehrt ein schlagkräftiges Argument zu sein bei der Auswahl, was, wo und für wen sie arbeiten möchten. Flexible Teilzeitleösungen, mobiles Arbeiten von zuhause aus und Kinderkrippen – und Kindergartenangebote gehören mit zum Paket, das die meisten Arbeitgeber inzwischen schnüren.

Während die Arbeitsplatz- und Standort-sicherheit, die der öffentliche Dienst bieten kann, für manche Bewerber kein Argument ist, ist dies für manche Branchen ein echtes Unterscheidungsmerkmal. Ein Kriterium rückte aber in den vergangenen zwei Jahren immer mehr in den Vordergrund: Wer mit dem Job auch gleich eine passende Wohnung bieten kann, gewinnt. Die gute alte Werkswohnung feiert Renaissance!

Der Bezirk Oberbayern ist hierbei in der privilegierten Position über seine eigene Wohnungsgesellschaft „Oberbayerische Heimstätte – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH“ über knapp 5.500 Wohnungen in Oberbayern verfügen zu können. Im Umgriff seiner traditionellen Krankenhausstandorte in

Haar b. München, Wasserburg am Inn und Taufkirchen/Vils besitzt bzw. besaß der Bezirk Oberbayern ausgedehnte Grundstücke, die damals größtenteils landwirtschaftlich genutzt wurden, um die Kliniken möglichst autark versorgen zu können.

Diese Grundstücke wurden in der Vergangenheit sehr häufig von unserer bezirkseigenen Baugesellschaft Oberbayerische Heimstätte bebaut – sei es, dass wir den Baugrund verkauft oder im Erbbaurecht vergeben haben.

Über 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks oder von kbo-Kliniken des Bezirk Oberbayern wohnen heute in solchen Wohnungen mit Belegungsrecht. Hier kommen natürlich bei der Wohnungsvergabe soziale Kriterien wie Einkommen, Betriebszugehörigkeit und Kinderzahl zum Tragen und der Personalrat ist ins Verfahren verbindlich miteinbezogen. Im Rahmen unserer Zukunftsplanungen für 2030 und später planen wir in Haar, sofern das Baurecht dazu geschaffen werden kann, auch noch in größerem Stil klassische Mitarbeiterwohnungen zu errichten.

Inzwischen hat es sich aber bewährt, dass wir auch die Wohnungen, die nicht mit einem Belegungsrecht für den Bezirk ausgestattet sind, zunächst den Bezirksmitarbeitenden anbieten, bevor sie auf den freien Markt gehen. Mittlerweile geht es am überhitzten Immobilien-Boomstandort München und Umgebung nämlich nicht nur um den Preis einer Wohnung, sondern allein schon um das Privileg, nicht mit mehreren Dutzenden anderer Bewerber konkurrieren zu müssen. Denn selbstverständlich sind wir auch verpflichtet, uns am Mietspiegel zu orientieren.

Aber wir müssen ihn nicht ausreizen! Und wenn Bewerberinnen und Bewerber sich von auswärts für eine Stelle bei uns interessieren, können wir ihnen Übergangswohnungen anbieten, damit sie sich in aller Ruhe auf dem Mietmarkt umsehen können. Für Auszubildende und Beamtenanwärter haben wir sogar im Verwaltungsgebäude in der Münchner Prinzregentenstraße zwei Wohngemeinschaften. Wir sind froh, dass wir an unserer Wohnbaugesellschaft festhalten konnten, als es im allgemeinen Trend lag, solche Immobilien abzustoßen. Das macht sich heute bei der Konkurrenz um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlt.

Ihr Josef Mederer

Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Bezirkspräsident von Oberbayern

Was bringt die EU dem Freistaat?

„Bayern ist ein EU-Gewinner“

Rund 2,3 Milliarden Euro aus EU-Strukturfonds / Vielfältige Unterstützung für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur / Projektbeispiel: Byodo

Bayern profitiert in vielfältiger Weise von der Europäischen Union. Unter anderem stellt die EU im aktuellen Förderzeitraum 2014 bis 2020 im Rahmen ihrer Strukturfonds Fördermittel in Höhe von rund 2,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit werden Maßnahmen zur Förderung von Wirtschaft, Beschäftigung und nachhaltiger Entwicklung unterstützt. So fließen allein rund 495 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung EFRE in die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und die Verbesserung der Lebensqualität. Damit werden nachhaltige Konzepte in Kommunen und innovative Projekte in bayerischen Unternehmen gefördert, wie etwa das neue Betriebsgebäude der Firma Byodo in Mühldorf (s. Kasten).

Weitere 298 Millionen Euro kommen aus dem Europäischen Sozialfonds ESF. Er konzentriert sich auf die Verbesserung der Beschäftigungs- und Bildungschancen. Damit werden beispielsweise Projekte gefördert, die Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt integrieren sollen. Für Projekte in den ländlichen Regionen stehen Mittel in Höhe von rund 1,52 Milliarden Euro aus dem Europäischen Landwirt-

schaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ELER zur Verfügung. Bei allen Mitteln aus den Europäischen Regionalfonds legt die EU Ziele und Strategien fest. Die konkrete Auswahl und Abwicklung der Projekte erfolgt regional durch die jeweiligen Landesministerien. Eine Förderung unterliegt dem Prinzip der staatlichen Kofinanzierung. Auch private Mittel können einbezogen werden.

Europäischer Garantiefonds

Darüber hinaus fördert die EU in Bayern die Landwirtschaft und den ländlichen Raum durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft EGFL. Aus ihm stammen die Direktzahlungen an die Landwirte. Insgesamt stehen für diese Direktzahlungen in Deutschland von 2014 bis 2020 jährlich etwa 5 Mrd. Euro zur Verfügung. Sie sind gekoppelt an die bewirtschaftete Fläche, nicht an Produktionsmengen. Pro Hektar erhält jeder Landwirt durchschnittlich 281 Euro. Im Durchschnitt machen diese Zahlungen rund 40 Prozent des Einkommens der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland aus. An die Direktzahlungen gebunden sind Umwelt- und Tierschutzstandards, die von landwirt-

schaftlichen Betrieben eingehalten werden müssen.

Bildungsprogramm Erasmus

Aber auch in anderen Bereichen profitiert Bayern unmittelbar von der EU. So sind über zwei Dutzend regionale Produkte vor Nachahmung oder Missbrauch von Namen und Bezeichnungen geschützt, zum Beispiel der Allgäuer Bergkäse, die Hofer Rindfleischwurst und der Fränkische Spargel. Im Bereich von Bildung und Forschung bietet das Bildungsprogramm Erasmus+ Studierenden die Chance, in einem anderen europäischen Land zu studieren. 2015/2016 etwa konnten so 7.202 Personen aus Bayern ins EU-Ausland gehen. Die Universitäten selbst profitieren durch das weltweit größte transnationale Förderprogramm für Forschungsprojekte „Horizont 2020“. Die Liste der erfolgreichsten Städte dabei führt München an. Die am stärksten beteiligten Forschungszentren sind die Fraunhofer Gesellschaft, die Max-Planck-Gesellschaft und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt.

Projektbeispiel:

EU fördert Mühldorfer Unternehmen Byodo Naturkost

Die Europäische Union hat im Rahmen ihrer ERFE-Förderung auch den Erweiterungsbau des Mühldorfer Unternehmens Byodo Naturkost GmbH unterstützt. Byodo erhielt für den innovativen Neubau mit Büro, Lager, Produktion und Kantine insgesamt 650.000 Euro als Zuschuss auf eine Gesamtinvestitionssumme von 7,4 Millionen Euro.

Durch die Erweiterung des nachhaltigen und vielfach ausgezeichneten Byodo Firmengebäudes wurde die Lager- und Logistikfläche um 3.200 m² ergänzt. Zudem sind 40 zusätzliche Büroplätze entstanden und Produktionsräume zur Herstellung regionaler Spezialitäten und zur Veredelung der eigenen Bio-Produkte.

Das Herzstück des Anbaus ist ein Bio-Supermarkt mit einer Verkaufsfläche von 450 m² und eine neue Werkskantine. Im so genannten „Feinsinn – Bioladen & Genussküche“ werden auf insgesamt 1.000 m² eine große Auswahl an Bio-Fleisch, Käse, Wurst, Obst & Gemüse aus der Region, sowie täglich frische Backwaren, Kuchen und Salate angeboten. Von 11:30 bis 14 Uhr gibt es in der Genussküche täglich frische Mittagsgesichte aus hochwertigen Bio-Zutaten für die eigenen Mitarbeiter und externe Gäste. In der alten Werkskantine werden jetzt täglich 300 Bio-Mittagsgerichte für Kinder zubereitet und an die Mühldorfer Kitas und Kindergärten ausgeliefert. In regelmäßigen Abständen finden auch Konzerte und Themen-Abende mit feinen Bio-Köstlichkeiten statt. Das inhabergeführte Unternehmen Byodo Naturkost GmbH mit Sitz in Mühldorf am Inn stellt seit 30 Jahren Bio-Produkte aus 100% Bio-Zutaten her. Byodo beliefert den Naturkost-Fachhandel. □

Auch Mieter machen sich wetterfest:

Absicherung gegen Naturgefahren

Wie sich Mieter gegen die finanziellen Folgen von Schäden durch Naturgefahren absichern

München. Naturkatastrophen verursachen jedes Jahr Schäden in Milliardenhöhe. Extreme Wetterlagen werden zunehmen – auch in Bayern. Und zwar gerade in Gegenden, in denen kein Mensch damit gerechnet hat, dass eine Überschwemmung infolge kräftiger Starkregen nahezu alles zerstören kann. Dabei gehören nicht nur Eigentümer, sondern auch Mieter zu den Betroffenen. „Viele Menschen meinen, es könne sie nicht treffen. Das ist ein fataler Irrtum“, weiß Sigrid Reichardt, Hauptabteilungsleiterin für private und gewerbliche Sachversicherungen bei der Versicherungskammer Bayern.

Hauseigentümer sollten sich deshalb gut beraten lassen und absichern. Zumal sie ab 1. Juli 2019 keine staatlichen Soforthilfen mehr erhalten werden. Aber auch für Mieter können Schäden, die durch Naturgefahren entstehen, riskant sein. Und zwar dann, wenn sie das Hab und Gut innerhalb der Mietwohnung oder des gemieteten Hauses zerstören, also insbesondere den eigenen Hausrat, denn dieser wird nicht von der Versicherung des Eigentümers gedeckt, erklärt Reichardt.

gehören allerdings zum Hausrat des Mieters und müssen auch von ihm abgesichert werden“, erklärt Reichardt. Ein anderes Beispiel: Kommt es zu einer Überschwemmung durch Starkregen, dringt Wasser ein und beschädigt die Türstöcke, so ist dies ein Schaden des Vermieters. Wird das Sofa, also Hausrat des Mieters beschädigt, so betrifft dies den Mieter.

Hab und Gut richtig abgesichert

„Eine Hausratversicherung ist deswegen für jeden Mieter unerlässlich“, sagt Reichardt. Denn sie sichert die Wohnungseinrichtung bei Schäden durch Feuer, Einbruchdiebstahl, Leitungswasser, aber auch durch Naturereignisse wie Hagel, Sturm und Blitzschlag ab. Allerdings besteht nicht automatisch auch Versicherungsschutz für Naturgefahren. „Um auch bei Überschwemmungen durch Hoch-

wasser und Starkregen abgesichert zu sein, sollten Mieter sich gegen die weiteren Elementargefahren“ absichern, rät Reichardt. Wenn dann eine Überschwemmung den gesamten Hausrat in der Wohnung



Sigrid Reichardt. Bild: VKB

zerstört, kommt die Versicherung dafür auf und entschädigt den Wiederbeschaffungswert der zerstörten Einrichtungsgegenstände.

Eine Teilkaskoversicherung ist unerlässlich

Nicht nur der eigene Hausrat kann bei einem Unwetter zerstört werden. Nach starken Regenfällen mit Überflutung kann plötzlich auch die Garage unter Wasser stehen und das eigene Auto beschädigen. „Der Vermieter kommt dann für die Sanierung der Garage auf, nicht aber für Schäden am Auto des Mieters“, erklärt Reichardt weiter. Damit bei einer Überschwemmung der Garage das eigene Auto geschützt ist, ist für den Mieter eine Teilkaskoversicherung erforderlich.

„Ob Schäden in der Wohnung oder am Auto, Mieter sollten in jedem Fall die Schäden an ihrem Eigentum mit Fotos oder Videos festhalten und umgehend die Versicherung informieren“, empfiehlt Reichardt abschließend. „Außerdem sollte auch eine Liste der zerstörten und beschädigten Gegenstände erstellt werden.“

Das sollten Mieter nach einem Unwetterschaden beachten:

- Schaden dokumentieren (Fotos, Videos, etc.)
- Liste der zerstörten und beschädigten Gegenstände anfertigen
- Versicherung informieren. □

Bayern profitiert massiv von guten Rahmenbedingungen

„Bayern ist ein EU-Gewinner“, sagt Steffen Schulz, Sprecher der Vertretung der Europäischen Kommission in München. Denn neben diesen direkten Fördermöglichkeiten der EU profitiere Bayern auch massiv von den guten Rahmenbedingungen, die die Europäische Union schaf-

te. „Fast 60 Prozent der bayerischen Ausfuhr gehen in andere EU-Länder. Der Wohlstand in Bayern gründet daher auch ganz stark auf den guten Handelsbeziehungen zu unseren EU-Partnern. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Erfolg des europäischen Binnenmarktes und der gemeinsamen Politik in der Europäischen Union“, so Schulz. □

Kein Grund zur ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schen geht zurück. Aktuell kommen zwischen 12.000 bis 15.000 Asylsuchende pro Monat nach Deutschland. Insgesamt wurden 2018 185.853 Asylanträge gestellt. Dies ist insbesondere auf die Grenzschiebung der sogenannten Balkan-Route und dem Türkei-Abkommen zurückzuführen. Grund zur Entwarnung besteht jedoch nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes nicht, könne doch niemand verlässlich die weitere Entwicklung voraussagen. Die Zahl der Mittelmeerflüchtlinge nimmt aktuell wieder zu, die Aufnahmefähigkeit der Kommunen ist weiter begrenzt. Die Zahl der neuen Zuwanderer entspricht weiterhin einer Großstadt. Eine Situation wie in den Jahren 2015/2016 dürfe sich keinesfalls wiederholen.

Fordern und Fördern

Der beste und schnellste Weg für Integration erfolgt über Arbeit. Die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten geht voran. Von mehr als einer Million Menschen, die in den Jahren 2015/2016 nach Deutschland gekommen sind, befinden sich mittlerweile rund 400.000 in einem Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis. Dabei gehen 304.000 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach und rund 27.000 sind in einer Ausbildung. Dabei befinden sich 72.000 Personen in einer geringfügigen Beschäftigung. Hinzu kommen Personen, die eine schulische Ausbildung absolvieren, jedoch nicht von der Bundesagentur erfasst werden.

Dies ist aus Sicht des DStGB eine positive Entwicklung und zeigt, dass die Integrationsmaßnahmen von Kommunen, Bund und Ländern nach dem Prinzip des „Forderns und Förderns“ die richtige Richtung vorgeben. Mit 32,7 Prozent sind die Beschäftigungsquoten von Beschäftigten aus den Hauptasylherkunftsländern allerdings weiterhin vergleichsweise gering. Benötigt

werde eine Integration aus einer Hand – angefangen von der Unterbringung, Zuteilung in Sprach- und Integrationskurse, verschiedenste Sprachfördermöglichkeiten und Kinderbetreuung bis hin zur Ausbildung, Beschäftigung oder den Beruf.

Verzahnung von Sprachkursen und Berufsorientierung

Die Verzahnung von Sprachkursen und anschließender Berufsorientierung ist laut DStGB zu verbessern und Kursangebote müssen flächendeckend ausgebaut werden. Geflüchtete sollten durch Sprach- und Integrationskurse die Möglichkeiten erhalten, einer Arbeit nachzugehen. 83 Prozent der erwerbsfähigen, aber arbeitslosen Geflüchteten sind unter 35 Jahre alt. Sie stehen am Anfang eines chancenreichen Berufslebens. So sollte es z. B. möglich sein, dass die Geflüchteten am Vormittag einen Sprachkurs besuchen und am Nachmittag mit einem Praktikum oder einer Ausbildung beginnen. Bayern ist hier Vorreiter: Dort werden Zentren für Integration und Berufseingliederung geschaffen, in denen Menschen durch pädagogisch geschultes Personal mit der Sprache, den Kulturtechniken und rechtlichen Rahmenbedingungen vertraut gemacht werden.

Anerkennung ausländischer Abschlüsse

„Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss erleichtert werden“, lautet eine weitere Forderung des Kommunalverbandes. Dies betrifft den Umgang mit den Gleichwertigkeitskriterien als auch die Teilanerkennung von Qualifikationen. Um die Potenziale zu nutzen, müssten bürokratische Zugangsschwernisse zu Integrationskursen und dem Arbeitsmarkt beseitigt werden.

Unterbringung, Versorgung und Integration sind nicht ohne zusätzliche finanzielle Mit-

tel zu bewältigen. Die im Koalitionsvertrag 2018 für die Jahre bis 2021 vorgesehenen acht Milliarden Euro als Entlastung von Kommunen und Ländern sind aus Sicht des DStGB ein wichtiger Schritt. Der Bund trägt auch im Jahr 2019 die flüchtlingsinduzierten Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) in Höhe von voraussichtlich 1,8 Mrd. Euro. Darüber hinaus wird 2019 insbesondere die Integrationspauschale fortgeführt und von 2 Mrd. Euro um 435 Mio. Euro aufgestockt.

Bund will Unterstützung zurückfahren

Wie es ab dem Jahr 2020 weiter geht, sei jedoch ungewiss. Der Bund hat bereits angekündigt, nicht mehr die flüchtlingsinduzierten KdU-Mehrkosten zu tragen. Vielmehr hat er den Vorschlag unterbreitet, ab 2020 den Bundesländern über erhöhte Landesumsatzsteueranteile eine Kostenpauschale von 16.000 Euro pro anerkannten Flüchtling für die nächsten fünf Jahre zu gewähren. Für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge soll dagegen keine Kostenbeteiligung des Bundes angeboten werden. Aus kommunaler Sicht ist dies laut DStGB „nicht hinnehmbar und nachdrücklich abzulehnen“.

Nach dem Plan könnte der Bund seine Unterstützung von derzeit 4,7 Mrd. Euro auf 1,2 Mrd. Euro pro Jahr zurückfahren. Die Folgen für die Integration der Geflüchteten und die ohnehin prekäre Finanz- und Personalsituation in den Kommunen seien fatal. Der Plan würde letztlich dazu führen, dass die flüchtlingsinduzierten Mehrkosten, vor allem bei der KdU, in großem Umfang aus kommunalen Kassen und dauerhaft von diesen getragen werden müssten. Dies widerspreche auch den Aussagen im Koalitionsvertrag, die Kommunen bis 2021 bei den Integrationskosten zu unterstützen.

„Der Integrationserfolg hängt nicht unmaßgeblich davon ab, dass genügend Geld vor Ort für die Integrationsmaßnahmen zur Verfügung steht. Daher muss der Bund sich dauerhaft an den Kosten beteiligen“, stellt der Verband fest. Dabei müsse auch eine angemessene Finanzierungsregelung für die Personengruppe der Geduldeten gefunden werden. Die Bundesländer seien aufgefordert, die vom Bund bereitgestellten Mittel ungekürzt an die Städte und Gemeinden weiterzuleiten. Bislang erfolge dies nur unzureichend. **DK**

„Pflegerische Angehörige schnell entlasten!“

Sozialministerin Schreyer fordert vom Bund die Einführung einer Unterhaltsgrenze für Kinder pflegebedürftiger Eltern

„Die Pflege der eigenen Eltern darf nicht zu einem unkalkulierbaren finanziellen Risiko werden!“ Darauf weist Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer hin. „Bei der Pflege handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gerade Familien leisten hier einen sehr wichtigen Beitrag und verdienen deshalb unsere besondere Unterstützung. Ich habe Herrn Bundesminister Heil daher angeschrieben und eine baldige Änderung des Sozialhilferechts gefordert. Ich freue mich, dass Bundesminister Heil nun die jahrelange Forderung der Bayerischen Staatsregierung aufgreift und dem Bundeskabinett zeitnah einen Gesetzentwurf vorlegen will.“

Nach aktueller Rechtslage werden Kinder pflegebedürftiger Eltern noch regelmäßig von den Sozialhilfeträgern zum Unterhalt für ihre Eltern herangezogen. Künftig soll nur noch auf das Einkommen der Kinder pflegebedürftiger Eltern zurückgegriffen werden, wenn die Kinder ein Einkommen in Höhe von mindestens 100.000 Euro im Jahr erzielen. Auf Initiative Bayerns ist diese Forderung auch in den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die aktuelle Legislaturperiode aufgenommen worden. „Wir dürfen die Familien mit pflegebedürftigen Eltern nicht länger hinhalten“, so Schreyer. Die Einführung der Unterhaltsgrenze darf aber nicht alleine zu Lasten der Kommunen als Träger der Hilfe zur Pflege erfolgen. Nötig ist deshalb eine entsprechende Entlastung durch den Bund. □

Grundsteuer sichern, Altschulden abbauen

Tagung des DStGB-Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft

Die Themen Grundsteuer und Altschulden standen auf der Agenda der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft des Deutschen Städte- und Gemeindebundes im saarländischen Tholey. Für den Ausschussvorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling (Neuburg a. d. Donau), wäre ein Ausfall der Grundsteuer gerade für finanzschwache Gemeinden „der letzte Sargnagel für die kommunale Selbstverwaltung“.

Die konjunkturabhängige und über den gemeindlichen Hebesatz in ihrem Aufkommen einsteuerbare Grundsteuer sei fundamentale Säule der Kommunalfinanzierung, betonte auch der gastgebende Bürgermeister Hermann Josef Schmidt. Auf die rund 14 Mrd. Euro könnten die Kommunen selbst in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen nicht verzichten.

Problemfeld kommunale Altschulden

Dass die Disparitäten zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen in den vergangenen Jahren immer größer geworden sind, zeigt sich Gmehling und Schmidt zufolge insbesondere auch bei den kommunalen Altschulden. Länder und Bund müssten gemeinsam mit den betroffenen Kommunen hier endlich eine Lösung für die Tilgung und Zinssicherung finden und umsetzen. Nur so könnten für die hochverschuldeten Städte und Gemeinden wieder Gleichwertigkeit und Chancengerechtigkeit erzielt und Zukunftsperspektiven eröffnet werden.

Bund und Länder sind in der Pflicht

Um das Entstehen neuer Schuldenberge auf Ebene der Städte und Gemeinden zu verhindern, seien Länder und Bund in der Pflicht, eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung sicherzustellen, die es den Kommunen erlaubt, pflichtige und freiwillige kommunale Selbstverwaltungsaufgaben zu erledigen. Zudem müssten die Kommunen finanziell in den Stand versetzt werden, den enor-

men kommunalen Investitionsrückstand von zuletzt 159 Mrd. Euro abzubauen.

Kurzfristig seien zudem Maßnahmen zur Zinssicherung zu ergreifen. Aufgrund der Charakteristik der Kurzfristigkeit unterlägen Kassenkrediten einem erheblichen Zinsänderungsrisiko. Bereits ein geringer Anstieg des durchschnittlichen Zinssatzes würde Haushaltskonsolidierungskonzepte hochverschuldeter Kommunen hinfällig machen.

Stärkung der gemeindlichen Steuerbasis

Neben einer Stärkung der gemeindlichen Steuerbasis, zum Beispiel über eine Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils, sind die Kommunen laut DStGB noch stärker bei den Sozialausgaben zu entlasten. Dies gilt insbesondere für die Kosten der Unterkunft, dynamische Ausgabensteigerungen sind aber auch bei der Kinder- und Jugendhilfe wie der Eingliederungshilfe zu beobachten. Der Bund ist aufgefordert, auch künftig die flüchtlingsinduzierten Kosten der Unterkunft zu übernehmen. Um der Entstehung von Bundesauftragsverwaltung zu entgegen, sollte die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft auf 75 Prozent angehoben werden.

„Das zarte Pflänzchen der erfolgreichen Integration in den Kommunen vor Ort darf nicht durch den Bund trockengelegt werden. Integration ist ein Marathon und kein Sprint, hierzu müssen sich endlich alle Beteiligten bekennen und zwar langfristig und vor allem auch finanziell!“, stellten Gmehling und Schmidt übereinstimmend fest.

Keine einseitige Fokussierung auf Kassenkredite

„Kommunen, die unverschuldet in wirtschaftliche Probleme geraten sind, muss geholfen werden – in diesem Ziel sind sich alle Beteiligten einig“, hob unterdessen Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker hervor. Die einseitige Fokussierung in der aktuellen Diskussion allein auf die Tilgung von kommunalen Kassenkrediten gehe aber am Ziel vorbei und sei überholt. Die Struktur der kommunalen Belastungen sei viel zu unterschiedlich. „Eine Aktion, die kurzfristig nur einigen wenigen hilft, löst das Problem nicht!“, stellte der Minister klar.

Zielgenau helfen

Daher setze sich Bayern dafür ein, dass verstärkt und zielgenau in den einzelnen Ländern auf die dort jeweils vorhandenen bzw. notwendigen Instrumente zugunsten der Kommunen zurückgegriffen werden kann, um wirklich zu helfen. Laut Füracker sollte der Bund hier unterstützen, „aber nicht durch Einzelmaßnahmen zugunsten weniger Kommunen, sondern durch eine finanzielle Stärkung der entsprechenden Programme in allen Ländern“. Einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung kommunaler Altschulden leisteten vor allem auch die Sozialausgaben, weshalb der Bund hier für eine nachhaltige Entlastung sorgen müsse. Damit hätten die Kommunen auch wieder mehr wirtschaftliche Spielräume, um ihre finanzielle Situation selbstständig aktiv zu verbessern“, erläuterte der Minister.

„Wir brauchen endlich Hilfen für Städte mit drückenden Altschulden, damit sie wieder handlungsfähig werden. Denn alle Städte wollen für ihre Bürgerinnen und Bürger lebenswert sein und ihnen langfristig eine Heimat bieten, in der es sich zu leben lohnt“, hob Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, hervor.

Ein wichtiger Indikator für das Altschuldenproblem seien die Kassenkredite, mit denen Kommunen laufende Ausgaben bestreiten müssen. Sie beliefen sich auf rund 48 Milliarden Euro und ließen sich von den betrof-

fenen Städten trotz gestiegener Steuereinnahmen nicht allein aus eigener Kraft abbauen. Deshalb müssten Bund und Länder handeln und zu Lösungen für das Problem kommunaler Altschulden kommen. Dafür müsse die Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse des Bundes zusammen mit Ländern und Kommunen konkrete Ergebnisse liefern.

Bund muss helfen bei Entschuldungs- und Konsolidierungsprogrammen

Eine direkte Lösung für das Altschuldenproblem kann Dedy zufolge darin bestehen, dass der Bund die betroffenen Länder bei Entschuldungs- und Konsolidierungsprogrammen unterstützt. Oder der Bund hilft den Kommunen indirekt, indem er sie dauerhaft bei den Sozialausgaben entlastet. Dafür wäre eine höhere Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose ein guter Weg. Dies würde die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Altschulden zu reduzieren. Dass der Bund sich an einer Lösung beteiligen muss, steht für die Städte laut Dedy außer Frage. Die vom Bund mit verantworteten Sozialleistungen hätten schließlich hohe kommunale Sozialausgaben verursacht. Damit seien strukturschwache Städte überfordert worden und daraus Altschulden entstanden. DK

Staatsminister Dr. Florian Herrmann:

In Niederbayern wird gelebte Solidarität der EU-Mitgliedsstaaten sichtbar

Europäischer Solidaritätsfonds unterstützt hochwassergeschädigte Gemeinden in Rottal-Inn / 24 Mio. Euro in Wiederaufbau investiert

Das Hochwasser im Jahr 2016 hatte eine Schneise der Verwüstung in niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn hinterlassen. Zahlreiche Straßen und Gebäude waren Land unter, hauptbetroffene Gemeinde war die Stadt Simbach am Inn. Mit rund 24 Millionen Euro aus dem Europäischen Solidaritätsfonds (EUSF) sind Schäden an der Infrastruktur und an öffentlichen Gebäuden beseitigt worden. Zweieinhalb Jahre nach der Naturkatastrophe sind die EU-Gelder nun vollständig in den Wiederaufbau investiert. Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Europaminister Dr. Florian Herrmann, hat sich aus diesem Anlass vor Ort ein Bild von der Wirksamkeit der Wiederaufbauhilfen gemacht.

Herrmann: „Hier in Niederbayern sehen wir, wie wichtig die Europäische Union ist. Die EU ist mehr als ein Zusammenschluss von Staaten – es geht um Zusammenhalt und gelebte Solidarität unter der EU-Mitgliedsstaaten.“

Finanzspritze aus Brüssel

Im Frühjahr 2017 hatte die EU-Kommission beschlossen, den Wiederaufbau nach den Überschwemmungen in Niederbayern mit einer kräftigen Finanzspritze zu unterstützen. „Der Fonds hilft der betroffenen Region, nach dem Hochwasser nicht auch noch an der außerordentlichen finanziellen Last durch die Hochwasserschäden zu ertrinken“, so der Staatsminister. Laut Kommissionsbeschluss stehen 31,5 Millionen Euro für Niederbayern zur Verfügung. Dieser Betrag reduzierte sich auf 24 Millionen Euro, weil der für die Berechnung der Hilfszahlungen maßgebliche Gesamtschaden geringer ausfiel als unmittelbar nach der Hochwasserkatastrophe geschätzt. Die Mittel werden eingesetzt, um das Hilfsprogramm der Bayerischen Staatsregierung für den Wiederaufbau der Infrastruktur anteilig zu refinanzieren.

Von den Zahlungen aus dem Solidaritätsfonds profitierte insbesondere die Realschule in Simbach a.Inn. Sie erhielt Mittel für den Wiederaufbau der Turnhalle. Das Gebäude, das als Neubau erst im Herbst 2015 eingeweiht worden war, wurde durch die Flut stark beschädigt. Die Schadensbeseitigung kostete

Bayerns Finanzminister Albert Füracker:

Die neue Grundsteuer braucht eine umfassende Länderöffnungsklausel

Nach Äußerungen aus Kanzleramt und Bundesinnenministerium Bewegung in der Debatte Unterstützung für Bayerische Forderung

„Bei der Grundsteuer kommt jetzt Bewegung in die Sache. Nachdem sich auch die Bundeskanzlerin und der Bundesinnenminister deutlich geäußert haben, muss auch der Bundesfinanzminister Scholz einsehen: wieder im Kern denselben extrem bürokratischen Vorschlag zu machen, hilft nicht weiter. Er muss den Ländern endlich ermöglichen, eigene Regelungen für die Grundsteuer zu schaffen“, stellte der Bayerische Finanz- und Heimatminister Albert Füracker klar.

Eine umfassende Länderöffnungsklausel entspricht dabei auch der ausdrücklichen Forderung der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Mit den Positionen von Kanzleramt und Bundesinnenministerium hat der Gesetzentwurf im Bundeskabinett keine Mehrheit. Der bayerische Finanzminister dazu: „Wenn der Bundesfinanzminister hier der Hoffnung war, dass Bayern alleine kämpft, liegt er falsch.“

„Der vorgelegte Referenten-Entwurf zur Reform der Grundsteuer ist nichts Neues – er ist enttäuschend. Er geht teilweise sogar hinter das zurück, was bereits vereinbart war und stellt lediglich eine – zum Teil sogar noch weiter verschlechterte – Zusammenfassung der bisherigen Scholz-Positionen dar. Dass ein solcher Vorschlag für Bayern nicht ansatzweise akzeptabel ist, müsste eigentlich klar sein“, so Füracker.

„Im Ergebnis bedeutet das: es braucht eine Lösung mit einer umfassenden Länderöffnungsklausel! Dann kann jedes Land selbst entscheiden, ob es das aufwändige Reformmodell des Bundesfinanzministers tatsächlich übernehmen will. Es muss dann aber auch die Konsequenzen in seinen Finanzämtern tragen. Wir in Bayern wollen jedenfalls eine für alle Beteiligten einfache, unbürokratische und nachvollziehbare Lösung“, erklärte er. □

Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich

Neue VOB für Kommunen

IBdBSt. Das bayerische Innenministerium hat mit Rundschreiben vom 19. März 2019 auf seine Bekanntmachung vom 27. Februar 2019 zur „Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich“ hingewiesen. Damit sind die Änderungen der am 31. Januar 2019 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bekanntgemachten und am 19. Februar 2019 im Bundesanzeiger veröffentlichten neuen Fassung des ersten Abschnitts der VOB/A für kommunale Bauaufträge für kommunale Auftraggeber am 14. März 2019 in Kraft getreten. Sie gelten für alle ab diesem Zeitpunkt begonnenen Vergabeverfahren.

Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, die IMBek, enthält das grundlegende Vergaberegime für kommunale Auftraggeber im Haushaltsvergabebereich unterhalb der EU-Schwellenwerte. Die IMBek legt fest, welche Vergabeordnungen (VOB, UVgO) für kommunale Auftraggeber anzuwenden sind. Während die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) lediglich zur Anwendung empfohlen wird, wird der erste Abschnitt der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen nach Maßgabe weiterer Bestimmungen der IMBek verpflichtend eingeführt. Besonders hinzuweisen ist auf die erhöhten Wertgrenzen für Bauleistungen zu Wohnzwecken: Für Bauleistungen zu Wohnzwecken kann bis zum 31. Dezember 2021 eine Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb für jedes Gewerk (!) bis zu einem Auftragswert von 1 Million Euro erfolgen. Damit wurde die Wertgrenze verdoppelt.

Gleichsam verdoppelt wurde die Wertgrenze für die Verhandlungsvergabe. Dadurch wur-

de ein Beschluss des Wohngipfels 2018 umgesetzt. Das Bundesbauministerium hat in einem aktuellen Schreiben das Merkmal „Bauleistungen zu Wohnzwecken“ konkretisiert. Bauleistungen für Wohnzwecke seien solche, die der Schaffung neuen Wohnraums sowie der Erweiterung, der Aufwertung, der Sanierung oder der Instandsetzung bestehenden Wohnraums dienen. Eine Aufwertung könne die Verbesserung der energetischen Qualität bringen oder in der Erhöhung des Ausstattungsstandards liegen. Umfasst seien auch Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Wohnungsneubau oder mit der Aufwertung bestehenden Wohnraums, beispielsweise Zufahrtsstraßen für Wohngebiete, Versorgungsleitungen oder immissionsmindernde Maßnahmen.

Damit unterstreicht das Bauministerium ein sehr weites Begriffsverständnis. Dies würde auch dafür sprechen, beispielsweise den Neubau eines Kindergartens und weiterer sozialer Infrastruktur unter Wohnzwecken dienlichen Vorhaben zu fassen, sofern ein Bedarf durch ein neues Wohngebiet oder durch die Aufwertung eines bestehenden Wohngebiets nachweisbar ausgelöst wird. Eine abschließende Klärung der Reichweite des Wortlauts steht aber noch aus.

Die kommunalen Spitzenverbände haben in einem aktuellen Rundschreiben ihre Mitglieder über die Änderungen informiert und haben bereits erste Hinweise gegeben, wie mit den Formblättern des Vergabehandbuchs Bayern umgegangen werden kann. Die Aktualisierung der Formblätter steht noch aus und muss zunächst vom Bund geleistet werden. Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de □

410 Millionen Euro für den Staatshaushalt

70 Jahre Fachverband Lotto-Toto-Lotterien in Bayern

Die Staatliche Lotterieverwaltung schüttete im vergangenen Jahr über 582 Millionen Euro Gewinne an ihre Spielteilnehmer aus. „An die Staatskasse flossen rund 410 Millionen Euro an Lotteriesteuer und Gewinnabführung von LOTTO Bayern. Der Dank gilt allen, die dazu beigetragen haben. Die enge Zusammenarbeit der Bezirks- und Annahmestellen mit LOTTO Bayern schafft eine win-win-Situation für alle Beteiligten. Die dem Freistaat zufließenden Gelder ermöglichen vielfältige zusätzliche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Festveranstaltung „70 Jahre Fachverband Lotto-Toto-Lotterien“ in München fest.

Bayernweit betreuen 24 Bezirksstellen rd. 3.500 Annahmestellen.

In den 70 Jahren des Bestehens des Fachverbands haben sich nach den Worten von Füracker viele Veränderungen im Lauf der Jahrzehnte ergeben. Das Glücksspielangebot hat sich an stetige Veränderungen der Kundenwünsche angepasst. Eines sei aber stets geblieben: Eine enge und konstruktive Zusammenarbeit von Bezirksstellen, Annahmestellen und Lotto

Bayern. „Eine staatliche Veranstaltung mit dem staatlichen Lotteriemonopol und einem privaten Vertrieb ist eine starke Konstellation. Lotto Bayern und die Bezirks- und Annahmestellen haben sich auch gut auf die Herausforderungen, die vor ihnen liegen, vorbereitet“, merkte Füracker an. Mit einer eigenen Fortbildungseinrichtung, der „Lotto-Akademie“ in Nürnberg, werde die Wettbewerbsfähigkeit der Annahmestellen gestärkt. □

Immobilienfinanzierung:

MünchenerHyp baut Neugeschäft aus

Deutlicher Anstieg um 12 Prozent auf 5,6 Mrd. Euro

München – Die Münchener Hypothekbank eG (MünchenerHyp) hat im Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung erneut ein Rekordergebnis erzielt. Sie steigerte im Geschäftsjahr 2018 das Zusagevolumen an neu vergebenen Hypothekendarlehen um 12 Prozent auf 5,6 Mrd. Euro. Mit dem guten Neugeschäft konnte die Bank zudem ihre Ertragskraft weiter stärken und die Hypothekenbestände ausweiten. So stieg der Zins- und Provisionsüberschuss um 14 Prozent auf 207,6 Mio. Euro. Die Hypothekenbestände kletterten erstmals über die Marke von 30 Mrd. Euro auf 32,0 Mrd. Euro.

Das Wachstum des Neugeschäfts geht vor allem auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung zurück. In diesem Geschäftsfeld stieg das Volumen an neu zugesagten Darlehen um 34 Prozent auf rund 2,5 Mrd. Euro. Besonders dynamisch entwickelte sich das Auslandsgeschäft, das sich mit 1,2 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelte. In der privaten Wohnimmobilienfinanzierung in Deutschland hielt die MünchenerHyp das hohe Niveau der Vorjahre und konnte das Zusagevolumen um 2 Prozent auf rund 2,9 Mrd. Euro erhöhen. In der Kooperation mit der Schweizer PostFinance reduzierte sich das Neugeschäft um 24 Prozent auf 282 Mio. Euro.

Im Geschäftsjahr 2018 hat die MünchenerHyp ein neues Darlehensprodukt eingeführt: das MünchenerHyp Familiendarlehen. Es richtet sich speziell an Familien mit mittlerem Einkommen. Zusammen mit dem Grünen Darlehen der MünchenerHyp ist inzwischen jedes achte Darlehen der Bank an Privatkunden ein Nachhaltiges.

„Wir sind mit der Entwicklung unseres Neugeschäfts sehr zufrieden. In einem äußerst anspruchsvollen Marktumfeld haben wir uns gut behauptet und das Vorjahresergebnis deutlich ausbauen können. Dabei haben wir im gewerblichen Geschäft die Finanzierung einiger markanter und prominenter Gebäude für uns gewinnen können“, resümiert Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstands der MünchenerHyp.

Ertragskraft gestärkt

Die Ertragskraft der MünchenerHyp hat sich 2018 weiter verbessert. Der Zinsüberschuss stieg um 9 Prozent auf 280,1 Mio. Euro. Die Provisionsaufwendungen bewegten sich erneut auf Vorjahresniveau. Bei gestiegenen Provisionserträgen erhöhte sich somit der Zins- und Provisionsüberschuss um 14 Prozent auf 207,6 Mio. Euro. Da die Bank im Neugeschäft ihre konservative Finanzierungsausrichtung beibehielt, bewegt sich die Risikoversorge im Kreditgeschäft erneut auf sehr niedrigem Niveau. Das Ergebnis

aus der normalen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 76,0 Mio. Euro. Nach einem Steueraufwand in Höhe von 27,3 Mio. Euro verbleibt ein Jahresüberschuss von 48,7 Mio. Euro.

Neues Einlagenprodukt: GenoFestgeld

Die MünchenerHyp hat im Jahr 2018 ihr erstes Einlagenprodukt auf den Markt gebracht. Das GenoFestgeld wird exklusiv über die genossenschaftlichen Partnerbanken der MünchenerHyp vertrieben. Es hat eine Laufzeit von einem Jahr. Monatlich können Beträge zwischen 10.000 und 100.000 Euro zum jeweils aktuellen Zinssatz angelegt werden. „Mit dem GenoFestgeld haben wir erfolgreich unser Refinanzierungsspektrum diversifiziert und konnten zugleich den Kreis unserer genossenschaftlichen Partner erweitern“, sagt Dr. Louis Hagen.

Unter den Pfandbriefemissionen ragte der erste ökologische Nachhaltigkeitspfandbrief (ESG Pfandbrief) der MünchenerHyp heraus. Der nachhaltige Hypothekendarlehen wurde im Benchmarkformat von 500 Mio. Euro mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einem Monat sowie einem Kupon von 0,250 Prozent begeben. Die Emission wurde vor allem von Investoren, die sich auf grüne und nachhaltige Investments spezi-

alisiert haben, sehr stark nachgefragt. Darüber hinaus begab die MünchenerHyp eine weitere Benchmarkemission, einen Hypothekendarlehenpfandbrief über ebenfalls 500 Mio. Euro mit einer Laufzeit von neun Jahren und vier Monaten sowie einem Kupon über 0,625 Prozent. Bei den Fremdwährungsemissionen der Bank lag der Schwerpunkt auf Emissionen in Schweizer Franken, mit einem Volumen von insgesamt 1,1 Mrd. Schweizer Franken. „Damit wird eindrucksvoll der gute Ruf der MünchenerHyp als Emittent auch im Ausland belegt“, sagt Dr. Louis Hagen.

Hypothekenbestände auf Rekordniveau

Die Bilanzsumme wuchs um 1,5 Mrd. Euro auf 40,4 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2018. Der Bestand an Hypothekendarlehen erhöhte sich um 2,7 Mrd. Euro auf rund 32,0 Mrd. Euro. Der Großteil des Zuwachses entfiel mit 1,1 Mrd. Euro auf die private Wohnimmobilienfinanzierung in Deutschland. Der Bestand im Kreditgeschäft mit Staaten und Banken reduzierte sich entsprechend der Geschäfts- und Risikostrategie der MünchenerHyp auf 4,5 Mrd. Euro (Vorjahr 5,7 Mrd. Euro).

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder der MünchenerHyp stiegen um 27,7 Mio. Euro auf 1.032,6 Mio. Euro. Die harte Kernkapitalquote der MünchenerHyp lag zum Jahresende 2018 bei 21,7 Prozent (Vorjahr 23,8 Prozent). Die Kernkapitalquote belief sich zum selben Datum auf ebenfalls 21,7 Prozent (Vorjahr 23,8 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 22,9 Prozent (Vorjahr 25,2 Prozent). Die Leverage Ratio belief sich zum Jahresende 2018 unverändert auf 3,4 Prozent.

Für das aktuelle Geschäftsjahr erwartet die Bank zunehmende Herausforderungen im Wettbewerb, höhere Refinanzierungskosten durch das Auslaufen des Ankaufsprogramms der EZB sowie weitere Belastungen durch die Regulatorik. „Wir haben uns deshalb vorgenommen, vor allem unsere Marktposition zu festigen. Zudem wollen wir die Chancen der Digitalisierung noch stärker für unsere Kunden und Partner nutzen sowie die Marktbearbeitung weiter intensivieren“, sagt Dr. Louis Hagen. □

PwC-Studie:

Weniger Skepsis bei mobilen Bezahlmethoden

Vor allem bei den Jüngeren setzt sich die Bezahlung per Smartphone oder Tablet immer mehr durch. Wie eine repräsentative Befragung von 1.000 Deutschen sowie von je 500 Menschen aus Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, Belgien und der Türkei im Auftrag von PwC ergab, nutzen 46 Prozent der unter 30-jährigen Deutschen Mobile Payment; bei den über 60-Jährigen sind es 12 Prozent.

Quer durch alle Altersgruppen zahlen in Deutschland 25 Prozent zumindest gelegentlich per Smartphone oder Tablet. Interessant ist hier der internationale Vergleich: In der Türkei bezahlen fast zwei Drittel regelmäßig oder ab und zu mobil über das Smartphone oder Tablet. In den Niederlanden und in Belgien nutzt rund die Hälfte der Verbraucher Mobile Payment. In Österreich und der Schweiz sind es immerhin 32 bzw. 35 Prozent der Befragten.

Mobiles Bezahlen als zukünftige Option

Immerhin 57 Prozent der Bundesbürger können sich aber vorstellen, in fünf Jahren ihre Zahlungen mobil abzuwickeln. Für 41 Prozent wäre es eine Option, künftig ausschließlich per Smartphone zu zahlen – sofern die Methode dann sicher und überall akzeptiert ist.

Kommunale Steuereinnahmen 2018

Anstieg um 7,1 Prozent

Schwelle von 20 Mrd. Euro erstmals überschritten

Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Jahr 2018 um 1,3 Mrd. Euro auf gut 20 Mrd. Euro und lagen damit um 7,1 Prozent über dem Ergebnis des Jahres 2017. Der größte Anteil dieser Zunahme entfällt auf die Gewerbesteuer, die um gut 657 Mio. Euro bzw. 8,3 Prozent auf 8,6 Mrd. Euro gestiegen ist. Im Vorjahr waren die Gewerbesteuereinnahmen noch um 0,3 Prozent gesunken. An zweiter Stelle folgt der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einem Anstieg um 356 Mio. Euro auf 8,3 Mrd. Euro. Dies entspricht einer Zunahme von 4,5 Prozent.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, erhöhten sich im Betrachtungszeitraum die kommunalen Einnahmen aus den Grundsteuern A und B um 1,4 Prozent auf 1,87 Mrd. Euro. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer verzeichneten eine Zunahme um 29,2 Prozent auf knapp 1,3 Mrd. Euro. Auch die übrigen, vom Volumen her weniger bedeutenden Gemeindesteuern stiegen insgesamt um 3,3 Mio. Euro bzw. 5,6 Prozent auf gut 63 Mio. Euro.

Kommunale Kassenstatistik

Nach den Ergebnissen der vom Bayerischen Landesamt für Statistik durchgeführten kommunalen Kassenstatistik verzeichneten die bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2018 bei den Steuereinnahmen ein Plus von 7,1 Prozent auf 20.049,8 Mio. Euro. Die Einnahmen der Kommunen aus Steuern übersteigen damit erstmals die Schwelle von 20 Mrd. Euro.

Gewerbesteuer als bedeutendste Einnahmequelle

Vor allem bei der bedeutendsten Einnahmequelle der Kommunen, der Gewerbesteuer, ergab sich ein deutlicher Zuwachs der Steuereinnahmen um 8,3 Prozent auf 8.585,8 Mio. Euro, nachdem im Vorjahr noch ein Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen um 0,3 Prozent zu verzeichnen war.

Vom Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 10.566,2 Mio. Euro führten die Kommunen 1.980,4 Mio. Euro Gewerbesteuerumlage an das Land und

den Bund ab. Damit verbleibt ein Anteil von 81,3 Prozent der eingenommenen Gewerbesteuer in den Kassen der bayerischen Gemeinden.

Die Einnahmen aus dem Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer, der – gemessen an den gesamten Steuereinnahmen – zweitwichtigsten Steuerquelle der bayerischen Städte und Gemeinden lagen mit 8.262,1 Mio. Euro um 4,5 Prozent über dem Ergebnis des Jahres 2017.

Umsatzsteuer: beachtlicher Zuwachs

Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ergab sich 2018 mit fast 1.270,3 Mio. Euro ein Zuwachs von 29,2 Prozent. Dieser beachtliche Zuwachs ist auch auf Bundesmittel zur Entlastung der kommunalen Ebene zurückzuführen, die in wesentlichen Teilen über den Umsatzsteueranteil an die Gemeinden transferiert wurden.

Grundsteuer A und B

Zugenommen hat auch das Steueraufkommen aus den Grundsteuern. Während die kommunalen Einnahmen aus der Grundsteuer B um 1,4 Prozent auf 1.782,2 Mio. Euro anstiegen, lagen die Einnahmen aus der Grundsteuer A bei 86,4 Mio. Euro und damit um 0,3 Prozent über dem Vorjahresergebnis. Dies entspricht einem Anstieg des Grundsteueraufkommens von insgesamt 24,9 Mio. Euro.

Die übrigen Gemeindesteuern, darunter Zweitwohnungssteuer und Hundesteuer, erhöhten sich im Jahresvergleich um 3,3 Mio. Euro bzw. 5,6 Prozent auf knapp 63,1 Mio. Euro. □



MünchenerHyp



Ihr Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. International. Zuverlässig. Langfristig.

- Attraktive Konditionen
- Große Produktvielfalt
- Schnelle und verlässliche Entscheidungen

 Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



www.muenchenerhyp.de

Pressegespräch der Waren- und Dienstleistungsunternehmen:

Stabile Geschäftsentwicklung bei Bayerns Genossenschaften

Bayerns genossenschaftliche Waren- und Dienstleistungsunternehmen haben auch 2018 erfolgreich gewirtschaftet. Sie sind erneut gewachsen und haben mehr verdient. „Bei ihnen läuft es rund, sie sind als eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen fest im bayerischen Wirtschaftsleben verankert und ein lebendiger Bestandteil der bayerischen Gesellschaft“, betonte Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB), vor der Presse. Die 1.053 Genossenschaften in Bayern mit ihren mehr als 20.000 Mitarbeitern, hinter denen 620.000 Mitglieder stehen, sind in 35 Branchen aktiv. Addiert haben sie im Berichtsjahr 12,7 Mrd. Euro umgesetzt (+1,5 %) und ein Ergebnis vor Steuern von 259,5 Mio. Euro (+ 8,0 %) erzielt.

Die vielfältig tätigen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sind als Partner der Landwirtschaft, als dezentrale Energielieferanten, regionale Nahversorger, im Gesundheitswesen, in Handel und Handwerk, aber auch als IT-Dienstleister tätig. Sie sind nur ein Teil des GVB, der auch 236 Volks- und Raiffeisenbanken zu seinen insgesamt 1.242 Mitgliedern zählt. Beide Bereiche zusammen genommen, sind im bayerischen Genossenschaftsbereich, der sich auf rund 2,9 Mio. Mitglieder stützt, mehr als 50.000 Menschen beschäftigt.

Molkereigenossenschaften

Für viele Landwirte haben die 146 Molkereigenossenschaften besonders große Bedeutung, denn die Existenz der Grünlandbauern hängt entscheidend vom Milchpreis ab. 2018 blieb der Molkereisektor, anders als in den Vorjahren, von extremen Ausschlägen beim Milchpreis durch die hohe Nach-

frage am Weltmarkt und die hohen Preise für die Fettverwertung verschont. Übers Jahr gerechnet, betrug der Preis 36,7 Cent je kg, bei Bio-Milch etwa 49,0 Cent. Auf dem volatilen Markt ist der Preis gegenüber 2017 leicht gesunken. Dass die genossenschaftlichen Molkeereien, die über die Jahre ihr Eigenkapital um 90 % aufgestockt haben, den Preis dennoch leicht gestützt haben, trug zur Stabilisierung bei, „denn stabile Preise dienen der Marktglättung“.

Verhaltener Ausblick

Der Ausblick fürs laufende Jahr ist „sehr verhalten“. Der Milchpreis, der sehr stark vom Weltmarkt abhängt und von den großen Einzelhändlern in Deutschland, die auf diesem Gebiet fast 82 % des Marktes beherrschen, immer wieder zu drücken versucht wird, wird nach GVB-Ansicht etwa auf 35 Cent sinken. Der Preis für Bio-Milch dürfte konstant bleiben. Der Markt für Bio-Milch, die zur Kosten-

deckung etwa 12 Cent teurer sein müsse, sei aber nicht unbegrenzt aufnahmefähig, weil die Nachfrage fehle. Es komme darauf an, dass sich das Verbraucherverhalten ändere. Ein Viertel der Bio-Milch stammt aus Genossenschaftsmolkereien.

Rückläufiger Umsatz

Der Umsatz der 146 Genossenschaftsmolkereien war um 5,1 % auf 3,106 Mrd. Euro rückläufig. Das Ergebnis fiel gar mit 27,4 Mio. Euro um 18,0 % geringer aus. Dass der Anteil der im Milchsektor tätigen Genossenschaften am gesamten Mengenaufkommen rückläufig war, sei auf strukturelle Änderungen des Geschäftsmodells der Milchliefergenossenschaften zurückzuführen. Sie träten nämlich zunehmend als Vermittler auf und wiesen Umsätze damit nicht mehr in den eigenen Büchern aus. Die Zahl der Molkeereien ging um 6 zurück.

Von den Brüsseler Politikern forderte Gros, die Autonomie der Lieferbeziehungen im genossenschaftlichen Milchsektor zu respektieren. Die Abnahmegarantie in Kombination mit der Andienungspflicht biete den Landwirten Planungssicherheit. Selbst bei schwierigen Marktbedingungen könnten Landwirte ihre Milch bei Molkereigenossenschaften absetzen. Diese Stabilität aber würde den zuletzt immer wieder diskutierten staatlichen Eingriffen in die Lieferbeziehungen zum Opfer fallen.

Mit 46 Genossenschaften hat der Handelsbereich seinen Umsatz um 3 % auf 4,746 Mrd. Euro gesteigert. Dennoch schrumpfte der Gewinn leicht um 0,9 % auf 32,4 Mio. Euro. Als eine wesentliche Ursache nannte Gros den Strukturwandel durch das zunehmende online-Geschäft und durch den Direktvertrieb der Firmen, vor allem im Baustoffbereich, aber auch bei Agrar- und Stalltechnik.

Die 97 Raiffeisen-Warengeschäfte, von denen 48 eigenständig wirtschaften und 49 einer Kreditgenossenschaft mit Warengeschäft angeschlossen sind, konnten zwar ihren Umsatz um 1,4 % auf 1,176 Mrd. Euro steigern, doch ging der Gewinn um 1,3 % auf 11,8 Mio. Euro zurück. Ihnen erging es ähnlich wie den Handelsgenossenschaften. Wegen der schwachen Ernte gab es Einbußen beim Getreidehandel. Andererseits florierte der Handel mit Baustoffen sowie mit Agrar- und Stalltechnik.

Zunehmende Nachfrage nach regionalen Erzeugnissen

Dagegen steigerten die 272 ländlichen Genossenschaften, die sich u.a. mit Viehzucht und -vermarktung, Getreidehandel sowie Gemüse- und Weinanbau beschäftigen und an 148 Standorten 249 Lagerhäuser betreiben, ihren Umsatz um 9,6 % auf 1,323 Mrd. Euro, und den Gewinn gar um 11,0 % auf 21,8 Mio. Euro. Positiv wirkte die zunehmende Nachfrage nach regionalen Erzeugnissen. Die Zahl der Mitglieder hat weiter zugenommen.

Die Energiegenossenschaften spürten die Wetterkapriolen des Jahres 2018. Unternehmen mit Photovoltaik speisten so viel Strom in die Netze wie noch nie

zuvor. Bei den Wärmeversorgern schmälerten jedoch die höheren Durchschnittstemperaturen den Erlös, weil die Haushalte weniger heizten. Und die Betreiber von Wasserkraftanlagen litten unter den niedrigen Wasserständen. Mit 170.000 (Vorjahr: 155.000) Megawattstunden erzeugten die Genossenschaften so viel Strom, wie etwa 55.000 Durchschnittshaushalte im Jahr verbrauchen.

Bürokratische Hemmnisse abbauen

Beim derzeitigen Energiedialog der bayerischen Staatsregierung vertritt der Verband die Interessen von 262 Energiegenossenschaften. „Wir setzen uns besonders dafür ein, bürokratische Hemmnisse abzubauen“, sagte der GVB-Präsident. Dazu zähle beispielsweise, dass Mitglieder von Energiegenossenschaften beim Verbrauch des mit einer Gemeinschaftsanlage produzierten Stroms die volle EEG-Umlage abführen müssten, von Privatpersonen und anderen Unternehmen bei der Eigenversorgung hingegen nur eine reduzierte Umlage verlangt werde. Diese Ungleichbehandlung gehöre abgeschafft.

Besonders gut ging es den 144 gewerblichen Genossenschaften, die zum Beispiel im Gesundheitswesen oder in der Beratung tätig sind. Sie legten beim Umsatz um 5,2 % auf 1,133 Mrd. Euro zu und erhöhten ihren Gewinn um 19,4 % auf 112,6 Mio. Euro. Ähnlich gut schnitten die 45 Handwerksgenossenschaften ab mit einem Umsatz von 793 Mio. Euro (+3,9 %) und Erlösen von 30,4 Mio. Euro (+ 11,6 %). Hier sind z.B. Dachdecker, Gebäudetechniker wie Spengler

oder Elektriker, aber auch Mitglieder zu finden, die Einkäufe bündeln.

In den zurückliegenden zehn Jahren sind 380 neue Genossenschaften entstanden. Im Berichtsjahr sind 14 hinzugekommen nach 19 im Jahr zuvor. Drei der Neuen waren kleine Brauereien, nämlich in Schleißheim, Altenfurt bei Nürnberg und Holztraubach bei Regensburg. Insgesamt gibt es in Bayern nun 14 Genossenschaftsbrauereien, die im Jahr etwa 170.000 hl Bier brauen. Gros: „Das stellt nicht den Biermarkt auf den Kopf, zeigt aber, dass die bayerische Bierkultur mit regionalen, oft über Jahrzehnte überlieferten Brautraditionen weiter lebt.“

Generationenwechsel

Zum Schluss seiner Ausführungen wies Gros auf ein sehr spezielles Problem hin. Im Jahr 2021 werde es fast 30.000 Betriebe geben, die vor dem Problem des Generationenwechsels stünden, ohne zu wissen, wie sie dieses Problem lösen könnten. Hier biete der Genossenschaftsbereich drei Lösungsmöglichkeiten an: Zum ersten könne die Altgesellschaft in eine eingetragene Genossenschaft umgewandelt werden, wobei weitere Mitglieder aufgenommen werden könnten. Zum zweiten könne eine Genossenschaft als Holding gegründet werden, die die Interessen der Familie wahre, aber die Mitarbeiter an der Altgesellschaft beteilige. Und zum dritten gäbe es die Möglichkeit, dass eine Mitarbeiter-Genossenschaft das operative Geschäft der Altgesellschaft übernehme, ohne am Vermögen des Unternehmens, etwa den Immobilien, beteiligt zu werden. dhg.

Banking, wann, wo, wie Sie wollen.

Über 80 digitale Services und unsere persönliche Beratung in Ihrer Filiale vor Ort.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wann Sie wollen. Wo Sie wollen.
Wie Sie wollen: Wir sind auch online für Sie da. Erfahren Sie mehr über unsere digitalen Services in einer unserer Filialen oder auf bayern.vr.de

Volksbanken
Raiffeisenbanken



Bayerns Regionalkonzern setzt auf Digitalisierung:

Versicherungskammer war und bleibt auf Wachstumskurs

Die Versicherungskammer Bayern hat sich in einem Marktumfeld, das der Konzern selbst als anspruchsvoll bezeichnet, im Berichtsjahr 2018 „sehr gut positioniert und ein ertragreiches Wachstum über alle Geschäftsfelder und Kundengruppen erreicht“. Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Frank Walthes in der Jahrespressekonferenz wurden nicht nur im gesamten Versicherungsgeschäft die Beitragseinnahmen um 2,6 % auf 8,13 (8,10) Mrd. Euro, sondern auch der Jahresüberschuss um 37 % auf 346,4 (252,7) Mio. Euro gesteigert. Dabei habe der bundesweit größte öffentliche Versicherer, der inzwischen auch der siebtgrößte Erstversicherer in Deutschland ist, nicht nur sein Kerngeschäft weiter gestärkt, sondern auch seine Stellung als Vorreiter bei der Digitalisierung gefestigt. Versicherungen würden immer mehr zu einer Art Rundum-Betreuungspartner ihrer Kunden.

Insgesamt verwaltete der Konzern, der 80 % seiner Beitragseinnahmen im Geschäftsgebiet Bayern und der Pfalz erzielt, einschließlich Drittgeschäft erstmals Kapitalanlagen von mehr als 60 Mrd. Euro (+5,4 %), die sich zu etwa gleichen Teilen aus Anlagen aller Geschäftsfelder zusammensetzen. Netto brachten die Kapitalanlagen 1,46 (1,88) Mio. Euro ein, was einer Nettoverzinsung von 2,8 (3,8) % entspricht. Das kann sich angesichts der seit fünf Jahren anhaltenden Niedrigzins-

phase und der allgemeinen Anlagennot durchaus sehen lassen.

Kapitalanlagen

Bei den Kapitalanlagen setzt die Kammer besonders auf Infrastruktur und erneuerbare Energien. Als öffentlich-rechtlicher Versicherer sei die Kammer ein gern gesehener Partner bei der Finanzierung solcher Projekte, besonders von Projekten in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP). Insgesamt sind etwa 1,8 Mrd. Euro

in Infrastrukturmaßnahmen investiert, 90 % mehr als im Vorjahr. Anfragen für Investitionen in Solar- und Windparks lägen vor. Außerdem werden als Anlagemöglichkeit langfristige Unternehmensanleihen hoher Bonität genutzt. Generell vermieden werden Spekulationen mit Nahrungsmitteln. Alle Anlagen sollen Nachhaltigkeitskriterien genügen, erläuterte Isabella Pfaller, im Vorstand verantwortlich für Finanzen und Rechnungswesen.

Kompositversicherung

In der Kompositversicherung (Schaden und Unfall) wuchsen die Beitragseinnahmen um 3,4 % auf 2,69 Mrd. Euro. Da eine Vielzahl von Schäden durch Unwetter und Großschadeneignissen zu verkraften waren, stieg die Brutto-Schaden-Kostenquote auf 96,0 (95,4) %. Der Schadenaufwand nahm auf 1,91 (1,82) Mrd. Euro zu. Das Kapitalanlageergebnis in Schaden/Unfall betrug 169,9 Mio.

Lage auf Bayerns Immobilienmarkt sehr angespannt:

Höhere Nachfrage trotz steigender Preise

Obwohl die Immobilienpreise im Freistaat im vergangenen Jahr weiter gestiegen sind und wohl nach Ansicht der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH (Sparkassen-Immo) auch in den nächsten beiden Jahren weiter steigen werden, hat die Nachfrage nach Häusern und Wohnungen dennoch spürbar weiter zugelegt. Und nach Ansicht der Immobilienfachleute der Sparkassen-Gruppe wird auch die Nachfrage weiter steigen. Allerdings hat der Preisanstieg etwas nachgelassen, obwohl das Immobilienangebot angespannt bleibt und kaum zunehmen dürfte.

Dank der günstigen Finanzierungsmöglichkeiten und der staatlichen Fördermaßnahmen bleibe aber der Immobilienerwerb für viele Interessenten trotzdem erschwinglich, stellten Erwin Bumberger, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS), und Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immo, in der Pressekonzferenz zum bayerischen Wohnimmobilienmarkt fest.

Die Nachfrage nach Wohnraum ist in weiten Teilen Bayerns enorm groß, vor allem wegen des anhaltenden Zuzugs aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage im Freistaat, der niedrigen Finanzierungszinsen und des Trends zur Singularisierung mit immer mehr kleinen Ein- und Zwei-Personen-Haushalten. In Großstädten stellen Singles inzwischen die Mehrheit der Haushalte, Familien wandern dagegen wegen der hohen Wohnkosten bei ihrem größeren Flächenbedarf ins Umland ab. Das bayerische Landesamt für Statistik geht davon aus, dass in Bayern im Jahr 2037, also in 18 Jahren, mit dann rund 13,5 Millionen rund eine halbe Million Menschen mehr als heute leben. Die hohe Immobilien-Nachfrage wird sowohl von Eigennutzern als auch von Kapitalanlegern aus dem In- und Ausland getragen.

Das Angebot an Wohnimmobilien kann mit der steigenden Nachfrage nicht Schritt halten, obwohl die Neubauzahlen in Bayern seit Jahren steigen und sich seit 2009 nahezu verdoppelt haben. Die fertiggestellten Neubauten kommen mit dem Bedarf einfach nicht mit, vor allem weil es an geeigneten Baugrundstücken fehlt. Zum Teil will niemand verkaufen, zum Teil halten sich Städte und Gemeinden mit der Ausweisung zurück, zum Teil dauern die Genehmigungsverfahren „viel länger als nötig“. Die bayerische Staatsregierung hat bereits vor mehreren Jahren das Ziel ausgegeben, dass pro Jahr 70.000 neue Häuser und

Wohnungen bebaut werden sollten. Das Forschungsinstitut Empirica beziffert den Bedarf allein für den Zeitraum 2015 bis 2019 auf 68.000 Einheiten pro Jahr. Zwar dürfte 2018 die Bautätigkeit in etwa dieses Niveau erreicht haben, aber in den Vorjahren hat sich ein erheblicher Nachholbedarf angestaut.

Die Kaufpreise für Wohnimmobilien steigen weiter. In den zurückliegenden zehn Jahren sind beispielsweise die Preise für gebrauchte Häuser, die Sparkassen und LBS in Bayern vermittelt haben, um 79 % gestiegen. Im Durchschnitt lagen die Kaufpreise der von der Sparkassen-Gruppe vermittelten Objekte bei Häusern und Wohnungen im Jahr 2018 um knapp 6 % über den Vorjahreswerten. 2017 hatten sie um 9 % zugelegt. 2016 waren sie sogar um knapp 12 % gestiegen.

Die Entwicklung ist je nach Objektart unterschiedlich. So legte der Preis für gebrauchte Eigentumswohnungen im Vergleich zum Vorjahr um etwas mehr als 6 % zu auf durchschnittlich 211.000 Euro, der für ein Haus aus dem Bestand (Reihen-, Doppel-, Ein- und Zweifamilienhäuser) um 8,6 % auf 324.500 Euro. Diese Durchschnittswerte enthalten auch zahlreiche unsanierte Objekte mit hohem Renovierungsbedarf und in schlechten Lagen.

Die Preise für besonders nachgefragte Objekte in saniertem Zustand und in bevorzugten Lagen liegen natürlich über diesen Werten. Die Preise für neu gebaute Wohnungen sind etwas stärker gestiegen. Sie wurden von den Immo-Maklern zum Preis von durchschnittlich 315.500 Euro vermittelt. Käufer investieren demnach für eine neu gebaute Immobilie gut die Hälfte mehr als für eine Wohnimmobilie aus zweiter Hand.

2018 hat die Sparkassen-Finanzgruppe als größter Immobilienvermittler im Freistaat 8608 Kauf-Immobilien im Gesamtwert von 2,85 Mrd. Euro vermittelt.

Zwei Drittel waren Eigentumswohnungen und Häuser aus dem Bestand, der Anteil neu gebauter Objekte lag bei 21 %. Sonstige Objekte wie Grundstücke oder Gewerbeimmobilien machten 14 % aus. Außerdem war die Gruppe im Mietgeschäft mit 1079 Mietverträgen tätig.

Die Immobilienumsätze verteilen sich ganz verschieden auf Bayerns Regionen. 56 % entfielen auf Oberbayern, allein auf München 27 %. Mittelfranken und Schwaben hatten einen Anteil von je 12 %, Niederbayern, die Oberpfalz, Unterfranken und Oberfranken von jeweils 4 bis 6 %.

Dass Baufinanzierungsvolumen der Sparkassen in Bayern nahm um 5 % auf 73,3 Mrd. Euro zu. Fast 70 % davon entfielen auf Immobilienkredite für Privatpersonen, was einem Plus um 3,7 % entspricht. Kredite an Bauträger und andere Unternehmen legten sogar um 9,9 % zu. Dies sei ein Signal, das sich der Markt für private Immobilien verenge, heißt es.

Regionale Unterschiede

Die Immobilienpreise differieren regional sehr stark. Im Norden Bayerns sind sie deutlich erschwinglicher als im Süden. Mehr als 1 Mio. Euro muss man investieren am Tegernsee, in Garmisch-Partenkirchen oder in den stadtnahen Gemeinden des Landkreises Ebersberg. In der Stadt und im Landkreis München sowie im Landkreis Starnberg liegen die Preise noch einmal um etwa 20 % höher. Detaillierte Angaben findet man unter „sparkassen-immo.de“, Bayerns einmaliger Kaufpreissammlung.

Angesichts der hohen Nachfrage, des sehr begrenzten Angebots und der dadurch seit Jahren steigenden Preise stellt sich die Frage, ob für weite Kreise der Bevölkerung Immobilienwerb überhaupt noch finanzierbar ist. Bei der Beantwortung dieser Frage gilt es zu bedenken, dass zwar die Preise sehr deutlich gestiegen, aber zugleich die Zinsen massiv gesunken sind. Lagen 2009 die Zinsen für Baufinanzierungen mit fünf- bis zehnjähriger Zinsfestsetzung zwischen 4 und 5 %, so bringen sie heute nur noch ungefähr 1,5 %, sind also um etwa 70 % gesunken. Gleichzeitig sind Löhne und Gehälter von 2006 bis

Euro, was einer Nettoverzinsung von 2,2 (3,3) % entspricht.

Mit Blick vor allem auf die zunehmenden Extremwetter-Ereignisse, „die schnell die eigene Existenz gefährden können“, wies Barbara Schick, als stellvertretende Vorstandsvorsitzende für die Schaden- und Unfallversicherung zuständig, ausdrücklich auf die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung hin, wonach es in Bayern vom 1. Juli 2019 an z.B. bei Unwetterschäden keine staatlichen Soforthilfen mehr gibt. Die Bürger sollen die erweiterte Naturgefahrenversicherung, auch als Elementarversicherung bekannt, nutzen. Für Landwirte gehört zur Absicherung die Ernteausfallversicherung. Diese einzigartige Versicherung habe schon die Hälfte der Kunden. In Bayern ist die Kammer größter Gebäudeversicherer.

Die beiden Kranken- und Pflegeversicherer des Konzerns, die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die bundesweit tätige Union Krankenversicherung (UKV) nahmen mit 2,47 Mrd. Euro 2,4 % mehr Prämien ein als im Jahr zuvor. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erreichten 1,79 (1,72) Mrd. Euro., was einer Schaden- und Leistungsquote von 79,6 (79,2) % entspricht. Die Kapitalanlagen warfen 417,5 Mio. Euro ab. Das entspricht einer Nettoverzinsung von 2,7 (2,9) %. Bei dieser drittgrößten Krankenversicherungsgruppe in Deutschland, die sich vom Kostenerstatter zu einem umfassenden Partner in der Gesundheits- und Pflegevorsorge ihrer 3,2 Mio. Kunden entwickelt hat, lief besonders gut das Geschäft in der Zusatzvorsorge, berichtete Vorstandsmitglied Harald Benzing.

Von der Lebensversicherung ist man bei der Kammer nach wie vor überzeugt, vor allem, weil seit 2014 die Produkte auf neue Vorsorgekonzepte umgestellt wurden. Wegen des Niedrigzinsumfeldes und einem Höchstrechnungszins von 0,9 % seien aber die klassischen Lebens- und Rentenversicherungstarife für die Altersvorsorge zunehmend weniger gefragt. Die Einmalbeiträge legten um 5,4 % zu, die laufenden Beiträge gingen um 1,6 % zurück.

2016 laut statistischem Landesamt um gut 25 % gestiegen. Und dieser Trend, so die Immo-Experten, werde in den folgenden Jahren anhalten. Beide Effekte trügen dazu bei, dass die Preissteigerungen im Wohnimmobilienmarkt (je nach Einzelfall) deutlich abgemildert oder sogar kompensiert würden. Die Hürde liege also meist nicht oder nicht wesentlich höher als vor zehn Jahren.

Stattdessen erschwerten andere Aspekte den Immobilienerwerb, nämlich der Mangel an Eigenkapital und die Kaufnebenkosten. Unterstellt man, dass Käufer 20 % des Kaufpreises als Eigenkapital aufbringen müssen, waren vor zehn Jahren im Schnitt 36.000 Euro erforderlich. 2018 waren es aber schon rund 65.000 Euro. Hinzu kommen Kaufnebenkosten in Form von Grunderwerbsteuer, Makler- und Notargebühren, die in Bayern in der Regel insgesamt bei etwa 9 % der Kaufsumme liegen. Vor zehn Jahren waren dafür rund 16.000 Euro nötig, im vergangenen Jahr aber 29.000 Euro. Die Hürde insgesamt aus nötigem Eigenkapital und Nebenkosten hat sich also von 52.000 Euro auf 94.000 Euro erhöht.

Allerdings sind die Kaufnebenkosten regional sehr unterschiedlich. Seit September 2006 legen die Bundesländer die Höhe der Grunderwerbsteuer eigenständig fest. Nur in Bayern und Sachsen gilt noch der bis dahin bundeseinheitliche Satz von 3,5 %, in den übrigen Ländern 6 bis 6,5 %. Auch bei Maklercourtage gibt es keine bundeseinheitlichen Regelungen. Besonders teuer ist es in Hamburg, Frankfurt und Berlin.

Insgesamt stiegen die Beitragseinnahmen auf 3,07 (3,02) Mrd. Euro. Beibehalten wurde und wird „die Kontinuität unserer Gesamtverzinsung in der Überschussbeteiligung für die Versicherungsnehmer“. Sie liege auch in der Niedrigzinsphase mit 2,75 % auf einem unverändert hohen Niveau. Die Kapitalanlagen von 846,6 (1.221,4) Mio. Euro erbrachten eine Nettoverzinsung von 2,9 (4,4) %. Der relativ starke Abfall hat u.a. mit veränderten Rechnungslegungsvorschriften zu tun.

Die Weichen seien auf Wachstum gestellt, sagte Walthes. Dazu beitragen werde künftig auch die Kooperation in der Sparte Leben mit der Berliner Sparkasse, mit der auf den Gebieten Kranken, Schaden und Unfall schon länger zusammengearbeitet wird. Die Kooperation wurde in einem Ausschreibungsverfahren gewonnen.

Digitalisierung gewinnt an Bedeutung

Über alle Sparten hinweg gewinnt die Digitalisierung immer größere Bedeutung. Schon seit 10 Jahren gibt es die BavariaDirekt-Versicherung, bei der man online Verträge abschließt. Dies geschieht vor allem in der Kfz-Versicherung, aber auch in anderen Sparten. Mit dieser Versicherung erreiche man Kunden, an die man ansonsten nicht herankäme. Auch diene BavariaDirekt als Testlabor für neue Produkte, die bei Erfolg von den anderen Gesellschaften des Konzerns übernommen würden.

Über die Digitalisierung durch zahlreiche Plattformen und Apps will der Konzern „Ökosysteme“ schaffen, in denen die Kunden alles finden, was sie zu einem speziellen Thema brauchen. Ökosystem soll wohl etwa Rundum- oder umfassendes Komplett-Angebot zu einem Thema heißen. So gibt es für die Bereiche Gebäude und Wohnen über SmartHome Assistance-Leistungen wie die Vernetzung zahlreicher Geräte vom Kühlschrank über die Heizung bis zum Rauchmelder. Spezielle Chips schließen vom Wasserverbrauch auf Lecks in der Leitung und lösen den Notruf aus. Unter HolidayCare geht es vor allem um

die Sicherheit bei Abwesenheit. Zu den Dienstleistungen gehört die zeitweise Aufstellung eines Sicherungsgeräts mit Bewegungs-, Rauch und Wassermelder, was übers Wochenende 69 Euro und über die Woche 99 Euro kostet. Sogar Blumengießen und Briefkastenleeren gehört zum umfangreichen Digital-Angebot. Eine Übersicht findet man unter dem Corporate Startup update.

Große Bedeutung werden die Plattformen für Gesundheit und Pflege bekommen, etwa das Portal „Meine Gesundheit“, über das man Dienstleistungen buchen, Ärzte suchen und Rechnungen bezahlen kann. In Kürze startet PflegePartner. Diese Plattform soll eine neutrale, unabhängige und kostenlose persönliche Beratung bieten und die pflegenden Angehörigen digital vernetzen. In der Lebensversicherung gibt es den RentenManager, der individuelle Lücken in der Altersvorsorge entdeckt und Lösungsvorschläge macht.

Als regionaler Versicherer will die Kammer die Digitalisierung auch im ländlichen Raum vorantreiben mit der Initiative „Digitale Dörfer“ des Fraunhofer-Instituts. In der niederbayerischen Markt-gemeinde Wegscheid soll das entstehende „Ökosystem“ den Menschen dabei helfen, sich zu vernetzen, etwa bei der Nahversorgung, der Kommunikation und auch der medizinischen Versorgung und Mobilität. Das digitale Dorf soll aber auch auf kommunaler Ebene Schulen, Krankenhäusern, Rathäusern und anderen Einrichtungen dienen und weiterhelfen.

Über all dem Geschäftlichen sei nicht das gesellschaftliche Engagement des Konzerns vergessen, der sich als öffentlich-rechtlicher Versicherer nachhaltig und vor allem Dingen dort engagiert, wo Sicherheit und Prävention eine große Bedeutung haben und zudem das Ehrenamt eine besondere Rolle spielt. Über zwei Stiftungen, Sponsoring und Spenden hat die Kammer 2018 mit wiederum rund 2,2 Mio. Euro Initiativen und Verein unterstützt.

Für die Zukunft setzt der Konzern auf Wachstum, vor allem im Kerngeschäft, wobei die Kundenorientierung weiter erhöht werden soll. **dhg.**

Da es kaum noch Zinsen auf Geldanlagen gibt, fällt der Aufbau von Vermögen (sprich Eigenkapital) immer schwerer. Zur Auflösung dieses Dilemmas sei der Staat gefragt, meinen Bumberger und Fraunholz. Er könne helfend unterstützen mit der bewährten Wohnungsbauprämie, die allerdings seit 20 Jahren nicht mehr an die allgemeine Gehalts- und Preisentwicklung angepasst wurde. Sie wird nur bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 25.600 Euro gewährt, bei Ehepaaren gilt der doppelte Betrag. Hier sei dringend eine Nachbesserung erforderlich.

Baukindergeld und Wohnriester-Förderung

Wirksame Impulse sehen die Immo-Fachleute auch durch das Baukindergeld, das exakt so wirke wie erwartet, vor allem in ländlichen Regionen, und speziell in Bayern durch das Baukindergeld plus und die bayerische Eigenheimzulage. Insgesamt könne eine vierköpfige Familie in Bayern, wenn sie sich von Experten beraten lasse, etwa 40.000 Euro Förderung erhalten.

Erwähnt sei auch die Wohnriester-Förderung, beim Neuausschuss das gefragteste unter den Riesterprodukten. Durch Zuschüsse, Steuervorteile und Zinsersparnis seien hier mehrere zehntausend Euro herauszuholen. Hoffnung setzen die Experten zudem auf die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer für Familien. Alles in allem sei in den meisten Regionen Bayerns der Immobilienerwerb immer noch erschwinglich, **dhg.**

stellen die Immo-Experten der Sparkassen-Finanzgruppe fest.

Sehr kritisch sehen die Sparkassen-Experten die Diskussion über das sogenannte Besteller-Prinzip beim Verkauf von Wohnimmobilien. Danach soll der Makler zukünftig ausschließlich vom Verkäufer bezahlt werden, um so die Nebenkosten zu senken. In rund drei Vierteln des Bundesgebietes sei es aber üblich, dass sich Käufer und Verkäufer die Maklerkosten teilen, so auch in Bayern. Dies habe den Vorteil, dass der Makler beiden Vertragsparteien gleichermaßen verpflichtet sei. Werde die einseitige Vertretung des Verkäufers gesetzlich vorgeschrieben, gehe dieser Schutz für Käufer verloren.

Ein besserer Verbraucherschutz sei die Professionalisierung der Maklerbranche, indem endlich zwingend ein Sachkundenachweis für Makler eingeführt werde. Bei Sparkassen und LBS seien ausschließlich gut ausgebildete Bank- und Immobilienkaufleute als Makler tätig, die durch ein unabhängiges Institut nach der EU-Norm DIN EN 15733 geprüft und zertifiziert seien.

Die Lage auf dem Wohnimmobilienmarkt werde, so der Ausblick, angespannt bleiben, da die Nachfrage weiter steige und das Angebot sich kaum ausweiten werde, zumal die Zahl der Baugenehmigungen wieder rückläufig sei. Mit einem weiteren Anstieg der Kaufpreise sei zu rechnen, auch wenn sich der Anstieg etwas verlangsamt. Die Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt blieben weitgehend stabil. **dhg.**

Fachtagung der Sparkassenstiftungen in Berlin:

Digital, vernetzt, mobil – Perspektiven für Stiftungen

Zum gemeinsamen Austausch trafen sich Vertreter der Sparkassenstiftungen zur Stiftungsfachtagung 2019 in Berlin. Die zweitägige Veranstaltung widmete sich erneut Themen und Fragestellungen rund um das Management von Sparkassenstiftungen sowie dem Thema Kundenstiftungen. In diesem Jahr stand die Tagung unter dem Motto „Digital, vernetzt, mobil – Perspektiven für Stiftungen“.

In insgesamt 16 Fachthemen wurde unter anderem die Bedeutung der digitalen Transformation für den Bereich der Stiftungen thematisiert. Darüber hinaus standen u.a. die anstehende Stiftungsrechtsreform, die wirkungsorientierte Kapitalanlage und das Veranstaltungsmanagement für Stiftungen auf dem Programm. Auch die Herausforderungen der EU-DS-GVO für Stiftungen wurden noch einmal thematisiert. Die Fachthemen im Bereich der Kundenstiftungen widmeten sich der Herausforderung der Erfüllung des Stiftungszwecks in der Niedrigzinsphase und dem Themenbereich „Erben, Vererben, Sinn stiften“.

Die Sparkassen, Landesbanken und ihre Verbundpartner fördern im vergangenen Jahr gemeinwohlorientierte Projekte mit 422 Mio. Euro. Dieses Engagement kommt den Menschen in allen Regionen in Deutschland zugute. Unterstützt werden beispielsweise soziale Projekte, lokale Museen, Sportvereine und Bildungsinitiativen. Mit diesem vielfältigen Engagement stärkte die Sparkassen-Finanzgruppe auch im vergangenen Jahr den Zusammenhalt in der Gesellschaft und ermöglichte Millionen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie bürgerschaftliches Engagement.

„Die Sparkassen-Finanzgruppe ist ein verlässlicher Förderer gemeinnütziger Initiativen. Unsere Engagements wirken langfristig und richten sich dabei ganz konkret an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen Deutschlands. Auf diese Weise tragen Sparkassen ein Stück weit dazu bei, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stabilisieren und die Gemeinschaft zu stärken“, hob Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), hervor.

752 Sparkassenstiftungen

Die Anzahl der Sparkassen-Stiftungen erhöhte sich im vergangenen Jahr auf nunmehr 752, die ein Stiftungskapital von 2,65 Mrd. Euro aufweisen und 74 Mio. Euro ausschütteten. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat in Deutsch-

land so viele Stiftungen gegründet wie keine andere Unternehmensgruppe. Die Sparkassen sind darüber hinaus ein kompetenter Partner bei der Gründung von Stiftungen.

Bauhaus-Jubiläum

Unter dem Motto „100 Jahre Bauhaus“ wird 2019 in vielen Regionen Deutschlands das 100-jährige Gründungsjubiläum des Bauhauses gefeiert. Häufig mit dabei ist die Sparkassen-Finanzgruppe, denn viele ihrer Institute, Regionalverbände und Stiftungen sowie der Sparkassen-Kulturfonds des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) sind als Förderer engagiert. Sie ermöglichen konkrete Projekte, wie die Festspiele anlässlich der Eröffnung des neuen Museums Bauhaus Dessau, Ausstellungsprojekte im Bauhaus Museum Weimar und die Wiedereröffnung der Mies-van-der-Rohe-Häuser in Krefeld. Gemeinsam ist die Sparkassen-Finanzgruppe Hauptförderer des Bauhaus-Jubiläums.

Der Sparkassen-Kulturfonds wird 20 Jahre; als Instrument der

(agile Arbeitsweisen unterstützen bei der schnellen Umsetzung der Zukunftsthemen).

Teil der gesellschaftlichen Verantwortung der BayernLB ist Zoller zufolge ihr Beitrag zur Erreichung nationaler und internationaler Klimaziele. Der BayernLB-Konzern ist mit einer umfassenden Branchenkompetenz bei den erneuerbaren Energien Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft sowie EnergyStorage ausgestattet. Vielfältige Klima- und Umweltschutzmaßnahmen werden umfassend finanziert.

Während die BayernLB beim Zukunftsthema Nachhaltigkeit mit weltweiten Export- und Spezialfinanzierungen für Erneuerbare Energien aufwartet (Begleitung der ersten „Green Schuldscheine“), hat die DKB bereits mehr als 4.500 Wind-, Solar- und Biogas-Anlagen finanziert. 2018 wurde nach zwei Green Bonds in den Vorjahren der erste soziale Pfandbrief begeben. Real I.S. kann auf eine langjährige Erfahrung mit nachhaltigen Immobilienzertifizierungen verweisen. Mehrere Objekte wurden mit anerkannten Nachhaltigkeitsprädikaten ausgezeichnet. BayernInvest zeichnet schließlich verantwortlich für Investmentstrategien unter Einbezug umweltbezogener und sozialer Kriterien und ist Pionier beim Nachhaltigkeitsreporting von Kapitalanlagen.

Weichen für die Zukunft

Wie der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende abschließend betonte, rechnet die BayernLB aufgrund der guten Portfolioqualität und ihrer stabilen Kundenbasis auch für das Jahr 2019 mit einer soliden geschäftlichen Entwicklung. Für das Gesamtjahr wird ein positives Ergebnis vor Steuern im mittleren dreistelligen Millionenbereich erwartet.

Finanzminister Albert Füracker freute sich über das Ergebnis: „Die BayernLB steht ein Jahrzehnt nach der Finanzmarktkrise wieder für Stabilität und Solidität.“ Für die BayernLB komme es jetzt darauf an, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen, damit die Bank auch in Zukunft erfolgreich bleibt. Aus einer Position der Stärke und im Bewusstsein künftiger Herausforderungen werden Eigentümer und Bank gemeinsam die nächsten Monate nutzen, um die optimale wirtschaftliche und strategische Aufstellung für die Zukunft anzugehen. „Mit Stephan Winkelmeier als neuem Vorstandsvorsitzenden wurde hierfür aus meiner Sicht der richtige Mann gefunden“, kommentierte Füracker die Neubesetzung des Vorstandsvorsitzenden durch den Aufsichtsrat. **DK**

BayernLB-Bilanzpressekonferenz:

Erfolgreiches Jahr mit solider Geschäftsentwicklung

Alle Kundensegmente mit positiven Ergebnisbeiträgen

„Die BayernLB kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Auch wenn das Ergebnis aufgrund einiger Sondereffekte positiv überzeichnet ist, ist es doch ein klarer Beleg für unsere operative Stärke im Kundengeschäft“, stellte der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Dr. Edgar Zoller, bei der Bilanzpressekonferenz in München fest. Das gute Ergebnis sei freilich kein Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen: „Wir werden im Jahr 2019 aus einer Position der Stärke heraus an der künftigen strategischen Positionierung der BayernLB arbeiten, um im Sinne unserer Kunden und Eigentümer für die Zukunft bestmöglich aufgestellt zu sein“, unterstrich Zoller.

Die BayernLB als bewährter Partner von rund 350 Sparkassen in Deutschland und Partner Nummer eins der bayerischen Sparkassen hat im Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 869 Mio. Euro erzielt und das Ergebnis des Vorjahres damit um 33,3 Prozent übertroffen (Vj.: 652 Mio. Euro). Das Konzernergebnis (nach Steuern) erhöhte sich auf 822 Mio. Euro (Vj.: 677 Mio. Euro). Alle Kundensegmente haben positive Ergebnisbeiträge geleistet. Das Ergebnis profitierte zudem von Einmalserträgen und positiver Risikoversorge.

Die Summe aus Zinsüberschuss und Provisionsüberschuss konnte im Jahr 2018 erstmals auf mehr als 2 Mrd. Euro gesteigert werden. Der Zinsüberschuss erhöhte sich trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus um 5,0 Prozent auf 1.742 Mio. Euro (Vj.: 1.659 Mio. Euro). Hierzu hat die Reduzierung der Zinsaufwendungen bei BayernLB und DKB maßgeblich beigetragen. Der Provisionsüberschuss stieg leicht auf 270 Mio. Euro (Vj.: 263 Mio. Euro).

Bei der Risikoversorge im Kreditgeschäft weist die BayernLB einen positiven Wert in Höhe von 135 Mio. Euro aus (Vj.: -94 Mio. Euro). Dieser Wert spiegelt die hohe Qualität des Kreditportfolios der BayernLB wider. Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung betrug 151 Mio. Euro (Vj.: 205 Mio. Euro) während das Ergebnis aus Sicherungsgeschäften bei -50 Mio. Euro (Vj.: -142 Mio. Euro) lag. Es beinhaltet Effekte aus der Bewertung von Grund- und Sicherungsgeschäften, die sich grundsätzlich über die Laufzeit ausgleichen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen, das überwiegend Erlöse aus der Veräußerung von Schuldverschreibungen und festverzinslichen Wertpapieren enthält, belief sich auf 10 Mio. Euro (Vj.: 23 Mio. Euro).

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich im Jahr 2018 auf 1.356

Mio. Euro (Vj.: 1.258 Mio. Euro). Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung belief sich auf 103 Mio. Euro (Vj.: 98 Mio. Euro). Die Bilanzsumme der BayernLB hat leicht zugelegt und betrug zum Jahresende 220,2 Mrd. Euro (Vj.: 214,5 Mrd. Euro). Die Kapitalausstattung der BayernLB ist weiterhin sehr solide. Die Cost-Income-Ratio (CIR) lag mit 61,9 Prozent weiterhin im Zielkorridor (Vj.: 59,9 Prozent). Ihre Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity – RoE) hat die BayernLB auf 9,4 Prozent erhöht (Vj.: 7,4 Prozent).

Anteilseigner profitieren

Vom wirtschaftlichen Erfolg der BayernLB sollen auch deren Anteilseigner, der Freistaat Bayern und die bayerischen Sparkassen, profitieren. Die Bank wird daher der Generalversammlung eine Ausschüttung in Höhe von 175 Millionen Euro an die Anteilseigner vorschlagen. Im Vorjahr betrug die Dividende 50 Millionen Euro.

Im Segment „Corporates & Mittelstand“ hat die BayernLB das Ergebnis vor Steuern mehr als verdoppelt, es betrug nun 161 Mio. Euro (Vj.: 80 Mio. Euro). Die Steigerung geht insbesondere auf den positiven Beitrag aus der Risikoversorge zurück, der aus hohen Auflösungen aufgrund einer weiterhin guten Portfolioqualität sowie aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen resultiert.

Das Segment „Immobilien & Sparkassen/Verbund“ hat das Vorsteuerergebnis des Vorjahres deutlich übertroffen. Es erhöhte sich auf 284 Mio. Euro (Vj.: 203 Mio. Euro). Der Bereich Immobilien trug mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 243 Mio. Euro (Vj.: 165 Mio. Euro) erneut maßgeblich zum Segmentergebnis bei. Auch im Bereich Sparkassen/Verbund wurden die operativen Erträge erhöht, was auf verstärkte Vertriebsanstrengungen zurückgeht. Das Ergebnis der Bay-

ernLabo, des Förderinstituts der BayernLB, blieb mit 45 Mio. Euro stabil (Vj.: 45 Mio. Euro). Der Immobilien-Assetmanager Real I.S. erreichte ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 13 Mio. Euro (Vj.: 8 Mio. Euro).

Das Vorsteuerergebnis des Segments „Financial Markets“ belief sich auf 12 Mio. Euro (Vj.: 99 Mio. Euro). Zu berücksichtigen ist, dass das Vorjahr stark begünstigt war durch Einmalserträge und positive Bewertungseffekte. Zudem fielen die Erträge aus Financial Markets Produkten aufgrund schwieriger Marktverhältnisse niedriger aus als im Vorjahr. Die BayernLB investierte erwirtschaftete ein Vorsteuerergebnis in Höhe von 7 Mio. Euro (Vj.: 6 Mio. Euro).

Weiter fortgesetzt hat sich die positive Geschäftsentwicklung im Segment DKB. Das Ergebnis vor Steuern stieg auf 317 Mio. Euro (Vj.: 272 Mio. Euro), was zu einem großen Teil auf die Steigerung des Zinsüberschusses zurückgeht, die durch eine verbesserte Refinanzierungsstruktur erreicht werden konnte. Die DKB hat die Zahl ihrer Privatkunden auf nunmehr als 4 Mio. nochmals deutlich gesteigert (Vj.: 3,7 Mio.) und damit ihre Position als zweitgrößte Direktbank und einer der Marktführer im digitalen Banking in Deutschland weiter gefestigt.

Klare Fokussierung

Wie Edgar Zoller weiter ausführte, „sind wir im Kundengeschäft gut unterwegs und arbeiten intern mit voller Kraft an der Weiterentwicklung der BayernLB. Wir investieren selektiv und zielgerichtet in Digitalisierung. Durch klare Fokussierung schaffen wir Mehrwerte an der Schnittstelle zum Kunden und machen interne Prozesse schneller. Die Etablierung neuer Arbeitswelten und Arbeitskulturen bildet eine wichtige Basis für Innovationskraft und Arbeitgeberattraktivität.“

Exemplarische Initiativen sind das Instant Payment (finale Ausführung einer Überweisung innerhalb von zehn Sekunden möglich), der sukzessive Ausbau des Kundenportals zum umfassenden Informationskanal, das Sorten- und Edelmetallgeschäft (fallabschließendes Online-Bestellsystem für Sorten und Edelmetalle in der Internet-Filiale der Sparkassen integriert) und New Work

zentralen Kulturförderung ermöglicht der Sparkassen-Kulturfonds des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes die Unterstützung von national bedeutenden Kulturinstitutionen und -projekten. Diese Förderungen erfolgen im Verbund, gemeinsam mit lokalen und regionalen Institutionen der Sparkassen-Finanzgruppe. Gefördert werden sog. Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, die breite, facettenreiche Kulturförderung der lokal agierenden Sparkassen und der regional engagierten Regionalverbände und Stiftungen auf nationaler Ebene abzurufen. Beispiele sind die Kooperationen mit den Staatlichen Museen zu Berlin und den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden.

DAVID-Auszeichnung

Drei Projekte von Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe wurden bei der Fachtagung durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband mit dem DAVID ausgezeichnet. Dieser Preis wurde insbesondere für Stiftungsprojekte ausgelobt, die auch mit kleineren Budgets einen vorbildlichen Beitrag für das Gemeinwohl ihrer jeweiligen Region leisten. Der Preis ermöglicht es den Gewinnern, sich mit ihren Projekten auch einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen und dabei Anreize zur Nachahmung zu bieten. Durch Kreativität, einfallsreiche Kooperationen und passgenau gestaltete Fördermaßnahmen gelingt es den Sparkassenstiftungen, den Bedürfnissen in ihren Regionen zu begegnen und dabei gleichzeitig übertragbare Konzeptideen anzubieten.

In der Kategorie „Geförderte Projekte“ wurde „Obdachlose zeigen Schülern ihr Berlin“, Stiftung Berliner Sparkasse - von Bürgerinnen und Bürgern für Berlin ausgezeichnet. Obdachlosigkeit macht Armut im öffentlichen Raum sichtbar. Die Stadtführungen von Querstadt e.V. schärfen die Sinne für diese andere Wahrnehmung Berlins: Menschen, die selbst einmal obdachlos waren, zeigen Schülerinnen und Schülern den Kiez, auf dessen Straßen sie einmal gelebt haben, und berichten von ihrem eigenen Schicksal.

Die authentischen Erfahrungsbereiche führen zu einer nachhaltigen Auseinandersetzung mit dem Thema Obdachlosigkeit. Das Bewusstsein für Armut und Ausgrenzung wächst, Berührungspunkte verringern sich, Vorurteile werden überdacht. Die Füh-

erungen bedeuten für die Schüler wirksame Prävention ohne erhobenen pädagogischen Zeigefinger, denn sie zeigen wie leicht es ist, in Obdachlosigkeit zu rutschen. Dieser in Deutschland einzigartige Ansatz bietet zudem den Stadtführern einen Zuverdienst.

Mit ihren „Ferien im Jurameer“ wurde die Sparkassenstiftung Umwelt+Natur mit dem DAVID in der Kategorie „Operative Projekte“ geehrt. Seit 2014 Jahren führt die Stiftung mit ihrem Umweltmobil „Donnerkeil“ jedes Jahr mit dem Fossilienmuseum der Firma Holcim ein Kooperationsprojekt für Kinder von 8 bis 14 durch. 20 Jungforscher erleben die biologische und geologische Vielfalt im Landkreis Zollernalb. Die spielerische Verbindung von Fossilien-suche, Forschen, handwerklicher Arbeit und einer Prise Abenteuer führt die Projektakteure in spannende Naturräume und weckt Begeisterung für ihre Heimat.

Durch intensive Erfahrungen und viel Bewegung in der Natur sowie die Förderung von kindlichem Interesse an Natur wird der Lebensraum Heimat gewürdigt und geschützt. Begeisterte Rückmeldungen sprechen für den Erfolg, die Nachfrage nach freien Plätzen ist groß und das Projekt in der Region bekannt – nicht zuletzt durch seine Präsenz in Print- und Online-Medien. Dieses Naturerlebnis mit allen Sinnen wurde als UN-Dekade Projekt 2018 ausgezeichnet.

In der Kategorie „Sonderpreis“ wurde der „Uckermärkische Orgelfrühling“, Stiftung Uckermärkische Orgellandschaft, geehrt. Das Musikfestival feiert 2019 sein 10-jähriges Bestehen. In einer Region, die eher als Naturdenkmal als Kulturlandschaft bekannt ist, rückt das kostbare Kulturgut der alten Orgeln in den Fokus und besichert den Menschen unvergessliche Konzerterlebnisse. Die Konzerte verdeutlichen das ganze Spektrum der Orgel als Solo- oder Begleitinstrument, im Zusammenspiel mit Orchester und Soloinstrumenten sowie Chorgesang.

Das 10-jährige Jubiläum spricht für den nachhaltigen Erfolg der Veranstaltungsreihe. Inzwischen weit über die Kreisgrenzen hinaus beliebt, sind die Konzerte aus dem kulturellen Leben der Uckermark nicht mehr wegzudenken. Das große Engagement der Akteure und Unterstützer zeigt, wie Menschen sich einbringen und aufeinander zugehen, um für die ländlich geprägte Region und ihre Gäste ein einmaliges Kulturerlebnis zu schaffen. **DK**



Bayerische Sparkassen unterstützen Kinder- und Jugendhaus Stapf

Mit 20.000 Euro aus dem Reinertrag des Sparkassen-PS-Sparen und Gewinns unterstützen die bayerischen Sparkassen die Arbeit des Caritas-Kinder- und Jugendhauses Stapf, einer Einrichtung des Caritasverbands Nürnberg. Die Spende überreichte der Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Ulrich Netzer (rechts), an Karin Baumüller-Söder, von der die Spendenempfehlung stammt und Franz Ochs, den Leiter des Hauses.

Ein Schwerpunkt der Einrichtung ist die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit verschiedenen besonderen Bedürfnissen. Für mehrfach behinderte Kinder und junge Menschen, die eine heilpädagogische Betreuung und Förderung benötigen, stehen insgesamt 152 Plätze zur Verfügung. Auf der Wunschliste stehen Anschaffungen, die zur Erleichterung von Pflege oder Therapie dienen, aber auch solche, die einfach zum Entspannen und Wohlfühlen einladen. Darüber hinaus stehen erlebnispädagogische Gruppenunternehmungen hoch im Kurs. „Maßnahmen für Kinder und Jugendliche fördern die Sparkassen gerne, besonders dann, wenn dabei junge Menschen mit besonderen Bedürfnissen mehr soziale Teilhabe gewinnen“, betonte Netzer.

Bild: Caritasverband Nürnberg e.V.

LfA Förderbank Bayern:

„Überaus erfolgreiches“ Jahr 2018

Rekord-Nachfrage nach Förderkrediten

Bayerns mittelständische Wirtschaft, ob Handwerk, Handel, Dienstleister, Gewerbe oder Industrie, ob Gründer oder Erweiterer, sie alle, aber auch die Kommunen, haben mit der LfA Förderbank Bayern einen Partner an der Seite, der sie mit Rat und Tat, insbesondere aber mit günstigen Krediten, Risikoübernahmen und zuweilen sogar auch mit Eigenkapital kräftig unterstützt. Denn die Aufgabe dieses 1951 gegründeten Spezialinstituts zur Wirtschaftsförderung im Feistaat ist nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Erfüllung des staatlichen Auftrages. Dennoch hat dieses Kreditinstitut mit Banklizenz, das auch den bankmäßigen Regularien unterliegt, 2018 nach den Worten seines Vorstandsvorsitzenden Otto Beierl „ein überaus erfolgreiches Jahr“ hinter sich gebracht. Übrigens nicht das erste in seiner langen Geschichte.

Bevor sie den Erfolg mit Zahlen bestätigte, konnte die LfA einen ganz besonderen Erfolg mitteilen: Mit der Unterstützung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken (VÖB), aber auch des bayerischen Wirtschaftsministers und stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger, der von Amts wegen zugleich Vorsitzender des LfA-Verwaltungsrates ist, „ist es nach intensiven Verhandlungen zum EU-Bankenpaket, zuletzt im sogenannten Trilog zwischen EU-Kommission, Europäischem Rat und Europäischem Parlament, gelungen, eine namentliche Ausnahme der Förderbanken aus dem Anwendungsbereich der EU-Bankenrichtlinie (CRD) durchzusetzen“. Das heißt, die LfA wird künftig allein unter der Aufsicht von BaFin und der Deutschen Bundesbank stehen. Dadurch entfällt für die LfA unter anderem die Zahlung der EU-Bankabgabe. „Die dadurch eingesparten Mittel kommen direkt der Förderung der bayerischen Wirtschaft und der Kommunen zugute“, stellt Beierl in der Jahrespressekonferenz fest. Und weiter: „Wir streben bei der nationalen Umsetzung jedoch nicht nach einer ‚Regulieren light‘, sondern wollen ein Aufsichtssystem, das den Besonderheiten der Förderbanken Rechnung trägt.“

Im Berichtsjahr 2018 hat das Spezialinstitut, das mit 328 Mitarbeitern auskommt, die höchste Nachfrage nach Förderkrediten seit seiner Gründung erlebt. Insgesamt wurden Darlehen, die übrigens stets über die Hausbank beantragt werden müssen, über 2,83 (2,33) Mrd. Euro vergeben, was einem Plus von 21,4 % entspricht. Im Hauptgeschäft mit programmgebundenen Förderkrediten für Mittelstand und Kommunen stieg das Zusagenvolumen um 18 % auf 2,02 Mrd. Euro. Die mittelständischen Betriebe konnten daraus Investitionen von mehr als 2,82 Mrd. Euro anstoßen, was 21 % mehr als im Vorjahr war. Rechnet man die Risikoübernahmen von 220 (Vorjahr: 208) Mio. Euro hinzu, erhöhte sich die

Gesamtförderleistung um rund 20 % auf knapp 3,05 Mrd. Euro.

Erreicht wurde dieses Ergebnis durch die weitere Optimierung der Förderprogramme, die üblicherweise auch zur Bewältigung von Unternehmensübergaben dienen können, von denen es in Bayern pro Jahr etwa 30.000 gibt, aber auch durch die Ausweitung von Programmen zur Energieeinsparung. So wurden Investitionen in energieeffiziente Produktionsanlagen und -prozesse gefördert. Eine Energieeinsparung von mindestens 10 % wird beim Energiekredit mit einem Tilgungszuschuss von 1 % des Darlehensbetrages gefördert. Eine Energieeinsparung von 30 % bringt einen Zuschuss von 2 %. Zudem steigt der maximale Kreditbetrag von 2 Mio. auf 10 Mio. Euro.

110 geförderte Städte und Gemeinden

Durch die volkswirtschaftlichen Impulse, die die LfA dem Wirtschaftsstandort Bayern 2018 gegeben hat, wurden mehr als 4.700 Unternehmen und 110 Kommunen gefördert. Die mittelständischen Unternehmen konnten dadurch nach LfA-Darstellung 160.000 bestehende Arbeitsplätze sichern und knapp 6.400 neue Stellen schaffen. Im kommunalen Bereich konnten die 110 geförderten Städte und Gemeinden Infrastrukturprojekte in Höhe von fast 190 Mio. Euro umsetzen. Investiert wurde von den Kommunen überwiegend in den Bereichen Abwasserentsorgung, Wasserversorgung, Verkehrsinfrastruktur und allgemeine Ver- und Entsorgung sowie zudem in den Ausbau des Breitbandnetzes.

Ergänzend zu den Förderkrediten bietet die LfA Konsortial- und Globaldarlehen an. Zur Finanzierung größerer Vorhaben, darunter auch große Infrastrukturprojekte, beteiligt sich die Förderbank an Konsortialfinanzierungen, wobei die LfA hier wettbewerbsneutral und nur auf Einladung der Banken sowie als Juniorpartner mitmacht, und zwar zu den gleichen Konditionen, die für alle Konsor-

tialpartner gelten. Im Bereich der Konsortialdarlehen für großvolumige Finanzierung, der häufig starken Schwankungen unterliegt, ist 2018 die Nachfrage gegenüber dem Jahr zuvor auf 727 (500) Mio. Euro gestiegen. Die Zuwächse resultieren sowohl aus gewerblichen Vorhaben als auch aus Infrastrukturvorhaben.

Globaldarlehen

Im Bereich Globaldarlehen werden größere Kreditkontingente an Geschäftsbanken vergeben, die diese in maßgeschneiderte Finanzierungsprodukte für ihre Firmenkunden umwandeln. Der Vorteil aus der Refinanzierung über die LfA komme in vollem Umfang und nachprüfbar den Firmen als Endkreditnehmer zugute, für deren Vorhaben keine Programmkredite bereitstehen, erläuterte Beierl. Im Berichtsjahr wurden 75 Mio. Euro als Globaldarlehen zugesagt, im Jahr zuvor waren es noch 110 Mio. Euro.

Neben der Darlehensförderung gehören Risikoübernahmen zu den Förderaufgaben für den bayerischen Mittelstand. Im Berichtsjahr wurden Kreditrisiken über 220 Mio. Euro übernommen gegenüber 208 Mio. Euro im Jahr zuvor. Das zeige, dass Eigenkapitalausstattung und Bonität im bayerischen Mittelstand weiterhin gut seien. Rechnet man Kreditzusagen und Risikoübernahmen zusammen, ergibt sich das erwähnte Gesamtfördervolumen von 3,05 (2,54) Mrd. Euro, was einem Plus von 20 % entspricht.

Neben Fremdkapital und Risikoübernahmen stellt die LfA dem bayerischen Mittelstand auch Eigenkapital zur Verfügung. Das Tochterunternehmen Bayern Kapital finanziert innovative Gründer und Technologieunternehmen „von der Seedphase bis hin zur Wachstumsphase mit Venture Capital“.

Dazu kann Bayern Kapital aus dem mit 100 Mio. Euro ausgestatteten Wachstumsfonds Bayern schöpfen. Universalanbieter für die Finanzierungsbedürfnisse des Mittelstandes im Eigenkapitalbereich ist die Bayerische Beteiligungsgesellschaft BayBG, ebenfalls eine LfA-Tochter. Zudem gibt es zwei bayerisch-europäische Kooperationen mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF), der sich zusätzlich um Mezzanine Kapital (eine Mischung aus Eigen- und Fremdkapital) und um Venture Capital kümmert. Setze man das von diesen Fonds in bayerische Unternehmen investierte Kapital zu dem eingesetzten Kapital ins Verhältnis, ergebe sich im Bereich Ven-

ture Capital ein durchschnittlicher Hebel von knapp 12, im Mezzanine Bereich ein „Bayern Multiple“ genannter Hebel von 11 bis 16.

So einfach und leicht sich die Maßnahmen der Förderbank anhöhen mögen, ist es aber nicht für sie, denn das Marktumfeld sei weiterhin sehr anspruchsvoll. Das anhaltende Zinstief am Kapitalmarkt führe dazu, dass die zum Teil hohen Einlagenüberschüsse der Banken und ein starker Wettbewerb unter den Geschäftsbanken um Mittelstandskunden bei den Hausbanken ein hohes Interesse an der Vergabe von Eigenkrediten bewirke. Außerdem verfügte die Unternehmen selbst zum Teil über erhebliche Eigenmittel, was eine hohe Eigenfinanzierungskraft bedeute und die Abhängigkeit der Unternehmen von Fremdfinanzierungen verringere.

Dass die Bilanzsumme der LfA im Berichtsjahr leicht auf 21,069 (21,475) Mrd. Euro gesunken ist, liegt aber vor allem an dem niedrigeren Bestand im Anlagegeschäft, denn fällige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere konnten durch Zugänge nur teilweise kompensiert werden. Ausschlaggebend war insbesondere das beschränkte Angebot an attraktiven Anlagemöglichkeiten guter Bonität. Dennoch, so Beierl, werde man bei der vorsichtigen Anlagepolitik bleiben.

Jahresüberschuss: 45 Mio. Euro

Trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen weist die Förderbank Bayern aber erneut einen Jahresüberschuss von 45 Mio. Euro aus, obwohl der Zins- und Provisionsüberschuss mit 112 (93) Mio. Euro um 9 Mio. Euro geringer ausfiel als im Jahr zuvor und auch der Verwaltungsaufwand leicht gestiegen ist. So fiel der operative Gewinn (Betriebsergebnis vor Risikoversorge und Bewertung) auf 48 (61) Mio. Euro.

Dass dennoch der Jahresüberschuss gehalten werden konnte, sei der Tatsache zu verdanken, dass im Bereich Risikoversorge per saldo ein positives Ergebnis von 47 (53) Mio. Euro erwirtschaftet wurde. Dieses Ergebnis habe die LfA in die Lage versetzt, ihr Kernkapital weiter auf 1,696 (1,629) Mrd. Euro zu stärken und dem Fonds für allgemeine Bankenrisiken weitere 50 (70) Mio. zuzuführen, was dieses Sicherheitspolster auf 660 Mio. Euro habe anwachsen lassen. Insgesamt stieg die Kernkapitalquote auf 23,4 (19,9) %, was deutlich über den gesetzlichen Anforderungen liegt.

Vom Jahresüberschuss von 45 Mio. Euro wandern gut 11 Mio. Euro in die gesetzliche Rücklage. Der verbleibende Betrag von etwa 36 Mio. Euro wird an den Freistaat abgeführt, der davon aber wiederum knapp 21 Mio. Euro zweckgebunden der LfA für deren Aufgaben zur Verfügung stellt. Im allgemeinen Staatshaushalt verbleiben knapp 13 Mio. Euro.

Förderangebote optimieren

„Wir sind gut aufgestellt“, fasste Beierl den Ausblick zusammen. Man werde die Förderangebote optimieren und so schlanker und moderner machen und das Geschäftsfeld Innovation neu aufstellen. Als zusätzliches Förderinstrument soll es wiederum Tilgungszuschüsse als bewährtes Instrument in der Niedrigzinsphase geben. Als zukünftige Schwerpunktfelder gelten die Themen Gründung und Unternehmensnachfolge ebenso wie Innovation und Digitalisierung. Im kommenden Jahr werde den Banken in einem ersten Kreditprodukt ein vollständig automatisierter Antrags- und Zusageprozess bereitgestellt, was eine stark verkürzte Bearbeitungszeit zur Folge haben werde. Auch will man wieder verstärkt Darlehenslaufzeiten mit Zinsfestschreibungen von mehr als 10 Jahren anbieten. **dhg.**

Landkreis München:

Neues System der Schulfinanzierung

Eine Realschule oder ein Gymnasium direkt am Ort zu haben, das sehen Kommunen und Bürger in aller Regel als absolutes Standortvorteil. Wenn es dann aber ganz konkret um die Errichtung einer neuen Schule ging, dann brachte das viele Gemeinden und Städte regelmäßig in Bedrängnis. Denn die Hauptlast der Investitionskosten trugen bis vor kurzem die Sitzgemeinde bzw. die Mitgliedsgemeinden eines einzelnen Schulzweckverbands.

Doch die Sicherstellung des Bildungsangebots ist nicht die Aufgabe einzelner Kommunen – zumal der Einzugsbereich weiterführender Schulen heute längst weit über Sitz- und angrenzende Gemeinden hinausgeht. Über viele Jahre haben die Landkreisvertreter deshalb immer wieder um eine gerechtere, einzelne Kommunen nicht über Gebühr belastende Form der Schulfinanzierung gerungen. In mehreren Schritten hat man nun die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Kommunen dauerhaft zu entlasten.

Landkreisanteile sukzessive erhöht

In der Vergangenheit trug der Landkreis zwar bereits 100 Prozent der Kosten für den Sachaufwand, also etwa Ausgaben

gangenen Jahr dazu entschlossen, auch die Investitionskosten der letzten 25 Jahre im gleichen Verhältnis rückzuerstatten – eine stolze Summe von mehr als 70 Mio. Euro. Den überwiegenden Teil hat der Landkreis im März dieses Jahres bereits auf die Konten der Zweckverbände überwiesen, wie Kreiskämmerer Markus Kasper in der Sitzung des Kreistags berichtete.

Über die größte Summe von beinahe 22 Mio. Euro kann sich der Zweckverband weiterführende Schulen im Südosten des Landkreises München freuen. Die sieben in diesem Zweckverband zusammengeschlossenen Kommunen erhalten damit das größte Kuchenstück der Investitionskosten-Rückerstattung durch den Landkreis.

Weitere Entlastung der Kommunen auf dem Weg

Zusätzlich zur Erstattung der Investitionskosten hat der Kreistag im März eine weitere Rückzahlung auf den Weg gebracht. Auch Kosten für Containerschulen, die während der Bauzeiten oftmals als vorübergehende Quartiere dienen, will der Landkreis rückwirkend bis 1993 übernehmen. Für diese Position kommen demnächst weitere rund 11 Mio. Euro zur Auszahlung. Die genauen Beträge werden – unter Berücksichtigung der Abzinsung – derzeit von der Verwaltung noch ermittelt.

Zudem wird gerade geprüft, ob auch die auf die Gast Schüler entfallenden Kostenanteile rückwirkend für die letzten 25 Jahre rückerstattet werden können.

Bildung ist wichtiger denn je

„Bildung ist eines der ‚Top-Themen‘ für unseren Landkreis. Schon heute sind wir ein herausragender Bildungsstandort. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, unternehmen wir immense Anstrengungen“, so Landrat Christoph Göbel. „Dies wird allein an den durch den Landkreis aufgewendeten Kosten von mehr als 330 Mio. Euro an Betriebs- und Investitionskosten innerhalb von zehn Jahren deutlich. Die gerade getätigten Rückerstattungen eingerechnet kommen wir damit auf die enorme Summe von 400 Mio. Euro in einem Zeitraum von 2009 bis 2019“, so der Landrat weiter. „Allein das beweist: Der Kreistag ist sich seiner großen Verantwortung bewusst.“

Die Bemühungen um eine optimale Bildungslandschaft gehen mit voller Kraft voran. Vier neue Gymnasien, zwei Realschulen und zwei Berufliche Oberschulen sind Projekte, die schon heute in der ganz konkreten Planung sind.

Zum Hintergrund: Bei den Investitionskosten für Neubauten, Ersatzneubauten usw. beziehen sich die durch den Landkreis zu übernehmenden Beträge immer auf die so genannten zuwendungsfähigen Kosten, das heißt Kosten, an denen sich der Freistaat Bayern beteiligt. Nicht darunter fallen zum Beispiel Ausgaben für Grunderwerb, Erschließung oder Bepflanzung.

Bei den Umbauten oder energetischen Sanierungen, die der Landkreis jetzt zu 100 Prozent trägt, werden immer die tatsächlichen Baukosten zum Ansatz gebracht. **□**



Landrat Christoph Göbel. **□**

für Lehr- und Lernmittel, Ausstattungsgegenstände etc. für die Schulen. An den einmaligen Investitionskosten hat sich der Landkreis aber über Jahrzehnte hinweg nur zu jeweils 30 Prozent beteiligt. Den Rest trugen die Kommunen allein bzw. die zu Zweckverbänden zusammengeschlossenen Städte und Gemeinden.

Seit Anfang 2016 ist der Landkreis dann Schritt für Schritt mehr in die Verantwortung gegangen und hat im Einzelnen zusätzlich folgende Kosten übernommen:

- Kosten für Umbauten, energetische Sanierungen, Abbruchmaßnahmen oder auch Aufwendungen für Container und Raumumrüstungen im Zuge von Umbaumaßnahmen übernimmt der Landkreis heute zu 100 Prozent.
- Der Kostenanteil für Neubauten, Ersatzneubauten und Erweiterungsbaumaßnahmen wurde von ursprünglich 30 Prozent auf 70 Prozent erhöht.
- Baukosten bei Generalsanierungen werden zu 100 Prozent übernommen.
- Bei Neubauten, Erweiterungsbauten und Ersatzneubauten übernimmt der Landkreis zusätzlich zu den 70 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten, zudem 100 Prozent der tatsächlichen Baukosten, die rechnerisch durch Gast Schüler aus der Stadt München oder angrenzenden Landkreisen erzeugt werden, sofern sie einen Anteil von mehr als zehn Prozent der Schülerschaft stellen.

Gerechte Lastenverteilung nicht nur für künftige Projekte

Um aber nicht nur die Träger künftiger Schulprojekte zu entlasten, hat man sich im ver-

Erfolgreiche Partnerschaft mit den Sparkassen:

610 Millionen Euro an LfA-Förderkrediten vergeben

Im vergangenen Jahr haben die bayerischen Sparkassen knapp 610 Millionen Euro an Förderkrediten der LfA Förderbank Bayern vergeben. Das ist ein Plus von rund 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit über 1.700 zugesagten Krediten an den bayerischen Mittelstand haben sie fast ein Drittel des gesamten programmgebundenen Förderkreditvolumens ausgezahlt.

Wesentlicher Beitrag zur Wirtschaftsförderung

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, erklärt: „Die zinsgünstigen und flexiblen Förderdarlehen der LfA sind bei den bayerischen Sparkassen fest in die Beratung integriert. Aus unserem Geschäft mit Mittelstands- und Kommunkunden sowie der Gründungsfinanzierung sind sie nicht mehr wegzudenken. Wir sehen das auch als einen wesentlichen Beitrag zur Wirt-

schafsförderung in Bayern – so steigt die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Freistaat.“

Bestmögliche Finanzierung zu attraktiven Konditionen

„Die Sparkassen in Bayern bleiben ein starker Partner der LfA im Fördergeschäft. Die Betriebe profitieren dabei von der Kundennähe und der Fachexpertise der Firmenkundenberater der Sparkassen zu unseren Förderangeboten. Gleich-

zeitig optimieren wir unsere Förderung laufend weiter – im vergangenen Jahr haben wir unter anderem die Investitionsanreize durch Tilgungszuschüsse im Energieeffizienzbereich ausgebaut und unser Angebot für gewerbliche Umwelt- und Energiemaßnahmen optimiert“, erläuterte Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA.

„Unsere erfolgreiche Partnerschaft mit den bayerischen Sparkassen gewährleistet Existenzgründern sowie kleinen und mittleren Unternehmen in Bayern daher eine bestmögliche Finanzierung zu attraktiven Konditionen. Unternehmerische Ideen können so verwirklicht, bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Stellen geschaffen werden“, ergänzte Beierl. **□**



Die Mercedes-Benz Unimog der Baureihe „Unimog Geräteträger“ - U 216 bis U 530 mit Leistungen von 115 kW (156 PS) bis 220 kW (299 PS) – finden in den verschiedensten Branchen, vom Winterdienst bis zur Gehölzpflege, Anwendung. Hier im Bild zusammen mit einem hochgeländegängigen Unimog

Bild: media.daimler.com

Unimog für Kommune, Landwirtschaft und Lohnunternehmer auf der Demopark:

Das ganze Jahr im Einsatz

Vielzahl an Gerätekombinationen / U 530 mit Traktorzulassung und Agrarausstattung U 218 – ein kompakter Unimog mit hervorragendem Preis-Leistungs-Verhältnis

Aus der Idee, ein Nutzfahrzeug für möglichst viele Aufgabenbereiche zu konzipieren, entstand der Unimog. Seit fast 70 Jahren erfüllt der Allrounder-Profi von Mercedes-Benz diesen Anspruch und wurde dabei ständig verbessert. Heute meistert er Herausforderungen in der Grünpflege, der Landwirtschaft, dem Winterdienst und der Straßenunterhaltung. Souverän im Arbeitseinsatz, effektiv im Transport und effizient im Unterhalt – diese Mischung macht den Unimog attraktiv für viele, besonders für kommunale Dienstleister und Lohnunternehmer.

Längst überschneiden sich über 200 kW (272 PS) beziehungsweise 220 kW (299 PS).

Praktische Lösungen für komplexe Einsätze in Kommunen stehen hoch im Kurs. Diesem Anspruch werden die Exponate gerecht, die Mercedes-Benz Special Trucks auf der Freilandausstellung Demopark (23. – 25. Juni 2019, Stand B-243) zeigt.

**Stark im Grünen:
Der U 530 als Arbeitstier
und Transportprofi**

Besonders der schwere Unimog U 530 spielt in der Agrarausstattung seine Stärken aus. Die Agrarausstattung umfasst

lasten ausgestattet werden. Ein Vorteil, der auch für das Ziehen von Anhängern mit Tandem- bzw. Tridemachse gilt, wie es häufig bei Transportfahrten zwischen Acker bzw. Straße und Abladestelle der Fall ist. Das ermöglicht einen großen Aktionsradius. Der Grund für die höhere Belastbarkeit liegt in der stabilen Konstruktion: Durch die Installation eines verstärkten Schlussquerträgers zieht der Unimog bei Bedarf einen Anhänger mit einer Stützlast von bis zu drei Tonnen. Bei voller Ladung erreicht er auf diese Weise eine maximale Anhängergesamtmasse von 27 t.

**Technische Feinheiten
im Unimog-Programm**

Easy Drive: Optional erhältlicher stufenloser Fahrtrieb. Er verbindet die Vorzüge von Hydrostat mit einem mechanischen Schaltgetriebe. Durch den Einsatz von Easy Drive wechselt der Fahrer bei Bedarf und in voller Fahrt zwischen den beiden Antriebsarten. Stufenlose Geschwindigkeitsanpassungen bis zu 50 km/h sind möglich, darüber hinaus erfolgt ein effizientes und kraftstoffsparendes Fahren im Achtgang-Schaltgetriebe bis 89 km/h.

Tire Control Plus: Die Reifendruckregelanlage bietet eine komfortable Handhabung bei Reifengrößen bis 495/70, auch während der Fahrt. Per Display lässt sich der Reifendruck den jeweiligen Gegebenheiten anpassen: Ob auf harten Böden oder auf weichem Untergrund, der Fahrer entscheidet per Knopfdruck über den benötigten Reifendruck. Daraus folgt die optimale Traktion, ein niedriger Schlupf und Bodenschonung.

Allradlenkung: Dem Fahrer eines Unimog Geräteträgers der Modelle U 423 bis U 530 ermöglicht auf Wunsch eine Allradlenkung drei verschiedene Lenkungsarten: Normallenkung über die Vorderräder, Allradlenkung mit allen Rädern in entgegengesetzten Einschlagwinkeln und eine sogenannte „Hundegänglenkung“ für die Diagonalfahrt mit parallel gestellten Rädern. Dadurch kann der obligatorisch kleine Wendekreis des Unimog um bis zu weitere 20 Prozent reduziert und die Manövrierfähigkeit des Fahrzeugs in allen Einsatzsituationen gesteigert werden.

Vario Pilot: Die Wechsellenkung Vario Pilot bietet dem Fahrer einen Sitzplatzwechsel von links nach rechts. Lenkung und Bedienung erfolgen auf einer der beiden Fahrzeugseiten. Zusätzlich ist der Einbau einer voll verglasten Beifahrertür inklusive Drehsitz möglich, um das Sichtfeld auf den rechten Randstreifen, zum Beispiel für den Mähensatz, zu optimieren.

**Bewährt und verbrauchsarm:
Unimog
mit Traktorzulassung**

Alle Unimog Motoren erfüllen die derzeit gültige Abgasnorm Euro VI. Die Unimog-Typen U 423, U 429 und U 529 können außerdem als „Zugmaschine/Ackerschlepper“ oder als „Zugmaschine/Geräteträger“ – so die amtliche Bezeichnung – zugelassen werden. Damit profitiert man nicht nur von Steuer- und Mautbefreiungen, sondern kann den Unimog auch an Sonn- und Feiertagen unterwegs sein.

Die Unimog Geräteträger U 527 bis U 530 können speziell für große Anhäng- und Stütz-

LED-Licht-Paket als Sonderausstattung: Das LED-Licht-Paket als Sonderausstattung bietet exzellente Beleuchtungsverhältnisse sowohl für die Fahrt auf der Straße als auch für den Geräteinsatz.

**Perfekt für Kommunen:
Der Unimog U 218**

Auf die Bedürfnisse kleinerer Kommunen und Dienstleistungsbetriebe zugeschnitten ist der Unimog U 218 – und günstiger als man denkt: In der Grundausstattung liegt der Kaufpreis unter 100 000 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Der U 218 nimmt seit seiner Einführung die Nachfolge der heute noch verbreiteten Unimog U 1200, U 1400 und U 1600 aus der Zeit zwischen 1988 und 2002 ein. Typisch für die Einsatzdauer des Unimog: Von den 16 401 produzierten Fahrzeugen dieser Baureihe 427 sind allein in Deutschland noch rund zwei Drittel zugelassen. Der Unimog U 218 bietet in Kompaktheit, Nutzlast, Kraft, Robustheit und Zuverlässigkeit ähnliche Werte wie die früheren Unimog, kann aber den aktuellen Stand an Komfort, Sicherheit und Effizienz für sich verbuchen.

**Starke Partnerschaft:
Unimog und Gerätehersteller**

Vielfältige Einsätze das ganze Jahr über mit nur einem Geräteträger zu bewältigen macht die Stärke des Unimog aus. Bis zu vier Anbauräume stehen zur Verfügung, zusätzlich zu Front

Neue Regelungen zur Tachographenpflicht

Ausnahmen für den GaLaBau vorgesehen

Nach langwierigen Beratungen hat das EU-Parlament neue Regelungen zur Tachographenpflicht für Transporter beschlossen. Zusammen mit dem deutschen Handwerk und der Bauwirtschaft hatte der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL) im Vorfeld die ursprünglichen Pläne des Europäischen Parlaments kritisiert und mehrmals Nachbesserungen gefordert.

Für Betriebe des GaLaBaus gibt es erfreuliche Verbesserungen. Eine generelle Tachographenpflicht für leichte Nutzfahrzeuge zwischen 2,4 und 3,5 Tonnen wurde verhindert. Im GaLaBau werden solche Transporter i.d.R. im Werkverkehr eingesetzt und sind damit von der europäischen Regelung nicht betroffen. Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen bleiben von der Tachographenpflicht ausgenommen, wenn sie im Umkreis von 150 Kilometern vom Unternehmenssitz unterwegs sind und das Lenken des Fahrzeugs nicht die Haupttätigkeit des Fahrers darstellt. Der bisherige Radius lag bei 100 Kilometern.

Im nächsten Schritt wird der Europäische Rat seinen sogenannten „gemeinsamen Standpunkt“ verabschiedet. Anschließend hat das Europäische Parlament die Möglichkeit, diesen zu ändern oder abzulehnen. □

und Heck können zwischen den Achsen und hinter dem Fahrerhaus Geräte montiert werden. Die Vorführungen auf dem Stand von Mercedes-Benz auf der Demopark verdeutlichen eindrucksvoll, wie gut die Geräteträger mit den An- und Aufbaugeräten der Aufbaupartner harmonisieren. Mit 14 „Unimog Partnern“ und 17 „Unimog Expert Partnern“ unterhält Mercedes-Benz spezielle Vereinbarungen über die Anforderungen an die Geräte.

Als neues Serviceangebot für die Hersteller von Aufbauten

und Anbaugeräten bietet das Online-Portal „Mercedes-Benz Unimog Partner“ Informationen und Vernetzung aus einer Hand. Unter www.unimogpartner.com versammelt das Mercedes-Benz Partnerprogramm qualifizierte Hersteller, die mit ihren technischen Lösungen den hohen Anforderungen hinsichtlich Service, Qualität und Technik besonders entsprechen. Endkunden profitieren von der kompakten Darstellung und zielgerichteten Kommunikation, die ihnen die Internetplattform zur Verfügung stellt. □



Frühjahrsputz mit Unimog

Die Vögel zwitschern, die Knospen sprießen – jetzt ist Zeit für den Frühjahrsputz. Hier schlägt die Stunde des Mercedes-Benz Unimog, der bei vielen Straßenmeistereien zur Reinigung der Leitpfosten eingesetzt wird.

Bild: media.daimler.com

Hervorragende Ausstattung

Mit dem Unimog als Geräteträger steht ein Fahrzeug zur Verfügung, das über das ganze Jahr Einsatzbereitschaft und Einsatzstärke verbindet: vom Winterdienst rund um die Uhr über Grünflächenpflege bis zum Gewässerbau im Sommer und herbstlichem Ernteeinsatz – der Unimog überzeugt alle, die ihre Betriebe ganzjährig auslasten wollen. Dazu besitzt der Unimog die wesentlichen Ausstattungsmerkmale: komfortables Fahrerhaus, leistungsstarke Motoren und bis 89 km/h Höchstgeschwindigkeit, vier An- und Aufbauräume, standardisierte hydraulische, mechanische und elektrische Schnittstellen, permanenten Allradantrieb und innovativen stufenlosen Fahrtrieb Easy Drive.

Breite Modellpalette

Das Unimog-Programm der Geräteträger umfasst die Einstiegsmodelle Unimog U 216 und U 218 sowie die Modelle U 318, U 323 und U 423 – alle mit Vierzylindermotoren mit Leistungen zwischen 115 kW (156 PS) und 170 kW (231 PS). Die Unimog U 427 und U 527 sowie U 430 und U 530 haben Sechszylindermotoren und verfügen



Besser abschneiden.

Die wirtschaftliche Lösung: der Unimog BlueTEC 6. Wenn es um kommunale Aufgaben wie Mähensätze geht, macht dem Unimog keiner etwas vor. Dafür sorgen hohe Achslasten für bis zu drei Mähensätze, der innovative Fahrtrieb EasyDrive für den spontanen Wechsel

zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe sowie die kraftvolle Zapfwelle und eine leistungsstarke Hydraulik für effizientes Arbeiten. Seine hohe Produktivität verbindet der Unimog mit kompakten Abmessungen, Pkw-ähnlichem Komfort und bester Übersicht.



Profitieren Sie mit unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelestadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



Das Zugfahrzeug „Lintrac with Noremat“ ist konfiguriert für die Pflege von Straßenrandstreifen. Gemeinsam haben Noremat und Lindner eine Reihe von Sonderausstattungen entwickelt. Bild: Lindner

Einladung zur Demopark nach Eisenach und zur Astrad nach Wels:

Premiere für den Lintrac 110 mit Noremat

Spezial-Lintracs – maßgeschneidert für die Pflege von Straßenrändern nun auch in Deutschland und Österreich erhältlich / Alle Infos zum stufenlosen Transporter Unitrac 112 LDrive

In Frankreich sind schon mehr als 50 Spezial-Lintracs mit Böschungsmähern unterwegs. Jetzt sind die innovativen Traktoren auch in Deutschland und Österreich erhältlich. Premiere ist auf der diesjährigen Astrad in Wels von 15. bis 16. Mai und der Demopark vom 23. bis 25. Mai in Eisenach. Dort stellt Lindner den stufenlosen „Lintrac 110 with Noremat“ vor. „Die besonders wendigen und kompakten Modelle richten sich an professionelle Dienstleister, die eine Profi-Lösung für die Pflege von Straßen- und Wegenetzen wollen“, erklärt Geschäftsführer Hermann Lindner.

Dafür haben Lindner und das französische Unternehmen Noremat eine eigene Fahrerkabine konstruiert. Der Böschungsmäher mit Knickarm arbeitet seitlich des Fahrers. Er hat so gute Sicht auf das Anbaugerät. Auf der rechten Seite ist eine Polycarbonatscheibe eingebaut. Kracht ein Stein gegen die Windschutzscheibe, wird der Fahrer geschützt. Der Fahrer steuert die Geräte über eine eigene Armlehne mit gleitender Arm-

auflage im Traktor. Dadurch ist ermüdungsfreies Arbeiten über viele Stunden möglich. Erhältlich sind zusätzlich u.a. Profi-Anbaugeräte wie Astschneider, Mulcher oder Leitschienen-Mähgeräte.

Stufenlos auf der Astrad

Neben dem stufenlosen Lintrac 110 in der Kommunaleversion ist der der stufenlose Unitrac 112 LDrive ein weiteres Highlight auf dem Lindner-Stand. Den Unitrac 112 LDrive stellt Lindner seit Sommer 2017

her. Bis dato wurden mehr als 30.000 Arbeitsstunden damit absolviert. Der Unitrac 112 LDrive punktet mit einer Nutzlast von sechs Tonnen, der Motor erfüllt die Kriterien von EURO 6c.

Wendigkeit gewährleistet die 4-Rad-Lenkung. Highlights des Lintrac 110 sind die ZF-Stufenlosstechnologie und die einfache LDrive-Bedienung. Einen wesentlichen Beitrag zum hohen Fahrkomfort des Traktors leisten die gefederte Vorderachse und die TracLink-Kabine. Die gibt es seit kurzem mit Luftfe-

derung. Das höchstzulässige Gesamtgewicht liegt bei acht Tonnen, die Nutzlast bei rund 3,5 Tonnen.

TracLink für die Gemeinden

Mit dem TracLink-System für den Unitrac 112 LDrive und den Lintrac bietet Lindner eine digitale Lösung für die moderne Einsatzdokumentation in den Gemeinden.

TracLink erstellt ein digitales Fahrtenbuch. Im TracLink-Portal werden alle Fahrten auf

einer Landkarte dargestellt. Alle wichtigen Informationen sind übersichtlich einsehbar: von der Einsatzzeit über die geräumte Fläche bis zur ausgebrachten Salzmenge und den Verbrauchswerten. Die TracLink-Gerätekennung sorgt dafür, dass optimal abgestimmte Geräte verwendet werden. Außerdem hat der Fahrer über TracLink immer im Blick, wie hoch beispielsweise der Füllstand der Streukammer ist. **Lindner im Internet:** lindner-tractoren.at □

Fachveranstaltung in Neu-Ulm:

Stadtgrün für Klima und Lebensqualität

Strategien, Praxisbeispiele und Fördermöglichkeiten

Kommunalvertreter aus Bayern und Baden-Württemberg diskutierten auf einer Veranstaltung des DStGB und der vom Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL) getragenen Initiative „Grün in die Stadt“ in Neu-Ulm, wie grüne Städte und Gemeinden aussehen können. Im Mittelpunkt standen funktionierende Strategien, gute Praxisbeispiele und Möglichkeiten, Fördermittel des Bundes und der Länder zu nutzen.

„Kommunen der Zukunft sind grün und lebenswert. Wir müssen weg von der autogerechten Stadt der 1970er Jahre, hin zu einer Stadt der Zukunft, die den Interessen der Menschen Rechnung trägt. Mit mehr Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger, mehr Grün und einer Architektur, die zum Verweilen einlädt“, erklärte Alexander Handschuh, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Kluge Stadtentwicklung setze auf kurze Wege, Parks sowie Grünflächen als Begegnungsräume. Gemeinsam mit den Bürgern und weiteren Akteuren könnten Städte und Gemeinden ihre Ideen einer grünen Stadt als Modell der Zukunft entwickeln.

anlage im Stadtteil Lechhausen an der Radetzkystraße zwischen Ulrichsbrücke und südöstlich anschließender Kleingartenanlage um. Der zuvor namenlose Bereich wird „Flößerpark“ getauft.

Unterstützung durch Land und Bund

Der erste Bauabschnitt 2013/2014 wurde mit Mitteln aus dem Städtebauförderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ gefördert. Die weiteren Maßnahmen zur Umgestaltung des Ufergebiets werden mithilfe des Programms „Zukunft Stadtgrün“ realisiert. Der Bund und das Land Bayern unterstützen das Projekt mit 504.000 Euro. Der Eigenanteil der Stadt Augsburg beträgt bisher ca. 355.000 Euro.

Ein weiteres Beispiel ist der blühende Treffpunkt der Generationen in Aichach. Wie viele andere Kommunen spürt man auch dort den wachsenden Verkehr. Nach mehreren baulichen Verdichtungen brauchte die Stadt auch einen „Raum der Entschleunigung“ – diesen schuf sie sich mit dem „Bürgergarten“ mitten im Stadtzentrum. Dort verwandelte sich unter Einbeziehung der Bürger eine Brach-

anlage in einen blühenden Garten, und die neue Boule-Bahn wurde zum neuen Mittelpunkt. Die reinen Baukosten des Projekts belaufen sich auf 66.000 Euro. Hiervon deckt das Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ 40.000 Euro ab. Die Hälfte der Fördersumme wird jeweils von Bund und Freistaat Bayern getragen. Die restlichen Kosten in Höhe von 26.000 Euro übernimmt die Kommune.

„Umwidmung des Kriegerdenkmals in ein Friedensmahnmal“

Beispiel 3 führt nach Gundelfingen: Das dortige Kriegerdenkmal von 1938 ist sanierungsbedürftig, der Stadtgarten „Obere Bleiche“ auf der zentral gelegenen Bleichinsel nur eingeschränkt barrierefrei erreichbar: Den Garten verwandelt die Stadt Gundelfingen nun in eine kleine Parkanlage, während sie das Kriegerdenkmal in ein Friedensmahnmal umwidmet. Die Stadt schafft sich einen Ort zum Entspannen und Innehalten – die Bürger entschieden zuvor über die Gestaltung mit. Gundelfingen hat für die Umgestaltung von Denkmal und Inzellandschaft 1,2 Millionen Euro veranschlagt. Das Programm „Zukunft Stadtgrün“ deckt 516.000 Euro ab, davon kommen je die Hälfte von Bund und Land. Der Förderzeitraum erstreckt sich auf 2018 und 2019. Der kommunale Anteil an den Projektkosten liegt bei 700.000 Euro. Die Veranstaltung in Neu-Ulm bildete den Auftakt einer gemeinsamen Kampagne von DStGB und BGL. Im Laufe des Jahres sind drei weitere Informationsveranstaltungen geplant. DK

VKU zum Bundes-Immissionsschutzgesetz:

Kommunalfahrzeuge müssen fahren dürfen

Essenzielle Leistungen der Daseinsvorsorge sind unverzichtbar

Über die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes hat der Bundestag abgestimmt. Mit der Novelle des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sollen unverhältnismäßige Maßnahmen bei nur geringfügigen Grenzwertüberschreitungen im Automobilverkehr vermieden werden. Die neuen Regelungen schaffen Rechtssicherheit bezüglich Verkehrsverboten für Fahrzeuge mit einer geeigneten Hardware-Nachrüstung. Dazu gehören nachgerüstete Busse, schwere Kommunalfahrzeuge und Handwerker- und Lieferfahrzeuge, Kraftfahrzeuge der Schadstoffklassen Euro 6 sowie Euro VI und bestimmte Euro-4- und Euro-5-Fahrzeuge.

Dazu die Hauptgeschäftsführerin des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) Katherina Reiche: „Die Bundesregierung hat zur Verbesserung der Luftqualität das „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ aufgesetzt. Das hilft den Kommunen und kommunalen Unternehmen, schwere dieseltriebene Kommunalfahrzeuge in den aktuell stark belasteten Städten umzurüsten. Wir begrüßen es sehr, dass die Bundesregierung explizit Ausnahmen für nachgerüstete Fahrzeuge im kommunalen Fuhrpark geschaffen hat, damit diese den essenziellen Leistungen der Daseinsvorsorge wie der Müllabfuhr, der Straßenreinigung oder der Kanalreinigung nachgehen können.“

Um die Luftqualität in den

Kommunen und damit den Gesundheitsschutz der Bevölkerung effektiv zu verbessern, hat die Bundesregierung das „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ aufgesetzt. Auch kommunale Unternehmen können damit Förderprogramme abrufen, mithilfe derer sie Fahrzeuge des kommunalen Fuhrparks umrüsten können – über den Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs hinaus. Dafür hatte sich der VKU beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) eingesetzt. Das Sofortprogramm beinhaltet auch die Fördermöglichkeiten für die Nachrüstung von Handwerker- und Lieferfahrzeugen, für die rund 333 Millionen Euro für die Jahre 2019 und 2020 zur Verfügung stehen. □



**DAS STUFENLOS
PROGRAMM VON
LINDNER**

**3 JAHRE
GARANTIE**
MIT
TRACLINK

* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac & Unitrac 112 LDrive) in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4
6250 Kundl/Tirol
lindner-tractoren.at

Lindner
Der Beste am Berg

Neue Broschüre des Landratsamtes Pfaffenhofen a. d. Ilm:

„Wildbienen am Windsberg“

In Deutschland einmalige Artenvielfalt wird dokumentiert

Die Broschüre „Wildbienen am Windsberg“ hat das Landratsamt Pfaffenhofen a. d. Ilm jetzt in Zusammenarbeit mit dem Höger Naturschützer Peter Bernhart herausgegeben.

Die Broschüre beschreibt eine in Bayern und ganz Deutschland einmalige Artenvielfalt der seltenen Insekten. Bei der offiziellen Übergabe der Informationsschrift zeigte sich Landrat Martin Wolf hoch erfreut, das ist gelungen ist, die seltene Fauna am Windsberg in der Broschüre zu dokumentieren. Die Broschüre sei ein Beitrag des Landkreises zur Erhaltung der Artenvielfalt. Rücksichtnahme und aktive Unterstützung für die Umwelt sei geboten, unsere „wunderbare Natur“ auch für künftige Generationen zu erhalten.

„Aus der Broschüre geht deutlich hervor, welche Mittel der Mensch einsetzen kann, um stark bedrohte ebenso wie häu-

fige Arten am Leben zu erhalten“, ergänzte Dr. Bernhart. In der Broschüre werde auch gezeigt, wie jeder Bürger in seinem Umfeld Wildbienen und allen anderen Insekten, Hilfestellungen zum Überleben anbieten kann.

Sensation in der Tierwelt

In Zeiten des Bürgerbegehrens „Rettet die Bienen“ seien alle Politiker, Gemeindevertreter, Gartenbesitzer, Landwirte aufgerufen, aktiv zu werden und dem Artensterben Einhalt zu gebieten.

Das Naturschutzgebiet „Windsberger Höhen“ bei Freinhausen im Landkreis Pfaffenhofen wird

seit 1985 gepflegt. Bisher wurde es wegen seiner Vielfalt seltener Blühpflanzen hoch geschätzt. 2004 gab es dann eine Sensation in der Tierwelt. Die als ausgestorben geltende Malven-Langhornbiene (*Tetralonia malvae*) wurde dort wiederentdeckt.

Im Verlauf des Projekts „Paartaler Sanddünen“ bestimmten Experten bisher 103 Wildbienenarten. Etwa ein Drittel davon ist vom Aussterben bedroht. In einer neuen Broschüre des Landratsamtes Pfaffenhofen wird die Bienenwelt des Windsbergs vorgestellt.

Eine Gruppe des Bundes Naturschutz Reichertshofen beschloss 2010, die seltene Malven-Langhornbiene systematisch zu beobachten und zu zählen. Diese Art gibt es nur noch an



Autor Peter Bernhart (li.) übergab gemeinsam mit seiner Frau die neue Wildbienenbroschüre an Landrat Martin Wolf. Bild: Huber

vier anderen Orten in Deutschland. Die Fachwelt wurde informiert und einige hervorragende Experten überzeugten sich vor Ort vom Leben und Treiben dieser Biene. 2017/2018 wurde der Bienenexperte Erwin Scheuchl von der Unteren Naturschutzbehörde mit einer Bestandsaufnahme aller Wildbienen beauftragt.

103 Bienenarten

Er fand 87 Arten. Dazu kamen weitere aus früheren Untersuchungen, so dass sich die Anzahl auf 103 summierte. Scheuchl, ein international gefragter Wildbienen-Fachmann, verfasste eine Dokumentation mit interessanten Darstellungen einzelner, seltener Bienen und einer wissenschaftlichen Liste aller gefundenen Arten. Peter Bernhart fand es bedauerlich, dass seine Schrift von 50 Seiten Umfang nur wenigen Experten zugänglich gemacht wurde.

So entstand die Idee, eine leicht fassliche, bebilderte Broschüre zu erstellen. Mit ihrer Hilfe sollen interessierte Bürger, auch Kinder, auf die Bienenviel-

falt am Windsberg aufmerksam gemacht werden.

Unterstützung durch das Landratsamt

Um die schwierige Materie – in Deutschland gibt es etwa 560 Wildbienenarten – fachlich fehlerfrei darzustellen, bat er Erwin Scheuchl um seine Unterstützung. Er sagte zu, begleitete die Erstellung der Manuskripte und steuerte viele Aufnahmen von Windsberg-Bienen bei. Bei einem Vortrag in Ingolstadt sagte er: „Der Windsberg mit seiner Bienenartvielfalt ist einmalig in Bayern. Ich kenne keinen vergleichbaren Ort.“

Das Landratsamt Pfaffenhofen übernahm Zusammenstellung von Text und Bildern, die Druckvorbereitung und die weitere Organisation. Peter Bernhart dankte Landratsamts-Pressemitarbeiter Karl Huber und den Mitarbeiterinnen, Ingrid Wohlspurger und Katharina Ostler, für die tatkräftige Unterstützung seiner Idee. Die Broschüre liegt im Landratsamt und bei den Gemeinden zur Mitnahme aus.

Vorsicht Waldbesitzer:

Borkenkäfer schwärmt aus

Vor dem bevorstehenden Schwärmflug der Borkenkäfer hat Forstministerin Michaela Kaniber an die Waldbesitzer appelliert, ihre Wälder konsequent auf Befehl zu kontrollieren.

„Wir stellen uns heute auf ein sehr kritisches Jahr mit hohem Borkenkäferbefall ein, deswegen ist die sorgsame und rechtzeitige Kontrolle besonders wichtig“, sagte die Ministerin. Vor allem nach dem vergangenen Trockenjahr haben die Käfer in hoher Zahl überwintert und finden in den vielen Schadhölzern aus Sturmwürfen und Schneebrüchen nun ideale Brutmöglichkeiten.

Frischer Käferbefall ist am braunen Bohrmehl gut zu erkennen, das sich auf Rindenschuppen oder auf der Bodenvegetation ansammelt. Deutliches Anzeichen für älteren Befall sei eine sich ablösende Rinde. Benachbarte Bäume sollten hier unbedingt auf frischen Befall mitkontrolliert werden. Die sogenannte „saubere Waldwirtschaft“ ist laut Kaniber die einzig wirksame Methode, um eine Massenvermehrung zu verhindern. Dazu müssen befallene Stämme rasch aufgearbeitet und dann entrinde oder mindestens 500 Meter aus dem Wald transportiert werden. □



Von links: Volker Geiss, Untere Naturschutzbehörde Donau-Ries; Landrat Stefan Rößle, Donau-Ries; Landrat Gerhard Wägemann, Weißenburg-Gunzenhausen; Erster Bürgermeister Werner Baum, Treuchtlingen; Heike Burkhardt, Stv. Geschäftsführerin Geopark Ries e. V.; Sebastian Promnitz, Naturpark-Ranger; Erster Bürgermeister Günter Pfeifferer, Monheim; Erster Bürgermeister Dr. Martin Drexler, Wemding; Günther Zwerger, Geschäftsführer Geopark Ries e. V.; Christoph Würflin; Geschäftsführer Naturpark Altmühltal e. V.). Bild: Stefanie Fieger / Geopark Ries e. V.

Naturpark Altmühltal:

Naturparkranger zum 50. Geburtstag

Im Rahmen der Naturoffensive Bayern stärkt der Bayerische Landtag die Naturparke und fördert bis zu 60 Naturpark-Ranger bayernweit. Die bayerischen Naturpark-Ranger sollen sich künftig um den Schutz der Natur kümmern, Informationsarbeit leisten sowie Ansprechpartner für Gäste und Einheimische rund um das Thema Naturschutz sein. Außerdem werben die Ranger als Mittler zwischen Mensch und Natur um Verständnis für eine naturverträgliche Nutzung und Erholung in Naturparken und werden bei wissenschaftlichen Untersuchungen unterstützend tätig sein.

In Donauwörth wurde jetzt am Rande der Vorstandssitzung des Geopark Ries der erste von insgesamt vier Rangern im Naturpark Altmühltal vorgestellt. Der gebürtige Ulmer und zuletzt in Senden im schwäbischen Landkreis Neu-Ulm ansässige Sebastian Promnitz wird ab

sofort im Informationszentrum Naturpark Altmühltal der Stadt Treuchtlingen als Ranger für den Naturpark Altmühltal tätig sein.

Hervorragende Qualifikation

Der Ranger betreut künftig von Treuchtlingen aus mit

Schwerpunkt den westlichen Naturpark Altmühltal mit den Landkreisen Donau-Ries und Weißenburg-Gunzenhausen. Promnitz bringt eine hervorragende Qualifikation für seine künftige Tätigkeit mit.

Zusammenarbeit mit dem Geopark Ries

Da sich der östliche Geopark Ries und der westliche Naturpark Altmühltal in den Landkreisen Donau-Ries und Weißenburg-Gunzenhausen überschneiden, wird der neue Ranger selbstverständlich auch Themen des Geoparks in seiner Arbeit aufgreifen. Deshalb wird er sich demnächst auch vom Geopark Ries zum „Geoparkführer“ weiterbilden lassen.

Aufbau eines nachhaltigen Geotourismus

Auch Landrat Stefan Rößle, freut sich über die Ranger: „Mit dem Geopark Ries und dem Naturpark Altmühltal haben wir im Landkreis zwei starke Partner die es sich zur Aufgabe gemacht haben, unsere Region in den Bereichen Natur, Kultur und Tourismus weiterzuentwickeln. Gerade der Aufbau eines nachhaltigen Geotourismus zwischen Donau, Jura und Ries ist ein Aufgabenfeld, bei dem der neue Naturpark-Ranger einen wichtigen Beitrag leisten kann.“

Zeitgleich mit Promnitz hat Anfang April in Kelheim eine weitere Naturpark-Rangerin ihren Dienst aufgenommen. Im Juni und im Juli werden noch zwei weitere Rangerinnen mit Sitz bei der Naturparkgeschäftsstelle in Eichstätt ihren Dienst antreten, so dass im Sommer dann das kleine Rangerteam des Naturpark Altmühltal vollständig sein wird. □

Heimatminister Albert Füracker:

Bayerische Schlösserverwaltung betreibt aktiven Naturschutz

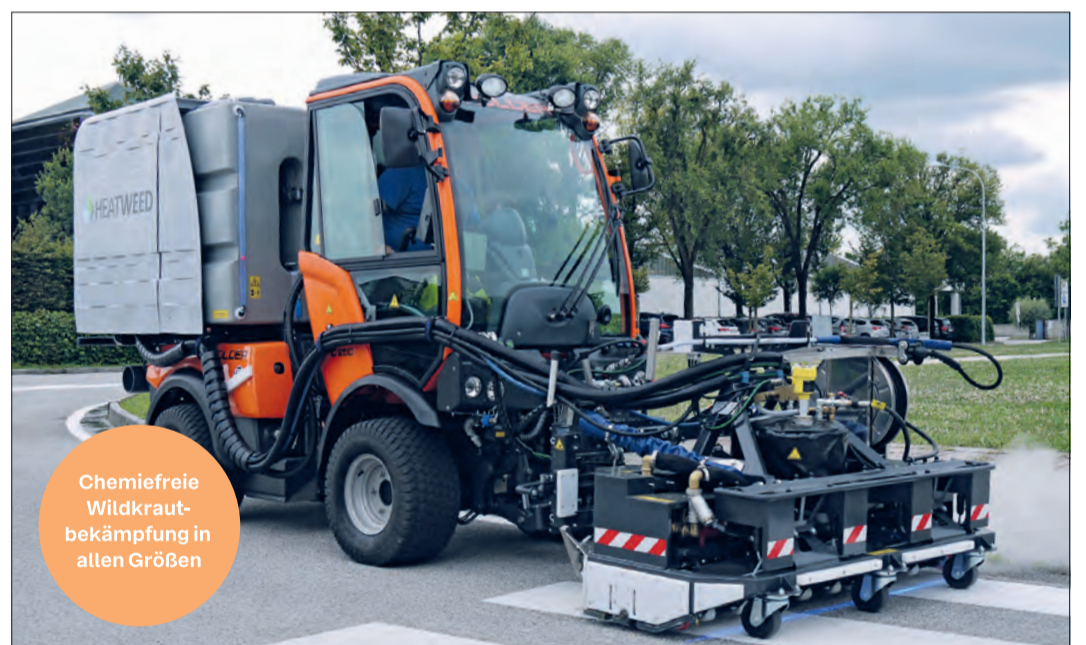
Historische Gärten bieten für wildlebende Tier- und Pflanzenarten wichtige Rückzugsgebiete und Lebensräume

Als Bestandteil des kulturellen Erbes Bayerns vermitteln die von der Bayerischen Schlösserverwaltung betreuten Objekte einen einzigartigen Überblick über wichtige Epochen der bayerischen und auch der deutschen Geschichte. Derzeit verwaltet sie in ganz Bayern 45 Schlösser, Burgen und Residenzen sowie weitere Baudenkmäler bzw. Künstlerhäuser, 32 historische Gartenanlagen und 21 Seen.

„Zum Erhalt der Heimat und seiner Kulturdenkmäler gehört es auch, die naturschutzrechtlichen Belange bei der Pflege und Betreuung des kulturhistorischen Erbes zu berücksichtigen. Dabei ist auch der Schutz der Honigbienen von großem Interesse für die Schlösserverwaltung. So arbeiten die Außenverwaltungen der Schlösserverwaltung seit Jahren in den betreuten Gartendenkmälern mit sehr engagierten Imkern zusammen. In den historischen Gartenanlagen, an den Burghängen und in den sonstigen Außenanlagen sind über 400 Bienenstöcke aufgestellt“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker

mit. Dabei arbeiten die Außenverwaltungen mit mehr als 40 Imkern zusammen. „Die umfangreichen Blumenrabatten mit Wechsellpflanzungen, Staudenflächen, Obstbaumpflanzungen, Blütensträucher und die blühenden Großbäume, wie z.B. Linden, bieten in unseren Gärten das ganze Jahr über reichliche Nahrungsquellen für Insekten“, hob Füracker hervor.

Die Mitarbeiter der Schlösserverwaltung kümmern sich darüber hinaus in den Regiebetrieben vor Ort bayernweit um 14 FFH-Gebiete (Natura 2000), 3 Naturschutzgebiete, 23 Landschaftsschutzgebiete und 1 Naturpark. □



Chemiefreie Wildkrautbekämpfung in allen Größen

BayWa

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern

Besuchen Sie uns auf der demopark in Eisenach bis zum 25.6.19, Stand D-462 Freigelände.

Systemlösungen für Ihre Anforderungen finden Sie unter www.baywa.de/kommunalkatalog

Fragen Sie nach Ihrem persönlichen Ansprechpartner unter 0800 99 99 250.

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

www.baywa.de/kommunaltechnik



Untaugliche, dichte Böden behindern die Verwesungsprozesse auf unseren Friedhöfen. Die Folge sind nicht funktionierende Erdgräber.

Bilder: Hubert Schmitt



Geologische und hydrologische Probleme führen zu einem Stopp der Verwesungsprozesse und es bilden sich Wachsleichen.



Durch den Einsatz von bodenunabhängigen Systemgräbern werden wieder ideale Bedingungen für die Verwesung geschaffen. Die Ruhezeit kann auf 12 Jahre reduziert werden und die Grabflächen können frei und pflegeleicht gestaltet werden.

Friedhof in Bayern:

Mit Traditionen und Strukturen

Entwicklungen und Anforderungen – Probleme und Lösungen

Von Hubert Schmitt, Vorsitzender Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e.V., Berlin und Ingrid Hannemann, KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH, München

Kommunale und kirchliche Friedhofsträger haben jährlich auf rund 32 000 Friedhöfen etwa 860.000 Bestattungen im Jahr zu schultern. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Sterberate in den nächsten Jahren von 1,05 % auf 1,3 % steigen. Auch auf ca. 70 % der bayerischen Friedhöfe herrschen Bedingungen, die einen normalen Verwesungsprozess verhindern. Wenn in manch anderen Bundesländern die Kremationsrate schon bei ca. 80-90 % liegt, so wollen in Bayern doch noch viele Bürger an der traditionellen Sargbestattung festhalten.

„Ein Volk wird danach beurteilt, wie es seine Toten bestattet“, soll der griechische Staatsmann Perikles gemahnt haben und nicht gelöste Probleme auf dem Friedhof bergen die Gefahr in sich, eine in Bayern noch vorhandene Bestattungskultur durch eine Entsorgungsmentalität zu ersetzen. Nicht jeder möchte halt anonym in einer Wiese oder unter einem Baum bestattet werden. Ein gravierendes Problem zeigt sich zunehmend in der un-

befriedigenden Wirtschaftlichkeit der Friedhöfe. Das Friedhofsgebührevolumen liegt z. Zt. bei 2,5 Mrd. Euro/Jahr bei gleichzeitiger Bezuschussung aus den kommunalen Haushalten wegen Unterdeckung von rund 1 Mrd. Euro/Jahr.

Die zunehmenden „modernen“ Grabarten in Verbindung mit der weiter steigenden Kremationsrate, verbessern nicht unbedingt die Wirtschaftlichkeit unserer Friedhofsanlagen.

Der Fleckerlteppich wird größer und teurer

Weitere negative Einflussfaktoren sind externer und interkommunaler Wettbewerb. Was folgt sind dadurch bedingte Schnellschüsse bei Einzelinvestitionen ohne eine grundlegende Analyse und ein Entwicklungs- und Betreibungskonzept für die jeweilige Friedhofsanlage mit ihren jeweiligen Grabarten. Jedes Jahr wird der Fleckerlteppich durch aufgelassene Erdgräber immer größer, die Überhangflächen nehmen weiter zu, müssen intensiv gepflegt werden, die Gebühreneinnahmen sind rückläufig, nicht nur durch weniger Gräber, sondern auch durch fehlerhafte Gebührenkalkulationen.

Veränderungen in der Bestattungskultur

Erfreulicherweise lässt sich eine verstärkte Nachfrage an Ersterberatungen und Informationen rund um den Friedhof feststellen. Immer mehr Kommunen, aber auch kirchliche Institutionen beschäftigen sich mit den Entwicklungen im Bereich Friedhof. Daher ist es erforderlich,

die Veränderungen in der Bestattungskultur und die gesellschaftlichen Einflüsse im Friedhofswesen rechtzeitig zu erkennen, sie auf Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit in den eigenen Friedhofsanlagen zu überprüfen und dann als bedarfsorientierte Angebote der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Die Bürger sollen wählen können

Oberstes Ziel eines Friedhofskonzeptes sollte es sein, für alle angebotenen Grabarten möglichst gleiche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Bürger objektiv seine Bestattungsart wählen kann und nicht in eine bestimmte Bestattungsart getrieben wird. Viel zu oft wird er beeinflusst von den Kriterien Pflegefreiheit, geringere Kosten und kürzere Ruhezeiten.

Über diese Faktoren werden die meisten Entscheidungen definiert und gerade hier setzen die Friedhofsträger – oft unbeabsichtigt – selbst die Trends, die sie mittel- und langfristig in die Unwirtschaftlichkeit führen. Ist es bei den Varianten der Urnenbeisetzung i. d. R. noch möglich, verhältnismäßig gleiche Bedingungen zu schaffen, lässt man die klassischen Erdgräber für die Sargbestattung meist außen vor. Haben wir doch in rund 2/3 der bayerischen Friedhöfe durchschnittliche Ruhezeiten von ca. 25 Jahren, bedingt durch geologische und hydrologische Probleme, sprich untaugliche Böden oder Nässe. Um diesen Problemen auszuweichen, geht man in noch vorhandene unbelegte Reserveflächen.

Problem: Verwesungsprozesse

Doch die Probleme und Bedingungen sind in den neuen Flächen nicht anders als in den vorhandenen Friedhofsflächen. Auch der Bodenaustausch in einzelnen Gräbern oder ganzen Feldern kann das Pro-

blem der Wachsleichen oder der „schwimmenden“ Wachsleichen nicht lösen.

Systemgräber sind die Lösung

Die dargestellte Bildfolge steht beispielhaft für solche Problematik. Im gezeigten Fall hatte das Friedhofsamt festgestellt, dass die Verwesungsprozesse nicht so ablaufen, wie es in der festgesetzten Ruhezeit angedacht war und daraufhin einfach die Ruhezeiten erhöht. Doch die Ruhezeitverlängerung brachte keine Lösung, denn der Verwesungsprozess stand still. Und das blieb er auch. Den stehenden Lehmboden konnte kein Sauerstoff mehr durchdringen und Bodenuntersuchungen brachten kein anderes Ergebnis. Daraufhin beschloss der Friedhofsträger, zukünftig bo-

denunabhängige Systemgräber für Erdbestattungen einzuführen, die den Friedhof wieder zu einem würdigen Bestattungsort werden ließen.

Systemgräber bewähren sich bereits seit 1990. Sie fördern die Verwesungsprozesse durch Sauerstoff-Zufuhr und Feuchtraumklima. Sie lassen eine freie Oberflächengestaltung zu und – was am wichtigsten ist – sie ermöglichen eine Reduzierung der Ruhezeit bis auf zwölf Jahre. Keine andere Sanierungsmethode konnte die bekannten Probleme bisher so erfolgreich lösen, wie die Systemgräber. Da die ersten Ruhezeiten in den Systemgräbern abgelaufen sind, zeigen eine zunehmende Anzahl an Graböffnungen bei Neu-, Weiter-, oder Zubelegung die sehr gute Funktionsweise der mit dem RAL-Gütezeichen zertifizierten Friedhofsysteme. □

Landeshauptstadt München:

Jubiläumsausstellung zu Friedhofs- und Bestattungswesen

Die Jubiläumsausstellung „200 Jahre kommunales Friedhofs- und Bestattungswesen in München“ eröffnete Gesundheits- und Umweltreferentin Stephanie Jacobs im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege.

„Die Städtischen Friedhöfe München sind heute moderne Dienstleister“, so Jacobs. „Zusammen mit dem Schwesterbetrieb Städtische Bestattung sind sie ein wichtiger Teil in der Daseinsvorsorge der Stadt für alle geworden“. Friedhöfe hätten heute eine viel weitergehende Bedeutung als in der Vergangenheit. Sie seien ebenso Orte des Trauerns und Abschiednehmens wie auch Orte des Verweilens und Genießens der Natur.

Auf über 33 Stellwänden haben die Städtischen Friedhöfe München in der Jubiläumsausstellung ihre 200-jährige Geschichte zusammengefasst. Der Exkurs versetzt die Betrachter zunächst zurück bis ins 13. Jahrhundert, um dann Schritt für Schritt in die geschichtliche Ent-

wicklung bis zur Gegenwart zu führen. Besucherinnen und Besucher bekommen einen Eindruck von einstmaligen Leichenäckern und Kirchhöfen, vom Beginn der Verwendung von Särgen, von der Einführung der ersten Leichenwagen, von günstigen und teuren Bestattungsklassen und dem langen Weg zur Feuerbestattung.

Die Ausstellung erklärt die außerordentliche Friedhofsarchitektur in München, die zur damaligen Zeit einmalig und europaweit wegweisend war. Sie dokumentiert den Wiederaufbau des Friedhofs- und Bestattungswesens nach zwei Weltkriegen, das heutige Gedenken an die Gräueltaten der NS-Zeit sowie den Ausblick auf die Herausforderungen der Zukunft. □

Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt:

Eine Baumbilanz, die sich sehen lassen kann!

Im Jahr 2018 wurden im Würzburger Stadtgebiet insgesamt 396 zukunftsfähige Stadtbäume gepflanzt. Umwelt- und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner erläutert: „Das Gartenamt hat als Ersatz für die aus Verkehrssicherungsgründen erforderlichen 240 Baumfällungen insgesamt 229 zukunftsfähige Klimabaumarten wie z.B. Robinien, Ulmen und Erlen gepflanzt. Zusätzlich konnten im Stadtgebiet 167 weitere Neupflanzungen von Bäumen realisiert werden, z. B. am Tiefkai. Somit wurden im vergangenen Jahr 156 Bäume mehr gepflanzt als gefällt, dort wo dies technisch möglich war.“

Darüber hinaus, wurden im Stadtwald zur Förderung der Klimatoleranz und zur Erhöhung der Artenvielfalt 5.000 Tannen und 2.000 Elsbeeren gepflanzt. Neue und zukunftsfähige Baumstandorte in der Innenstadt zu realisieren, ist aufgrund der intensiven Nutzungen und Interessen, beispielsweise unter- als auch oberirdischer Versorgungsleitungen, Zufahrtsberechtigungen, Belange der Feuerwehr etc., vielfach nicht oder nur mit großem wirtschaftlichen Aufwand möglich.

In Arbeitszeit umgerechnet, haben die Mitarbeiter des Gartenamtes 1.100 Stunden für die Herstellung von Pflanzgruben und für die Pflanzarbeiten investiert.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt bilanziert: „Faktisch wird Würzburg von Jahr zu Jahr grüner. Durch Pflanzungen im Stadtgebiet und im Stadtwald leisten wir einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Dies ist eine Baumbilanz, die sich sehen lassen kann.“ □

Vertrauen Sie bei Ihrer **Friedhofsgestaltung** den Partnern, deren Friedhofsysteme sich in den letzten 30 Jahren bestens in der Praxis bewährt haben.



Grabkammer Systeme



Urnenanlagen

RAL
GÜTEZEICHEN

FRIEDHOFSYSTEME

BayWa

KVG.
KOMMUNAL-VERKEHR & DIENSTLEISTUNGEN

FUCHS

Kontakt

baywa-friedhofsysteme.de · friedhofsysteme@baywa.de

Herr Stefan Kaufeld · Tel. 0151 / 16 10 48 95



Einbringen des Schlauches über den Schacht in die Haltung. Das grüne Kabel dient zur Übertragung der Temperaturwerte an das Datenaufzeichnungsgerät.

Bild: Güteschutz Kanalbau

Markt Türkheim setzt auf Qualität

Mit fachkundigen Baupartnern zum Erfolg

Eine erfolgreich durchgeführte Baumaßnahme ist immer das Ergebnis eines guten Zusammenspiels aller an Planung, Ausschreibung und am Bau Beteiligten – hier befinden sich Dipl.-Ing. Univ. Christian Schinnagel, Bauamtsleiter und Marktbaumeister der Marktgemeinde Türkheim, und Dipl.-Ing. Univ. Constantin Vogg, Inhaber des Ingenieurbüros VOGG, Großaitingen, im Schulterschluss.

Demotivierend werden bei Ausschreibungen von Kanalbau- und Rohrleitungsausschreibungen ausschließlich Unternehmen berücksichtigt, die über die notwendigen Qualifikationsnachweise verfügen – belegt etwa durch vergleichbare Baumaßnahmen und ein Gütezeichen Kanalbau nach RAL-GZ 961 für eine der Bauaufgabe entsprechenden Beurteilungsgruppe, mit dem die ausführenden Unternehmen im Rahmen der Bieterreignung ihre besondere fachtechnische Qualifikation nachweisen.

So wie die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GMBH & Co. KG, NL München, die den Auftrag für die Ausführung des 6. Bauabschnittes der Kanalsanierungsmaßnahme 2019 erhalten hat: Insgesamt werden 31 Haltungen mit einer Länge von rund 1.200 Metern und Nennweiten von DN 250, DN 300, DN 350 und DN 400 mit einem Schlauchliner ausgedichtet. Hierbei kommt das DS CityLiner®-Verfahren zum Einsatz, bei dem ein beschichteter flexibler Nadelfilzschlauch vor Ort in einer automatischen Dosier- und Mischanlage mit Epoxidharz getränkt, kontrolliert kalibriert und dann mit Wasserdruck im Inversionsverfahren in die vorbereitete Haltung eingebracht und mit Warmwasser ausgehärtet wird. Hinzu kommen die Sanierung von Schächten im Beschichtungsverfahren sowie partielle Reparaturen mittels Kanalroboter. Die Sanierungsarbeiten sollen im Juni 2019 wie geplant abgeschlossen werden.

Wirtschaftlich und dauerhaft

Der Zustand der unterirdischen Infrastruktur wird in Türkheim, einem Markt im Landkreis Unterallgäu, im Zuge der Eigenüberwachungsverordnung (EÜV Bayerischen Landesamt für Umwelt, Bay. LfU) regelmäßig überprüft und wenn erforderlich saniert. „Hierfür wurde das gesamte Kanalnetz in acht Abschnitte aufgeteilt“, erläutert Bauamtsleiter Schinnagel. „Diese werden sukzessive einer optischen Inspektion unterzogen und mit der Kamera befahren; darüber hinaus führen wir Dichtheitsprüfungen durch.“

Nach erfolgter Zustandserfassung wird eine Sanierungsplanung mit dem Ziel einer möglichst hochwertigen dauerhaften und dabei wirtschaftlichen Lösung zur Sanierung der Kanäle erarbeitet. Damit erfüllen die für das Kanalnetz Verantwortlichen in Markt Türkheim ihren Anspruch auf Nachhaltigkeit und kommen gleichzeitig ihrer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen nach.

Der Qualität der Ausführung kommt auch in Markt Türkheim eine entscheidende Bedeutung zu – sowohl für das kurzfristige Ergeb-

nis als auch für die künftige Entwicklung des Substanzwertes des örtlichen Kanalnetzes. „Vor diesem Hintergrund ist es eine gute Sache, dass es Instrumente wie die Gütesicherung Kanalbau gibt, die bei der anspruchsvollen Aufgabe helfen, qualifizierte und fachlich geeignete Partner für die jeweilige Maßnahme zu finden“, ist Schinnagel überzeugt.

Bei der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 handelt es sich um ein System zur Prüfung der fachlichen Eignung von ausführenden Unternehmen bzw. ausschreibenden und bauüberwachenden Stellen. Bieter weisen mit Erfüllung der Anforderungen der Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 ihre besondere fachtechnische Qualifikation (Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf technische Vertragserfüllung) nach, die von Auftraggebern insbesondere bei der Vergabe von Bauleistungen gefordert wird.

Besuch auf der Baustelle

Der Nachweis der Bieterreignung wird sowohl im Unternehmen als auch auf der Baustelle bestätigt. Dabei werden die Baustellen durch einen vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragten Prüferingenieur entsprechend den in den Güte- und Prüfbestimmungen definierten Intervallen unangemeldet besucht und geprüft. In Markt Türkheim ist Dipl.-Ing. Marcus Peterlik für diese Besuche verantwortlich. Er ist einer von rund 30 Prüferingenieuren, die bei den Gütezeicheninhabern in Bayern und den anderen Bundesländern derzeit jährlich mehr als 3.300 unangekündigte Baustellenbesuche und etwa 2.500 Firmenbesuche durchführen.

„Dabei werden die Ausführung der Maßnahme entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik, die personelle und maschinentechnische Ausstattung sowie die Eigenüberwachung bewertet“, so Peterlik. Sei alles in Ordnung, werde das positive Ergebnis ebenso im Prüfbericht festgehalten wie eventuelle Abweichungen. Gravierendere Mängel werden dem Güteausschuss zur Beratung vorgelegt, der dann entsprechende Ahndungsmaßnahmen empfiehlt. Zusätzlich nutzen die Ingenieure den Baustellenbesuch, um das Baustellenpersonal zu informieren und zu sensibilisieren. Ziel der Gütesicherung auf der Baustelle ist, durch wachsende Qualifikation der Beteiligten, Eigenüberwachung und die gemeinsame Auswertung etwaiger Fehler die Ausführungsqualität kontinuierlich zu verbessern. Dass das System funktioniert, davon konnten sich die Verantwortlichen in Markt Türkheim in den letzten Jahren überzeugen. □

Landkreis Regensburg:

Vorreiter bei Gewässerrandstreifen

Wasserrückhalt und Gewässerschutz nur gemeinsam zu schaffen

Ein zentraler Aspekt bei der jüngsten Bürgermeisterkonferenz im Landratsamt war das Thema „Wasserrückhalt in der Fläche“. Den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern erläuterten Vertreter verschiedener Ämter, Einrichtungen und Behörden diese Fragestellung aus unterschiedlichen Perspektiven. Landrätin Tanja Schweiger betonte in ihrer Einführung, dass Wasserrückhalt in der Fläche eine gemeindeübergreifende Aufgabe ist, die im Landkreis vorbildlich erfüllt werde. Sie erinnerte auch daran, dass Wasserrückhalt immer wichtiger für die Trinkwasserneubildung sei.

Die Aktivitäten des Landschaftspflegeverbandes stellte Geschäftsführer Josef Sedlmeier vor. Neben der Artenvielfalt sei die Verbesserung der Gewässerqualität eines der vordringlichen Ziele – auch gefordert durch die Wasserrahmenrichtlinie. Als konkrete Maßnahmen nannte Sedlmeier zum einen, Fluss- bzw. Gewässerrandstreifen zu öffnen, sowie – falls nötig – ein Konfliktmanagement bei schwer oder nicht verfügbaren Flächen, zum anderen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Gewässerausbaumaßnahmen, um größere Retentionsbereiche zu erhalten. Förderungen durch die Wasserwirtschaft bzw. die Mitwirkung beim Projekt „boden:ständig“ stünden als Instrumente zur Umsetzung bereit.

Projekt „boden:ständig“

Detaillierter auf das Projekt „boden:ständig“ sowie auf weitere Instrumente der ländlichen Entwicklung ging Georg Guggenberger, Abteilungsleiter Fachliche Dienste beim Amt für Ländliche Entwicklung, ein. „Der Wasserrückhalt in der Fläche ist nur in Zusammenarbeit der vielen Beteiligten zu schaffen“, merkte Guggenberger an. Er verwies auf Starkregenereignisse mit Erosion von Ackerflächen und dem Abfluss in Gewässer und Ortschaften. Daher seien, so der Abteilungsleiter, vorgehend Fachplanungen nötig, an denen alle Beteiligten mitwirken sollten. Man arbeite beispielsweise mit höhergelegten Wegen – quer zur Fließrichtung – um den Bodenabtrag einzudämmen und für Rückhalt zu sorgen. Das Projekt „boden:ständig“ gehe u. a. auf die Winterbedeckung der Felder und die Frühjahrsaussaat ein, um dem Bodenabtrag zu begegnen. Mit Projekten in Gailsbach, Pfakofen und an der Großen Lauer werde dieses Thema auch im Landkreis umgesetzt.

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) ist im Boden- und Gewässerschutz sehr aktiv, wie Ludwig Pernpeintner schilderte: „Durch Pflanzenbau- und Winterverbundmaßnahmen und durch zwei Demonstrationsbetriebe für Gewässerschutz finden regelmäßig Veranstaltungen zu Zwischenfrüchten, Mulchsaat oder mit dem Regensimulator statt.“ Stolz verwies er auf 300 Hektar bzw. 270 Kilometer Gewässerrandstreifen im Amtsbereich, womit der Landkreis Regensburg den ersten Platz in der Oberpfalz und zweiten Platz in ganz Bayern belegt.

Die Thematik „Boden als Wasserspeicher“ erörterte Franz Rösl, 1. Vorsitzender der Interessengemeinschaft (IG) gesunder Boden e.V. „Ein natürlicher Erosions- und Hochwasserschutz geschieht durch einen gesunden Boden“, verdeutlichte er zu Beginn seines Statements. „Ein guter humusversorgter Boden kann 150 Liter Wasser h/qm aufnehmen, aktiver Humusaufbau ist deshalb dringend nötig. Das Wasser muss in der Fläche bleiben“, lautete der Appell des IG-Vorsitzenden.

Grundsätzliche Rückhaltkonzepte stellte der beim Wasserwirtschaftsamt für Stadt und Landkreis Regensburg zuständi-

ge Abteilungsleiter Josef Lehner beispielhaft vor. Beim integralen Hochwasserschutzkonzept gehe es um das komplette Einzugsgebiet eines Gewässers. Es müsse Schutz vor einem HQ100 + 15 Prozent Klimazuschlag geboten werden. Eine weitere Möglichkeit sei das integrale Sturzflutrisikomanagementkonzept, das sich noch bis zum 31. August in der Pilotphase befindet und vor allem bei „wild abfließendem Wasser“ Anwendung finden soll.

Blick über den Tellerrand

Für beide Konzepte verwies Lehner auf eine mögliche interkommunale Zusammenarbeit. „Man ist nicht an kommunale Grenzen gebunden“, erklärte er und verwies auf hohe Förderungen. Bilder zeigten bereits realisierte Rückhaltebecken und Gewässerrenaturierungen in Bach an der Donau, Lappersdorf, Pfatter, Brunn, Schierling und Regenstau, Gittinger Bach, Allersdorfer Bach, Langenerlanger Bach.

Allein in fünf Gemeinden würden durch Rückhaltebecken 372.000 Kubikmeter Wasser zurück gehalten und durch Gewässerrenaturierungen an circa zehn Bächen weitere 150.000 Kubikmeter. „Bereits im Rahmen der Bauleitplanung können weitere Weichen gestellt werden“, erläuterte er an beispielhaften Festsetzungen in Bebauungsplänen. Diese seien im Landkreis längst Standard, wie beispielsweise Dachbegrünungen, Verankerung versiegelter Flächen, Rückhaltmaßnahmen und Versickerungen, lobte er.

Instrumente der Regionalplanung

Die Instrumente der Regionalplanung stellte der bei der Regierung der Oberpfalz für Landes- und Regionalplanung zuständige Leitende Regierungsdirektor Axel Koch vor. „Über die Regionalplanung sind aber nur die öffentlichen Stellen zu erreichen“, schränkte er ein. Wichtig sei daher der Wille der Gebietskörperschaften, sich der Regionalplanung zu bedienen. In einem weiteren



V. l.: Prof. Reinhard Büchl (Clustersprecher Umweltcluster Bayern), Rainer Haselbeck (Regierungspräsident von Niederbayern), Alfred Mayr (Geschäftsführer Umweltcluster Bayern).

Bild: Sandra Vitting

Süd- und Ostbayerische Wassertagung in Landshut:

Erfolg für alle Beteiligten

Bereits zum fünften Mal fand die Süd- und Ostbayerische Wassertagung in Landshut statt. Für die etwa 2.000 Besucher und 140 Aussteller bot die Messe eine Plattform für den fachlichen Austausch rund um das Thema Wasser. Parallel zur Messe fand ein Forum mit branchenspezifischen Vorträgen statt. Hier wurden wegweisende neue Technologien, Projekte und Verfahren aus der Wasserwirtschaft vorgestellt.

Eröffnet wurde die Messe durch den Schirmherrn Rainer Haselbeck, Regierungspräsident von Niederbayern. Seine Festansprache begann er mit einem Zitat von J.W. v. Goethe: „Alles ist aus dem Wasser entsprungen, alles wird durch das Wasser erhalten [...]“ und leitete damit zur Rolle der kommunalen Wasserversorger über, die einen überaus wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten. In Bayern bedeutet dies beeindruckende 115.000 km Leitungen für die Versorgung und 100.000 km öffentliche Sammelkanäle zur Entsor-

Schritt seien Problemräume konkret zu identifizieren, Hochwasserentstehungsgebiete zu definieren und geeignete Maßnahmen zu überlegen. „Die wirklichen und verbindlichen Vorgaben erfolgen durch die Kommune, die Ministerien unterstützen natürlich dabei. Es macht aber nur Sinn, wenn auf breiter Ebene der Kommunen und des Landkreises das Interesse besteht, diesen Weg zu gehen“, erklärte Koch.

An der Infoveranstaltung nahmen auch Vertreter von Wasserversorgerverbänden und des Bayerischen Bauernverbandes teil. Kreisobmann Johann Mayer warb für „immergrüne Äcker“. Darüber hinaus ging es in den Nachfragen und der Diskussion unter anderem um die Reaktivierung von Auenlandschaften, die hohen Grundwasserstände, die Ansiedlung von Gewerbe mit der Folge der Versiegelung und langfristige Möglichkeiten, Versiegelungen wieder zurückzunehmen. □

Auch die Wasserwirtschaft braucht neueste Technik und Innovationen. Aus diesem Grund stellten im Anschluss die beiden Gewinner des Leuchtturmprojektes 2018 des Umweltcluster Bayern ihre innovativen Projekte vor. Dr. Tobias Kauf (SCHRAML GmbH) präsentierte die „Kanalnetzbiotechnik 4.0 bei der Stadtentwässerung Nürnberg“ und Wolfgang Ott (Kelheim Fibres GmbH) brachte den Zuhörern das Thema „Biologisch abbaubare Feuchttücher mit der Visko-Spezialfaser VILOFT® - Flushable Wipes“ näher.

Neue Ideen und bewährte Produkte

Im Anschluss daran eröffnete Dr. Juliane Thimet (Bayerischer Gemeindetag und 1. Vorsitzende der Wasserwerksnachbarschaften Bayern e.V.) die überörtliche Fortbildungsveranstaltung der WWN Bayern e.V., bei der aktuelle Herausforderungen der bayerischen Wasserversorgung diskutiert wurden.

In den zwei bis zum letzten Platz gefüllten Hallen präsentierten die Aussteller neue Ideen und bewährte Produkte. Die Messe richtet sich insbesondere an Werksleiter, Geschäftsführer, Bürgermeister und Betriebsleiter sowie technisches Betriebspersonal von Wasserversorgungs- und entsorgungsbetrieben, an Vertreter von Industrie, Fachfirmen, Ingenieurbüros und Fachbehörden ebenso Vertreter der Wissenschaft und Interessierte rund um das Thema Wasser und Abwasser. □



Profis für die Baustelle

www.kanalbau.com

14. Wasserforum Unterfranken 2019:

Die Zeichen der Zeit erkennen

Unter dem Motto „Klimawandel in Unterfranken – nachhaltig umgehen mit Wasser und Boden“ fand das diesjährige 14. Wasserforum Unterfranken statt. Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann rief vor knapp 200 Teilnehmern dazu auf, Mitstreiter für den Grundwasserschutz und eine nachhaltige Entwicklung zu werden. Unterfranken sei beim Schutz des Grundwassers auf dem richtigen Weg, das Ziel aber noch nicht erreicht.

Laut Ehmann ist die Wasserversorgung gegenwärtig zwar nicht gefährdet, doch sei es wichtig, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich an die klimatischen Entwicklungen anzupassen. Nur so könne die Versorgungssicherheit auch in Zukunft auf dem gewohnt hohen Niveau gehalten werden.

Dr. Heiko Gerdes von BGS Umwelt, Darmstadt, der sich mit den „Auswirkungen des Klimawandels auf den Grundwasserhaushalt“ in Unterfranken und darüber hinaus befasste, verwies auf neue Quellschüttungsminima bei einem Drittel der Quellen in Unterfranken. Zudem verschoben sich diese Minima vom Spätherbst nach vorne, in Zeiten höheren Wasser- verbrauchs.

Aufgrund neuer Klimamodelle erwartet Gerdes höhere Amplituden der Grundwasserstände über mehrere Jahre hinweg. Zugleich sei der Bewässerungsbedarf der Landwirtschaft in den vergangenen Jahren merklich gestiegen. Die Überwachung der Grundwasservorräte und ihrer Nutzung würden immer wichtiger.

Die Herausforderungen des Klimawandels an die Landwirtschaft stellte Andreas Maier, Bereichsleiter Ernährung und Landwirtschaft an der Regierung von Unterfranken, dar: lange Trockenperioden, Temperaturen über 30 °C, Spätfrost sowie eine Zunahme der Erosions-

gefahr durch die sehr punktuelle zeitliche und räumliche Verteilung der Niederschläge. Auch erläuterte Maier die Folgen des Klimawandels auf den Pflanzenbau. Bei Winterweizen und Zuckerrüben habe es selbst im Trockenjahr 2018 nur relativ geringe Ernte- bzw. Zuckerertragsverluste gegeben. Große Potenziale bestünden in der Auswahl trockenresistenter Sorten. Zusätzlich könne die Fruchtfolge durch den Anbau wärmeliebender Kulturen wie Sojabohne oder Durumweizen erweitert werden, wenn der Markt dies erlaube.

Pflanzenbau weiterentwickeln

Der Klimawandel ist Maier zufolge eine sehr große Herausforderung. Aus seiner Sicht gibt es „glücklicherweise gut ausgebildete Landwirte und landwirtschaftliche Organisationen, die die Zeichen der Zeit erkannt haben. Zudem existierten im vor- und nachgelagerten Bereich der Landwirtschaft auch noch mittelständische Strukturen sowie ein effizientes und gut ausgebautes Forschungs- bzw. Beratungswesen und eine Gesellschaft, die die Agrarwirtschaft mit dieser Herausforderung nicht alleine lässt.“

„Es wird keine massiven Brüche geben, aber eine Weiterentwicklung des Pflanzenbaus ist unausweichlich“, machte Maier deutlich. Landwirtschaftsfamilien seien es jedoch gewohnt, das

Machbare zu realisieren und in Generationen nachhaltig zu denken.

Region Grabfeldgau

Herausforderungen und Lösungsansätze in der wasserarmen Region Grabfeldgau präsentierte Jürgen Heusinger, 1. Bürgermeister der Gemeinde Sulzfeld und 1. Vorsitzender der Kommunalen Allianz Fränkischer Grabfeldgau. Die natürlichen Gegebenheiten führen hier zu Qualitäts- und Mengenproblemen bei der Wasserversorgung. Zusätzlich sind Fließgewässer durch Erosions- und Nährstoffeinträge belastet, was auch eine Beeinträchtigung des Sulzfelder Badesees bewirkt.

Eine verstärkte Beratung von Landwirten führte Heusinger zufolge zu einer Intensivierung der Kooperationen mit dem Zweckverband Bad Königshofen-Mitte sowie zu einem verbesserten Gewässerschutz, vor allem durch Uferstrandstreifen. Weitere Maßnahmen für den Grundwasserschutz sind die Beteiligung an dem Projekt „Wasserschutz-

brot“ der Aktion Grundwasserschutz Unterfranken sowie der Anbau von Wildpflanzen als Ersatz für Biogasmais. Parallel dazu soll beim Bürger durch Projekte für Grundschulen und Kindergärten, einen Themenwanderweg Wasser und durch das Projekt „Wasser.Heimat.Leben“, einer Kooperation zwischen Kirchen, Kommunen und der Aktion Grundwasserschutz Unterfranken, das Bewusstsein für die Wassersituation im Grabfeldgau verbessert werden.

Positive Ziele formulieren

Zu einer neuen Kommunikation bei den Themen Klimawandel und Nachhaltigkeit rief der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Harald Welzer, Institut für Transformationsdesign, Universität Flensburg, und Direktor von FuturZwei Stiftung Zukunftsfähigkeit, auf. Die bisherige negative, „katastrophenorientierte“ Kommunikation führe zwar zu einem ausgeprägten Bewusstsein für die Probleme, aber eher zu Vermeidungsreaktionen als zu Verhaltensänderungen. Es gelte, ein gesamtgesellschaftliches Entwicklungskonzept anzustoßen, um positive Ziele für eine bessere Gesellschaft zu formulieren, und dabei neue Bündnisse zu schmieden. **DK**

Regelwerk – Aufruf zur Stellungnahme

Abwässer und Abfälle aus der Reinigung und Entschichtung von Fassaden / Entwurf Merkblatt DWA-M 370

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) hat den Entwurf des Merkblatts DWA-M 370 „Abwässer und Abfälle aus der Reinigung und Entschichtung von Fassaden“ vorgelegt, der hiermit zur öffentlichen Diskussion gestellt wird.

Das vorliegende Merkblatt DWA-M 370 befasst sich mit Abwässern und Abfällen, die bei der Oberflächenbehandlung, d. h. Reinigung, Entschichtung sowie der pflegenden und schützenden Behandlung der Außenflächen von Bauprojekten anfallen.

Das Merkblatt DWA-M 370 wurde erstmals im September 2001 veröffentlicht. Eine erste Aktualisierung des Merkblatts erfolgte im 2011. Um den technischen und rechtlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen, hat der Fachausschuss KEK-11 „Infrastrukturabfälle aus Abwasseranlagen und Straßenunterhaltung“ in 2017 beschlossen, das Merkblatt erneut zu aktualisieren.

Behandlungsverfahren

Das Merkblatt DWA-M 370 gibt einen Überblick über die Fassadenarten und Methoden der Fassadenreinigung, die Aufhängetechniken für Abwasser und Abfall und die notwendigen Behandlungsverfahren. Die Beschaffenheit der verwendeten Stoffe, die Verminderung deren Schädlichkeit sowie die Entsorgungsmöglichkeiten der Abfälle und Abwässer werden dargestellt.

Es enthält Hinweise zu Ausschreibung, Eigenüberwachung und Zertifizierung. Ein Muster für „Anträge auf die Einleitung von Abwasser aus der Fassadenreinigung“ und „Hinweise einer Genehmigung“ runden das Merkblatt ab.

Zahlreiche Vorschriften

Beim Umgang mit Abwässern und Abfällen der Fassadenreinigung bewegt man sich in den Rechtsräumen des Abfall- und Wasserrechts, deren Vielzahl von Vorschriften zu beachten sind. Aus diesem Grund wird der rechtliche Rahmen ausführlich erläutert und anhand einzelner Tatbe-

stände konkret dargestellt.

Derzeit existieren verschiedene Richtlinien, Leitfäden und Vorschriften für die umweltschonende Behandlung von Fassaden und den Umgang mit den dabei entstehenden Abwässern und Abfällen. Im Merkblatt DWA-M 370 werden einheitliche Regeln aufgezeigt, um Auftraggeber, Auftragnehmer, Planer und Behörden zu unterstützen, die Maßnahmen zu ergreifen, die bei der ordnungsgemäßen Oberflächenbehandlung von Fassaden und Decken notwendig sind.

Das Merkblatt wurde von der DWA-Arbeitsgruppe KEK-11.4 „Abwässer und Abfälle aus der Fassadenreinigung“ (Sprecher: Dipl.-Ing. Frederik Slowinski) im Auftrag des DWA-Hauptausschusses „Kreislaufwirtschaft, Abfall und Klärschlamm“ im DWA-Fachausschuss KEK-11 „Infrastrukturabfälle aus Abwasseranlagen und Straßenunterhaltung“ erarbeitet.

Frist zur Stellungnahme

Das Merkblatt DWA-M 370 „Abwässer und Abfälle aus der Reinigung und Entschichtung von Fassaden“ wird bis zum 31. Mai 2019 öffentlich zur Diskussion gestellt. Hinweise und Anregungen erbittet die DWA schriftlich, möglichst in digitaler Form, an Josefine Dahmen, dahmen@dwa.de.

Für den Zeitraum des öffentlichen Beteiligungsverfahrens kann der Entwurf kostenfrei im DWA-Entwurfsportal (<http://www.dwa.de/entwurfsportal>) eingesehen werden. Dort ist auch eine digitale Vorlage zur Stellungnahme hinterlegt. Im DWA-Shop ist er als Printversion oder als E-Book im PDF-Format erhältlich.

März 2019, 44 Seiten, ISBN 978-3-88721-777-8, Ladenpreis: 59 Euro, fördernde DWA-Mitglieder: 47,20 Euro. E-Mail: info@dwa.de, DWA-Shop: www.dwa.de/shop **DK**

Zum Tag des Wassers:

Die Digitalisierung im Wassersektor meistern...

... mit praxisnaher Forschung

Ob als Lebensmittel oder in der Landwirtschaft, ob für die Reinigung oder in der Logistik: Wasser und mit ihm die Wasserbranche ist für die alle Lebensbereiche erfassende Digitalisierung ein Schlüsselement. „Für einen fließenden Übergang der Branche ins Zeitalter der Digitalisierung liefern die Forschungsinstitute der Zuse-Gemeinschaft mit ihrer Expertise wertvolle Antworten. Ihre Arbeit erlangt durch den Stellenwert von Wasser auf Energie-, Logistik- und Rohstoffmärkten ebenso wie durch die Auswirkungen des Klimawandels erhöhte Aktualität“, erklärte der Präsident der Zuse-Gemeinschaft, Dr. Ralf-Uwe Bauer, anlässlich des Tages des Wassers.

Wasser ist ein Medium, das elektrischen Strom ebenso wie Stoffe in den Boden und Verkehrsströme leitet. Dass Kanäle und Flüsse als Verkehrsadern künftig noch stärker pulsieren könnten, darauf deutet ein aktuelles Projekt des RIF Institut für Forschung und Transfer hin.

Das Dortmunder Forschungsteam untersucht gemeinsam mit dem Duisburger Institut DST, wie eine dezentral gesteuerte Binnenschifffahrt für bedarfsorientierte und umweltgerechte Mobilität sorgen kann. Kern des Projekts: Die Forschenden ermitteln anhand von Güterströmen einerseits und technischer Innovationen andererseits, inwieweit künftig wieder verstärkt kleinere Schiffe beim Lastentransport zum Zuge kommen können.

„Die Chancen von Elektromobilität und autonomem Transport bieten in Kombination mit freien Kapazitäten in kleineren Häfen und Kanälen nahe der Ballungsräume an Rhein und Ruhr ideale Voraussetzungen für neue Logistiklösungen auf dem Wasser, die digitales Know-how mit den Vorzügen vorhandener Infrastruktur verbinden“, betonte RIF-Geschäftsführer Michael Saal.

Elektrolyse befreit von Medikamenten-Rückständen

Als Teil der Daseinsvorsorge ist die Wasserwirtschaft bei Umwelt- und Gesundheitsschutz gefordert. In Deutschland sind laut Umweltbundesamt nur rund 8 % der knapp 10.000 Gewässer in gutem oder sehr gutem ökologischem Zustand. Wie sich problematische Spurenstoffe aus Abwässern entfernen lassen, untersucht aktuell die Gesellschaft zur Förderung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung in Berlin-Adlershof (GNF). Die Forschenden sind Rückständen von Arzneimitteln auf der Spur, so Röntgenkontrastmitteln. Im Wasserkreislauf wirken sich solche Kontrastmittel schädlich aus. Das wollen die GNF-Forschenden verhindern: Über einen Elektrolyseprozess und mit Hilfe von ultravioletter Strahlung haben

sie vielversprechende Ergebnisse zum Abbau der Spurenstoffe erzielt. „Während Kontrastmitteln wie der im Röntgen häufig eingesetzten Amidotrizoesäure selbst mit dem Einsatz von Ozon und Aktivkohlefiltern nicht beizukommen ist, können wir sie mit der Elektrolyse sehr gut bekämpfen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass die bevorstehenden Feldtests unsere im Labor erzielten Ergebnisse bestätigen“, sagte der GNF-Vorsitzende Dr. Frank-Marc Krüger.

Simulationssoftware für Kläranlagen

Dass Digitalisierung in der Wasserwirtschaft nicht als disruptiver, sondern auch als organischer, dynamischer Prozess verstanden werden kann, zeigt das Institut für Automation und Kommunikation (Ifak) aus Magdeburg. Mit der im Ifak entwickelte Simulationssoftware SIMBA kann bereits seit mehr als 20 Jahren das dynamische Verhalten von Kläranlagen und Abwassersystemen analysiert werden.

Mit SIMBA lassen sich u.a. Abläufe in Kläranlagen simulieren, die sowohl die Verfahrens- und Maschinenteknik als auch die Automatisierung abbilden. So ermöglicht SIMBA eine ganzheitliche Analyse von Kanalnetz, Kläranlage, Schlammbehandlung, Fließgewässer und Automatisierung. „Die Computersimulation komplexer technischer Systeme wird zunehmend zum Standardwerkzeug zur Verfahrensoptimierung und zur ganzheitlichen Bewertung von Automatisierungsprozessen“, stellte Dr. Jens Alex, Abteilungsleiter Geschäftsfeld Wasser und Energie im Ifak, fest.

„Die Institute der Zuse-Gemeinschaft sind nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch als kompetente Berater und Dienstleister unterwegs. Für die Wasserwirtschaft und andere Branchen liefern sie kostbare Lösungen rund um die Digitalisierung. Die Bundesregierung muss diese Stärken der praxisnahen Forschung durch eine verbesserte Förderung honorieren“, forderte Dr. Bauer. **DK**

VKU zur aktuellen Debatte um Düngeregeln

„Trinkwasser ist das Lebensmittel Nummer eins. Wenn es darum geht, Gesetze und Verordnungen zu überarbeiten, muss die Sicherung der Ressourcen für die Trinkwasserversorgung an erster Stelle stehen“, betonte Karsten Specht, Vizepräsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), dessen Mitglieder rund 90 Prozent der Deutschen mit Trinkwasser versorgen, zur aktuellen Debatte um Düngeregeln:

„Wir haben uns vor langer Zeit in Europa darauf geeinigt, deutlich mehr Anstrengungen in belasteten Gebieten zu unternehmen, um den Nitratreintrag in unsere Gewässer zu reduzieren. Das müssen wir jetzt endlich national umsetzen. Denn auch nach der letzten Reform des Düngerechts entsprachen die Vorgaben einem Rechtsgutachten im Auftrag des Verbands kommunaler Unternehmen zufolge nicht dem EU-Recht“, fuhr Specht fort.

„Übermäßig aufgebrachte Düngemittel gefährdeten die Quali-

tät der Trinkwasserressourcen – und damit die nachhaltige Wasserversorgung von unserer Bevölkerung, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. „Die Nitratrichtlinie gibt es seit 1991: Die Zeit, die Weckrufe permanent zu überhören, muss endgültig vorbei sein. Wir fordern die Beteiligten auf, sich endlich auf einen gemeinsamen Nenner bei der Reform der Düngeverordnung zu einigen, der den Vorgaben der Nitratrichtlinie entspricht und unsere Trinkwasserressourcen schützt. Wir müssen vom Reden ins Handeln kommen.“ **DK**

Bayerischer Heilbäder-Verband:

Gestärktes Profil

Der Bayerische Heilbäder-Verband (BHV) betritt Neuland. Mit dem Projekt „Wald und Gesundheit“, das er auf seiner Frühjahrstagung in Bad Endorf startete, sollen Kur- und Heilwälder in bayerischen Kurorten und Heilbädern eingerichtet und für präventive und therapeutische Zwecke genutzt werden.

Wie BHV-Vorsitzender Klaus Holetschek feststellte, seien Therapien und Präventionsangebote in Wäldern eine ausgezeichnete Ergänzung zu den ortsgebundenen Heilmitteln in Heilbädern und Kurorten. „Damit wird das Profil unserer Orte als ‚Gesundes Bayern‘ und als Premium-Standorte für Gesundheitsreisen gestärkt.“

In den bayerischen Kur- und Heilwäldern soll nun die größte deutsche Waldstudie durchgeführt werden, die beweisen soll, dass der Wald positive Auswirkungen auf die Gesundheit hat. In Japan gibt es bereits eine lange Tradition des Waldbades und zahlreiche Studien belegen die positiven Auswirkungen eines Waldaufenthalts auf die Gesundheit.

Erster Schritt des Projekts ist die wissenschaftliche Erarbeitung von Kriterien für die Ausweisung eines Kur- und Heilwaldes. Durchgeführt wird sie vom Lehrstuhl für Public Health und Versorgungsforschung (IBE) der Ludwig-Maximilians-Universität München. Das Projekt, gefördert vom Bayerischen Wirtschaftsministerium mit rund 200.000 Euro, steht rund zehn ausgewählten Heilbädern und Kurorten offen. Diese können sich jetzt, auch als Kooperation mehrerer Orte, für die Teilnahme bewerben. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 6. Mai. Nach einem Kick-Off-Meeting soll dann die Auswahl der Pilotgemeinden erfolgen.

„Die Zeit der Appelle ist vorbei, jetzt ist Handeln angesagt“,

erklärte Holetschek mit Blick auf Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Dieser wurde aufgefordert, die Krankenkassen zu mehr Präventionsleistungen zu verpflichten. Prävention, so der BHV-Vorsitzende, müsse zur Chefsache werden. Als Erstes werde die Kur als Pflichtleistung der Krankenkassen benötigt.

Ambulante Vorsorgeleistungen auf dem Tiefpunkt

Anlass für die Forderung sind die neuesten Fallzahlen zu den ambulanten Vorsorgeleistungen nach §23 Abs.2 Sozialgesetzbuch V. Nach Angaben der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe gab es 2018 bundesweit nur mehr 34.290 ambulante Vorsorgeleistungen. In Bayern waren es etwas über 15.000. Nach Holetscheks Ansicht ist dies erschütternd und ein erneuter historischer Tiefpunkt bei den ambulanten Kuren. Es führe auch vor Augen, dass es an der Genehmigungspraxis bei den Krankenkassen hakt.

Prävention, sei wichtiger denn je, betonte der Präsident. „Wir müssen uns nur die steigende Zahl von Volkskrankheiten wie psychische Erkrankungen oder Rückenleiden vor Augen führen. Dazu kommen der Fachkräftemangel in der Wirtschaft und die längere Lebensarbeitszeit der Menschen. Da muss es doch ein gesamtgesellschaftliches Interesse sein, die Menschen so lange wie möglich gesund im Berufsleben zu halten.“ **DK**

Handwerk:

Viele Aufträge, keine Fläche

Dem bayerischen Handwerk geht es gut, trotz Konjunkturschwankungen. Doch Kammerpräsident Franz Xaver Peteranderl kritisiert: „Das Handwerk wird einerseits aus der Stadt gedrängt, aber gleichzeitig nicht mehr hineingelassen.“ So mache die Verkehrsplanung der Stadt München als auch der Flächenfraß das Handwerk und seine Beschäftigten zu Verlierern.

Noch immer ist die Rede vom „goldenen Handwerk“ und dieses hat im Vergleich zu anderen Industrien und Gewerben Hochkonjunktur. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) aller befragten Handwerksunternehmen im Kammerbezirk beurteilte die aktuelle Geschäftslage im ersten Quartal 2019 als gut, für weitere 35 Prozent war sie zumindest befriedigend. Knapp ein Drittel der Betriebe (28 Prozent) vermeldete im Berichtszeitraum einen Anstieg der Nachfrage, für 51 Prozent war sie gleichbleibend.

Hohes Niveau

Der Anteil gestiegener und konstanter Auftragseingänge bewegt sich damit auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Die Auslastung der Betriebe legte im ersten Quartal im Vorjahresvergleich um einen weiteren Punkt zu und erreichte durchschnittlich 79 Prozent. Sie stieg damit zum sechsten Mal in Folge in einem Winterquartal. Vor allem in den Bauhandwerken und im Ausbau sind die Unternehmen aufgrund der hohen Nachfrage und des leer gefegten Fachkräftemarktes besonders ausgelastet.

Für das Gesamtjahr rechnen die Konjunktexperten der Kammer mit einem Umsatzplus von nominal vier Prozent. Die Zahl der Beschäftigten dürfte um etwa 0,9 Prozent zulegen, die Investitionen um rund 3,5 Prozent wachsen.

Bürgerschaftliches Engagement:

„Wertvolle Arbeit für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft“

Sozialministerin Kerstin Schreyer besuchte die Tafel in Grünwald

Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer hat die Tafel der Nachbarschaftshilfe Grünwald besucht. Zwei Mal in der Woche verteilen dort über 20 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer Lebensmittel, die von örtlichen Läden gespendet werden. Die Tafel Grünwald versorgt etwa 60 Menschen mit Essen. Schreyer: „Mit Ihrem Einsatz helfen Sie den Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Sie investieren viel Zeit und Liebe. Dafür danke ich Ihnen von Herzen!“

Die Nachbarschaftshilfe Grünwald betreibt nicht nur die Tafel, sondern übernimmt auch in vielen anderen sozialen Bereichen Verantwortung. So gibt es im Haus der Begegnung eine Kindertagespflege und einen Second-Hand-Laden, der allen Bürgerinnen und Bürgern offen steht.

„Die Gemeinde Grünwald und die Bürgerschaft sind den ehren-

amlich Tätigen, die Ihre Freizeit und Arbeitsleistung in diesem Verein einbringen, zu Dank verpflichtet“, so Stephan Weidenbach, 2. Bürgermeister der Gemeinde Grünwald. All dies wird auch durch die Gemeinde Grünwald ermöglicht. „Mit dem Bau des Gebäudes würdigt die Gemeinde Grünwald auch den Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und hat

Innenstadt schottet sich ab

Peteranderl sagte dazu: „Es scheint, als sollten Menschen und Gewerbetreibende von außerhalb durch bewusst herbeigeführte Verkehrsbehinderungen aus München ferngehalten werden. Das Herz Münchens, die Innenstadt, schottet sich auf diese Weise ab!“. So mache auch die geplante Halbierung der Fahrspuren auf der Ludwigsbrücke von vier auf zwei „den Flaschenhals noch enger“. „Die Brücken sind für Handwerksunternehmen aus München und dem Umland wichtige Stellen zur Isarquerung. Die Verlagerung des Verkehrs hin zur Cornelius- und Maximiliansbrücke wird die Folge sein“, prophezeit Peteranderl. Dabei sei nicht hinnehmbar, dass das Handwerk einerseits aus der Stadt gedrängt und gleichzeitig nicht mehr hineingelassen

werde, kritisierte er. Mit diesem Vorwurf spricht der Kammerpräsident die Tatsache an, dass es für Unternehmer immer schwieriger wird, in der Stadt aufgrund steigender Mieten und fehlender Gewerbeflächen geeignete Standorte zu finden.

Offensive gegen Flächenfraß

Die Bayerische Staatsregierung startete deshalb jüngst die „Flächensparoffensive Bayern 2019“. Verbindliche Flächenverbrauchsobergrenzen sollen darin nicht festgeschrieben, sondern ein Flächenverbrauch-Richtwert von fünf Hektar am Tag in der Landesplanung verankert werden - wie das CSU und FW im Koalitionsvertrag beschlossen haben. Dieser Wert würde einer Halbierung der Flächenneuinanspruchnahme entsprechen. Dabei ist der Haupttreiber für die Staatsregierung die Ausweisung neuer Wohnsiedlungen. „85 Prozent des Flächenverbrauchs gehen auf das Konto des Siedlungsbaus“, erklärte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger anlässlich des Startschusses der Offensive. Doch von Kommunen und Wirtschaftsvertretern erntete die Regierung teils scharfe Kritik. Unter Fachleuten herrscht zunehmend Konsens, dass der Flächenfraß nur mit einer gesetzlichen Obergrenze eingedämmt werden kann.

Nutzungsmischung statt Grenzen

Die Handwerkskammer ist da anderer Meinung. Das Handwerk im Freistaat unterstützt zwar einen sparsameren und

effizienteren Umgang mit Flächenressourcen. „Wir sind aber auch der Meinung, dass es in Bayern, dessen Bevölkerung und Wirtschaft wachsen, keine starre Grenze beim Flächenverbrauch geben kann. Es muss stets eine Berücksichtigung der aktuellen Gegebenheiten vor Ort möglich sein“, sagte Peteranderl. Gerade kleine und mittlere Unternehmen des Handwerks drohen in der Konkurrenz um Flächen und zwischen den Ansprüchen der verschiedenen Interessengruppen zerrieben zu werden.

Strengere Auflagen

Neben der Wohnbebauung führen auch strengere Auflagen zu Emissionen sowie eine zunehmende Sensibilität der Bevölkerung zu einer immer stärkeren Verdrängung von Handwerksbetrieben aus ihren Standorten. Die schärfere Konkurrenz um Flächen schlägt sich darüber hinaus in steigenden Bodenpreisen nieder. Handwerksbetriebe, die bei Neugründungen, Betriebserweiterungen oder Verlagerungen dringend Flächen benötigen, kommen immer seltener zum Zug.

Erschwerend kommt hinzu, dass wegen der hohen Mieten und Immobilienpreise in den Ballungszentren immer mehr Menschen in die Region ziehen. Dies hat zur Folge, dass die Verkehrsströme stetig steigen. Für Handwerksunternehmen, die immer länger für ihre Kundenfahrten benötigen, wird es umso schwieriger, die Fahrkosten in einem angemessenen Umfang umzulegen.

Das Handwerk hat sich daher schon in der Vergangenheit immer für eine Nutzungsmischung ausgesprochen. Durch ein vernünftiges Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten werden nicht nur Verkehrsströme reduziert, sondern auch eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung gewährleistet.

Für die öffentliche Verwaltung:

Großes Tschechisch-Deutsches Wörterbuch

2. bearbeitete und erweiterte Ausgabe. Praga: Leges 2018, 308 S. ISBN 978-80-7502-321-6. Preis 20 Euro. Bestellung: www.knihyleges.cz

Mit mehr als 20.000 tschechischen Termini und ihren deutschen Entsprechungen füllt die vorgelegte Ausgabe von Antonín Kana eine spürbare Lücke im Angebot der zweisprachigen Fachwörterbücher für die öffentliche Verwaltung. Zugleich reflektiert es den raschen Wandel der öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahren in der Tschechischen Republik.

Die erste Ausgabe aus dem Jahre 2011 reagierte auf die damaligen bedeutenden Systemänderungen, insbesondere im Bereich der Gebietsverwaltung und die durch den Beitritt zur EU geschaffenen interregionalen und grenzüberschreitenden Kooperationsstrukturen. Die zweite Ausgabe erfasst jetzt darüber hinaus die mit der fortschreitenden Umsetzung des „Strategischen Rahmens der Entwicklung der öffentlichen Verwaltung der Tschechischen Republik für den Zeitraum 2014-2020“ zusammenhängenden umfangreichen Projekte. Es handelt sich insbesondere um neue, aus dem Gesetz über den Staatsdienst folgende Begriffe (z.B. Einführung des Beamtenrechts).

Das Wörterbuch wird all jenen von großem Nutzen sein, die als Verwaltungsakteure mit ihren tschechischen Partnern kommunizieren. □

Auch die Lockerung des Anbietersangebots im Landesentwicklungsprogramm (LEP) müsse noch einmal auf den Prüfstand. „Diese führt letztendlich zu einer weiteren Ansiedlung von Handels- und Flachmarktzentren. Durch überdimensionierte Einzelhandelsgroßprojekte auf der grünen Wiese zu Lasten von Ortskernen wird eine extensive Flächennutzung und damit ein zu hoher Flächenverbrauch begünstigt“, sagte der Kammerpräsident.

Konzept „Gewerbehof“

Unterstützung für Unternehmer bietet das Konzept „Gewerbehof“. Damit bekommen kleinen und mittelständischen Gewerbebetrieben die Möglichkeit eines innenstadt- und damit kundennahen Standort-

tes. Kleinteilige Produktionsflächen ab 40 qm erlauben es auch dem traditionellen Handwerksbetrieb, im Stadtgebiet in attraktiver Lage präsent zu sein.

Branchen-Mix erhalten

Neben dem Erhalt bestehender und der Ausweisung neuer Gewerbegebiete versuchen die Gewerbebehörden, München als Produktionsstandort weiter zu entwickeln und den Branchen-Mix zu erhalten. Das Gewerbehofprogramm wird laufend fortgeschrieben um ein flächendeckendes Netz an Gewerbehöfen im Stadtgebiet aufzubauen. Inzwischen verwaltet die Münchner Gewerbehofgesellschaft sechs Gewerbehöfe mit einer Mietfläche von insgesamt 64.000 qm. Anja Schuchardt



Unser Bild zeigt Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer (Mitte) mit Stephan Weidenbach (2. Bürgermeister der Gemeinde Grünwald, 3. von links), Tobias Sicheneder (Geschäftsführer der Nachbarschaftshilfe Grünwald, 3. von rechts) und ehrenamtlichen Helfern der Tafel Grünwald. Bild: StMAS

den richtigen Rahmen für deren Engagement geschaffen“, so Schreyer.

Bei den rund 170 Tafeln in ganz Bayern werden mit großem ehrenamtlichem Engagement gespendete Lebensmittel an bedürftige Menschen verteilt. Ungefähr 45.000 Tonnen Lebensmittel werden von den rund 7.000 Helferinnen und Helfern jährlich bewegt. Für sie will sich auch der Freistaat Bayern stärker engagieren. So soll der Landesverband Tafel Bayern e.V. eine Förderung unter anderem für die Fortbildung von Ehrenamtlichen erhalten.

Großartiges Bekenntnis zur Heimat

Insgesamt engagiert sich in Bayern jeder Zweite über 14 Jahre ehrenamtlich. Sozialministerin Schreyer: „Das ist ein großartiges Bekenntnis zu unserem Land. Bürgerschaftliches Engagement schafft sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und macht unsere bayerische Heimat so lebens- und liebenswert.“

Die Staatsregierung würdigt das bürgerschaftliche Engagement zum Beispiel mit der bayerischen Ehrenamtskarte. Seit 2011 sind bereits über 150.000 Ehrenamtskarten ausgegeben worden. Mit der Ehrenamtskarte gibt es Rabatte und Vergünstigungen bayernweit bei mehr als 5.000 kommunalen, privaten und staatlichen Partnern.

Weitere Informationen zur Ehrenamtskarte unter: www.ehrenamtskarte.bayern.de □

TV BAYERN
★

LIVE
Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Landkreis Schwandorf:

„Aufsuchende Sozialarbeit“ als Schlüssel zu gelungener Integration

Im Landkreis Schwandorf gibt es seit 2016 ein Integrationsnetzwerk, das Migranten aus allen Herkunftsländern, also nicht nur Menschen mit Fluchthintergrund, hilft, den Alltag in Deutschland zu meistern. 2018 hat die Initiative „Integration SAD“ dafür den 2. Platz des Integrationspreises der Regierung der Oberpfalz in der Kategorie „Ehrenamtliche und Vereine“ erhalten.

Eine treibende Kraft in der Initiative Integration SAD ist Elke Reinhart, die seit 2015 Integrationsbeauftragte der Stadt Neunburg vorm Wald und als Rotarierin schon seit längerem ehrenamtlich tätig ist.

Während der Flüchtlingskrise 2015 sah sich Neunburg mit der Ankunft von ca. 150 Geflüchteten und einer unstrukturierten Helfersituation konfrontiert. Um das „Helferchaos“ zu koordinieren und einen Ansprechpartner zu installieren, schuf Bürgermeister Martin Birner damals die Stelle einer Integrationsbeauftragten.

Bald wurde deutlich, dass auch die anderen Kommunen im Landkreis Schwandorf einen ähnlichen Bedarf haben. So wurde 2016 der Grundstein für ein landkreisweites Integrationsnetzwerk, die Initiative Integration SAD gelegt, die es sich zum Ziel gesetzt hat, aktiv an der gesellschaftlichen Integration von Migranten im Landkreis Schwandorf mitzuwirken. Schwerpunkte sind dabei der Erwerb bzw. die Verbesserung von Sprachkenntnissen, die Vermittlung gesellschaftlicher Werte, sowie eine Starthilfe in den Arbeitsmarkt.

Integration SAD besteht aus ca. 70 Ehrenamtlichen und 30 Referenten und ist rein spendenfinanziert. Träger dieses Integrationsnetzwerks sind die Service-Clubs

im Landkreis Schwandorf: Rotary Club Schwandorf, Round Table Schwandorf, Lions Club Schwandorf, Rotary Club Oberpfälzer Wald und Lions Club Oberpfälzer Wald. Unterstützt werden diese von den Volkshochschulen im Landkreis, die als Projektpartner ihre Verwaltungsinfrastruktur zur Verfügung stellen und z.B. die Abrechnung organisieren.

Daueraufgabe

Bürgermeister Birner ist sich sicher, dass er für alle Bürgermeister im Landkreis Schwandorf spricht, wenn er die Initiative SAD als eine „enorme Bereicherung für unseren ganzen Landkreis“ bezeichnet und auch Landrat Thomas Ebeling schätzt das Engagement der Initiative sehr, denn „im grenznahen Landkreis Schwandorf ist das Thema Integration wichtig und wird auch in Zukunft eine Daueraufgabe bleiben.“

Der große Vorteil eines solchen Netzwerks unabhängiger Wertegemeinschaften ist, dass es losgelöst von politischen Entscheidungen unbürokratisch und schnell Hilfe anbieten kann. So konnten landkreisweit schon zahlreiche Projekte verwirklicht werden.

Der wichtigste Schritt, damit Integration überhaupt stattfinden kann, ist der Erwerb von Sprachkenntnissen, denn nur

über die Sprache ist eine gesellschaftliche Teilhabe überhaupt möglich. Doch eine Gruppe wird hier häufig ausgeschlossen, weil sie am offiziellen Sprachkursangebot nicht teilnehmen kann: Mütter mit kleinen Kindern haben oft keine Kinderbetreuungs-möglichkeiten und fallen so durch das Raster. Dabei ist es gerade für Mütter so wichtig, die Sprache zu erlernen, damit sie ihre Kinder in der Schule unterstützen können. Hier setzt das Projekt „Deutsch für Mütter“ an, denn während der Sprachkurse werden die Kinder im Nebenraum betreut. So können die Frauen in kurzer Zeit nicht nur bundesweit anerkannte Qualifikationen erwerben, sondern gewinnen zudem auch an Selbstbewusstsein.

Sozialer Treffpunkt

Einen richtigen sozialen Treffpunkt hat die Integration SAD mit den spendenfinanzierten sozialen Kleiderläden EMMA in Schwandorf und Neunburg geschaffen, hier wird Second-Hand-Kleidung zu günstigen Preisen verkauft, die sich beim Nachweis von Bedürftigkeit nochmals um die Hälfte reduzieren. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter engagieren sich jedoch weit über den Verkauf von Kleidung hinaus: Bei Bedarf helfen sie auch beim Ausfüllen von Formularen oder bei den Hausaufgaben.

Neben Menschen mit Migrationshintergrund wissen auch viele Senioren das Angebot der EMMA zu schätzen. Diana Schmidberger, ehrenamtliche Mitar-

beiterin und Realschulrektorin in Neunburg, findet am Konzept der EMMA-Läden besonders wichtig, dass dort die Würde des Menschen aufrechterhalten wird, da die Bedürftigen sich „als Kunden fühlen dürfen und nicht als Bittsteller auftreten müssen.“

Im Rahmen des Projekts „Frieden stiften“ besucht Elke Reinhart zusammen mit einer pädagogischen Fachkraft und einer Gruppe junger Geflüchteter Schulen in der Region. Nach einem einführenden Vortrag bekommen die Schüler Gelegenheit, mit den Geflüchteten zu diskutieren und ihnen Fragen zu stellen. Bei häufig gestellten Fragen wie: „Wie stehst du zu kriminellen Ausländern?“, oder „Warum trägst du Kopftuch?“, wird schnell deutlich, dass es darauf nicht nur eine Antwort gibt. Wenn die Schüler sehen, dass jede der jungen Frauen, das Kopftuch aus einer anderen Motivation trägt, fangen sie auch an zu begreifen, dass es nicht eine homogene Gruppe von Ausländern ist, die zu uns nach Deutschland kommt, sondern dass es sich um Individuen mit unterschiedlichen Meinungen und Lebensentwürfen handelt.

Kürzlich hat das Projekt „Frieden stiften“ auch die Polizeischule in Nabburg besucht, „ein besonders wichtiger Termin“, so Elke Reinhart, denn die 150 Polizeischüler, die in ihrem Berufsalltag mit Kriminalität zu tun haben, müssen besonders dafür sensibilisiert werden, „dass man nie pauschalisieren darf.“

Es braucht einen Kümmerer

Elke Reinhart rät allen Kommunen, die einen Bedarf in dieser Richtung sehen, dazu, einen Integrationsbeauftragten zu installieren. Denn es braucht einen Kümmerer, an den Migranten sich mit ihren Problemen wenden können und der die wertvolle Arbeit der Ehrenamtlichen koordiniert. Dabei nutze es laut Reinhart nichts, eine Integrationsstelle zu schaffen, „in der von 9 bis 17 Uhr jemand im Büro sitzt und wartet, bis jemand vorbeikommt“, was es braucht ist vielmehr eine „aufsuchende Sozialarbeit, jemand der zu den Leuten hingeht und sich ihre Lebenssituation ansieht.“

Eine umfassende Handlungsempfehlung, die das Thema Integration und Inklusion in verschiedenen Handlungsfeldern behandelt, ist 2018 im Rahmen eines Forschungsprojektes der Akademie für politische Bildung in Tutzing entstanden.

Die Ergebnisse dieses 4. Tutzing Diskurses, an dem auch Elke Reinhart mitgearbeitet hat, wurden unter dem Titel „Wege der Integration“ veröffentlicht und stehen unter folgendem Link zum Download bereit: https://www.apb-tutzing.de/download/publikationen/kooperationsschriften/TD4_Wege-der-Integration_online.pdf **MS**

Als Gastredner auf der diesjährigen Jahrespressekonferenz der Euregio Egreensis fungierte Dr. Peter Jahr, Mitglied des Europäischen Parlaments. Er plädierte für einen Bürokratieabbau und dafür, Europa „den Menschen zurückzugeben“. Aus dem Europäischen Parlament berichtete Jahr, dass die Stimmung für die Förderprogramme dort sehr gut sei. Positiv hob er in diesem Zusammenhang die erstmalige Verankerung des Dispositionsfonds und des Kleinprojektfonds im Verordnungsentwurf hervor. Dies sei ein wichtiger Schritt, um die EU den Menschen wieder näherzubringen. Zum anderen gebe es noch viel Unklarheit, da es noch keinen konkreten Fonds gebe und die Höhe noch nicht feststehe. Nach der Europawahl im Mai werde es wohl dauern, bis sich das Europaparlament neu konstituiert habe. **DK**

„Gemeinsame Erklärung“

2018 sei zum 25-jährigen Jubiläum der Euregio Egreensis in Mödlareuth eine „Gemeinsame Erklärung“ unterzeichnet und damit die dreiseitige Zusammenarbeit erneuert und bekräftigt worden, fuhr die Präsidentin fort. „Wir haben für unsere drei Arbeitsgemeinschaften erklärt, dass wir die Euregio-Idee auch in die Zukunft führen wollen, weil die Herausforderungen im Grenzraum nicht kleiner geworden sind.“

Praxiswörterbuch für den Rettungsdienst

Große Aufmerksamkeit in der Region fand das 2018 realisierte „Praxiswörterbuch für den Rettungsdienst“. Hierbei handelt es sich um eine deutsch-tschechische Publikation, die von einer bilateralen Expertengruppe ausgearbeitet und im Rahmen der Sprachoffensive der Euregio herausgegeben wurde. Dieser Arbeitsgruppe gehörten sowohl Vertreter des Rettungsdienstes,



Elke Reinhart (3. v. r.) mit dem Projekt „Frieden stiften“ an der Mittelschule in Maxhütte-Haidhof. Die Schule ist auf dem Weg zu „Schule mit Courage – Schule ohne Rassismus“.

Daumen hoch für die Dorfläden

Dorfladennetzwerk Donau-Ries erfolgreich und etabliert

Der bundesweit einzigartige Zusammenschluss der Dorfläden im Landkreis Donau-Ries ist mittlerweile fest in der Region etabliert und hat ein Jubiläum gefeiert. Das Netzwerk besteht nun schon seit zweieinhalb Jahren. Bereits zum zehnten Mal ist das erfolgreiche Netzwerk zusammen gekommen. Viele zukünftige Projekte, wie die jährliche Regionale Einkaufswoche, wurden besprochen. Die Teilnehmer erhielten Informationen zu Fair-Trade-Produkten. Auch ein einheitliches Belohnungssystem für die Dorfläden wurde diskutiert.

Im Dorfladennetzwerk Donau-Ries schlossen sich im Oktober 2016 die zehn genossenschaftlich organisierten Dorfläden der Region zusammen. Ein Vorteil ist vor allem der Austausch von Informationen und Ideen. Fachlichen Input zu unterschiedlichsten Themen geben sich die Teilnehmer gegenseitig, das Konversionsmanagement oder Experten aus der Region.

So wurden von Karl-Heinz Köster, dem Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit beim Landkreis Donau-Ries, Fair-Trade-Produkte und deren Handelswege vorgestellt. Diese hochwertigen und fair produzierten und gehandelten Produkte könnten das Sortiment der Dorfläden erweitern.

Auch wurde die Einführung eines Belohnungssystems vorgestellt. Die Anwärterin Anne Dunst erarbeitet im Rahmen ihres Studiums ein passendes Konzept für die Dorfläden im Landkreis Donau-Ries. Weitere wichtige Projektideen und Inhalte für die nächsten Netzwerktreffen wurden von den Teilnehmern erörtert. Landrat Stefan Rößle freut sich über das Engagement der Dorfläden im Netzwerk und betont, dass das Netzwerk mittlerweile über die bayerischen Grenzen hinaus bekannt ist.

Regionale Einkaufswoche im Juli

Die dritte regionale Einkaufswoche in den Dorfläden findet in diesem Jahr wieder im Juli statt. Hierfür werden sich die zehn Dorfläden wieder interessante und individuelle Aktionen einfallen lassen. Ziel ist es wieder, den Fokus auf die regionalen Produkte aus dem Landkreis Donau-Ries zu legen. Ebenso wird es wieder einen Anreiz für Kunden geben, die für mindestens zehn Euro regionale Produkte kaufen.

Die Dorfläden präsentieren die regionalen Produkte im regionalen Einkaufsregal, dass sich seit der ersten regionalen Einkaufswoche fest in den Dorfläden etabliert hat. So erkennt der Kunde schnell, wo die regionalen Produkte zu finden sind. Zudem werden die Produkte mit dem speziellen Siegel „Regionales Produkt Donau-Ries“ versehen, dass die Herstellung im Landkreis kennzeichnet.

Konversionsmanagerin Barbara Wunder dazu: „Mit dem Kauf von Produkten, die das Siegel tragen, können sich Verbraucher sicher sein, dass sie mit gutem Gewissen regional erzeugte Produkte erwerben.“ Das Rahmenprogramm der regionalen Einkaufswoche mit

den zahlreichen Aktionen in den Dorfläden wird rechtzeitig vorab zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen unter: barbara.wunder@donauries.bayern, Tel.: 0906/74-305 bzw. www.donauries.bayern/dorfladen

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Anja Schuchardt (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
Euro 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
Euro 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) Euro 27,- zzgl. MWST.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Euregio Egreensis-Jahrespressekonferenz:

Wertvoll als Sprachrohr und Dienstleister

Bei der Jahrespressekonferenz der Euregio Egreensis im sächsischen Breitenbrunn im Erzgebirge verwies der amtierende Gemeinsame Präsident Patrik Pizinger, Bürgermeister der Stadt Chodov, darauf, dass die Arbeit in der grenzüberschreitenden Verständigung zwar noch lange nicht abgeschlossen sei, jedoch eine sehr gute Grundlage geschaffen wurde, den Mitgliedern und Partnern als Dienstleister, Sprachrohr und Plattform zur Verfügung zu stehen. Dr. Birgit Seelbinder, Präsidentin der Euregio Egreensis AG Bayern, hieb in dieselbe Kerbe: Die Idee der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf der Basis von Euregios habe sich heute in nahezu allen europäischen Grenzregionen etabliert.

Seelbinder, die ihren Blick auf die Aktivitäten der Euregio-Arbeitsgemeinschaft im Freistaat richtete, brachte ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass in den bayerischen Ministerien ein starker Rückhalt für die Euregio zu verzeichnen sei. Konkret nannte sie die Unterstützung für grenzüberschreitende Projekte und deren finanzielle Förderung.

So fördert die Bayerische Staatskanzlei seit vielen Jahren mit erheblichen Mitteln das Langzeitprojekt „Bayerisch-Tschechischer Gastschuljahr“. Eng ist die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium, weil dort das INTERREGA-Programm Bayern-Tschechien verwaltet wird. Insbesondere die Abwicklung des Dispositionsfonds zur Förderung kleiner und mittlerer grenzüberschreitender Projekte, mit der die Euregio Bayern beauftragt wurde, ist ein zentraler Bestandteil ihrer Arbeit.

Mit dem Kleinprojektfonds können Seelbinder zufolge auch in der laufenden Förderperiode wieder viele gute Maßnahmen und Begegnungsprojekte unterstützt werden. Bereits 80 Projekte bayerischer Antragsteller wurden seit 2016 genehmigt und dafür rund 920.000 Euro an Fördermitteln verplant. Ziel ist es, den Kleinprojektfonds auch in der

neuen Förderperiode ab 2021 weiterhin behalten und eigenständig verwalten zu können.

Zum ersten Mal hat die Europäische Kommission die Kleinprojektförderung im entsprechenden Verordnungsentwurf verankert. Das ist aus Sicht der Präsidentin vor allem deshalb sehr erfreulich, da die Kleinprojektförderung in früheren Jahren auch schon von Brüsseler Seite stark unter Beschuss stand. „Nun liegt es an uns, mit den zuständigen Ministerien entsprechend zu verhandeln und auf unserer Seite die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir als Euregio diese verantwortungsvolle Aufgabe auch in Zukunft übernehmen können“, betonte Seelbinder.

Praxiswörterbuch für den Rettungsdienst

Große Aufmerksamkeit in der Region fand das 2018 realisierte „Praxiswörterbuch für den Rettungsdienst“. Hierbei handelt es sich um eine deutsch-tschechische Publikation, die von einer bilateralen Expertengruppe ausgearbeitet und im Rahmen der Sprachoffensive der Euregio herausgegeben wurde. Dieser Arbeitsgruppe gehörten sowohl Vertreter des Rettungsdienstes,

„Wachstum beißt sich mit Klimaschutz“

In der Gemeinde Schwaigen-Grafenaschau ist der Klimawandel spürbar

In der oberbayerischen Gemeinde Schwaigen-Grafenaschau versucht man alles, um sich auf das wandelnde Klima einzustellen. Und das mit gutem Grund. „Wir bekommen den Klimawandel bereits zu spüren“, sagt Hubert Mangold (parteilos), Bürgermeister der 624 Einwohner zählenden Gemeinde im Kreis Garmisch-Partenkirchen und Vorsitzender des Beirats für Energie und Klimaschutz der Zugspitzregion. So hatte die Gemeinde 2016 den größten Murenabgang, der je in Bayern registriert wurde.

„Letztes Jahr kam es zu zwei Starkregenereignissen“, berichtet Mangold. Einmal gingen 40 Liter innerhalb von zwölf Minuten nieder. Beim zweiten Mal waren es 80 Liter in 25 Minuten. Dazwischen lagen lediglich zehn Tage: „Das war noch nie da gewesen.“ Für Mangold ist es keine Frage, dass sich das Klima wandelt: „Und wir sind eine der am stärksten betroffenen Gemeinden.“ Weil der Bürgermeister gegensteuern möchte, beteiligte er sich auch in diesem Jahr an der Veranstaltungsreihe „Klimaführung Oberland“.

Umfangreiches Programm

Über 100 Veranstaltungen zu den Themen „Klimaschutz“ und „Nachhaltiges Handeln“ standen auf dem Programm. Es gab Vorträge, Diskussionen, Filmvorführungen, Exkursionen und Ausstellungen. Eine der Hauptveranstaltungen organisierte Mangold in seiner eigenen Gemeinde: In Grafenaschau wurde unter anderem darüber diskutiert, was der Klimawandel für den Katastrophenschutz bedeutet. „Also wie etwa die Rettung funktionieren kann, wenn es zu längeren Stromausfällen kommt“, erläutert er. Dies geschah erst im Februar in Berlin-Köpenick. Über 30 Stunden war der Strom weg.

In vielen Projekten wird in Schwaigen-Grafenaschau versucht, stärker als bisher im Einklang mit der Umwelt zu leben. So gibt es einen Dorfladen, der als Unternehmungsgesellschaft be-

trieben wird. Die Bürgerinnen und Bürger können seither zu Fuß oder mit dem Rad einkaufen. Autofahrten zum Discounter entfallen, was Klima und Umwelt entlastet. Der Dorfladen dient aber auch als Treff. Diese Funktion ist für Mangold ebenfalls wichtig. Menschen müssten sich wieder mehr begegnen können, sagt er, müssten sich über Probleme austauschen und gemeinsam beginnen, an Lösungen zu arbeiten.

Mittelfristiges Ziel der Gemeinde ist es, zu einem großen Teil energieautark zu werden. Aus diesem Grund engagiert sich Schwaigen-Grafenaschau auch als Stifterkommune in der Initiative „Energiewende Oberland – Bürgerstiftung für Erneuerbare Energie und Energieeinsparung“. Deren Ziel ist es, bis 2035 Energieautarkie zu erreichen. Wirklichkeit würde dieses Ziel durch energieeffiziente Haushalte mit Niedrigenergiehäusern oder sanierten Gebäuden, eine vernetzte, dezentrale Energieversorgung und gemeinsame Energieprojekte von Bürgern und Kommunen.

Energienutzungsplan in Arbeit

„Wir in Grafenaschau arbeiten gerade an einem Energienutzungsplan“, verrät Mangold. So soll es künftig Kraft-Wärme-Kopplung geben. Außerdem will die Kommune das Potential moderner Speichertechniken für erneuerbaren Strom ausloten. Dafür gab es bereits Unterstützung durch die Hochschule München: Fünf Stu-

denten erarbeiteten im Sommersemester 2017 eine Studie für ein Energiekonzept der Gemeinde.

Zu schaffen macht Hubert Mangold, dass die vielen kleinen, lokalen Bemühungen um Umwelt- und Klimaschutz nur allzu oft durch die große Politik bedroht oder gar zunichte gemacht werden. „Wirtschaftswachstum und Klimaschutz passen zum Beispiel einfach nicht zusammen“, sagt der kritische Kommunalpolitiker: „Man kann einfach nicht noch mehr exportieren und importieren.“ Der dafür notwendige Transportverkehr schadet nach seiner Einschätzung dem Klima immens.

Im Einklang mit der Natur

Wie schwer es ist, nachhaltig, klimafreundlich und im Einklang mit der Natur zu leben, zeigt sich für ihn auch am Beispiel des Grafenaschauer Dorfladens. So ist es nicht möglich, die Milch von den nur wenige hundert Meter entfernten Bauern zu beziehen. „Unsere Bauern liefern ihre Milch nach Berchtesgaden in die Molke- rei, wo sie verarbeitet wird“, berichtet Mangold. Dabei legt die Milch rund 200 Kilometer zurück. Von Berchtesgaden werde sie nach Baden-Württemberg ins Zentrallager des Dorfladenlieferanten gefahren: „Insgesamt ist sie also 800 Kilometer unterwegs.“

Dahinter stecken Hygieneregeln der EU. Umgangen werden könnten die Touren nur dann, wenn die Gemeinde im Dorfladen ein Gerät zur Erhitzung der Milch einbaut: „Das müsste dann immer wieder amtlich kontrolliert werden.“ Unterm Strich würde dadurch die Milch zu teuer, dass niemand sie kaufen würde. Mangold: „Aus Hygienegründen dürfen wir auch kein Bauernbrot direkt vom Bauern abnehmen und im Dorfladen verkaufen.“

Mit Absurditäten wartet auch die Energieversorgung auf. So wollte die Gemeinde ein BHKW im Dorfladen installieren. Der erzeugte Strom sollte über die Straße ins Rathaus geschickt werden. Doch das geht nicht, so Mangold: „Wir werden von der Regierung gezwungen, dass wir den Strom für 12 Cent verkaufen, um ihn an anderer Stelle für 24 Cent zu kaufen“, da die Konzession zur Stromkabelverlegung für gewidmete Straßen dem Energieversorger obliegt. Und das, obwohl die Straße sowie die beiden Grundstücke von Dorfladen und Rathaus der Gemeinde gehören.

Beitrag zum Umweltschutz

Immerhin: Der Dorfladen funktioniert gut und leistet seit einem knappen Jahr einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Sogar von Murnau-Westried kommen die Menschen am Samstag ange- radelt, um hier einzukaufen. Die große Akzeptanz macht Mangold zuversichtlich, dass der Dorfladen in zwei Jahren schwarze Zahlen schreiben wird. Andere Dorfläden, die ähnlich euphorisch starteten, mussten nach einiger Zeit wieder schließen.

Zu den ambitioniertesten Initiativen der kommenden Monate gehört ein aktuell beantragtes Euro- regio-Projekt mit der Tiroler Gemeinde Reith bei Seefeld. Es trägt den Titel „Kleine Kommunen gemeinsam-eigenständig“. Gleichzeitig soll darauf hingewiesen werden, was sich gesetzlich ändern müsste, um kommunale Eigenständigkeit zurückzugewinnen. „In Osttirol sind wir außerdem mit einer Arbeitsgruppe aus Inner- villgraten in Kontakt“, berichtet Mangold. Hier geht es um regionale landwirtschaftliche Erzeugung und Vermarktung der Produkte in Dorf- und Hofläden. **Pat Christ**

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Was für ein symbolhaftes und emotionales Osterfest dieses Jahr! In Paris brennt Notre-Dame und in Sri Lanka werden Christen in der Kirche ermordet. Eine Aufforderung zur Besinnung.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam nach den Osterferien sehr nachdenklich ins Büro zurück.

Tatsächlich erlebten wir ja einen hochdramatischen Auftakt der Karwoche, als die Bilder der lichterloh brennenden Pariser Hauptkirche über die Bildschirme und die Seiten der Sozialen Medien liefen. Da haben sich sicherlich nicht nur die Herzen derjenigen zusammengezogen, die Paris lieben, es gerne besuchen und für die ein Besuch in oder ein Spaziergang um Notre-Dame herum einfach ein Muss beim Aufenthalt ist. Man sah doch förm-

noch, da waren fast eine Milliarde Euro an Spendengeldern zusammengekommen.

Aber unsere Welt ist nicht so, dass sich alle über so viel Großzügigkeit freuen würden oder man sie wenigstens nur unkommentiert zur Kenntnis nehmen würde. Nein, sofort wurde moralinsauer gefragt, ob es vertretbar ist, für ein Bauwerk Geld zu spenden, obwohl es auf der Welt so viel menschliche

Not gäbe. Kluge Leute zückten ihre Bleistifte, um auszurechnen, dass schon der Bau der gotischen Kathedralen im Mittelalter reine Geldverschwendung war und im Angesicht der Armut damals unverantwortlich.

Aber wie hätte sich die Menschheit aus dem Mittelalter lösen sollen, ohne das technische und naturwissenschaftliche Wissen, das durch den Kathedralbau erworben oder erprobt wurde? Vor allem aber ohne den geistigen und sozialen Fortschritt der Arbeitsteilung und der Zusammenarbeit auf einen höheren Zweck hin. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, weiß schon die Bibel. Klar, ob Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden oder Rettung von Notre-Dame – man könnte auch ohne diese steinernen Zeugen des Glaubens leben. Aber wollen wir auf diese Sinnstiftung verzichten?

Vor allem in einer Zeit, da das Christentum weltweit zum Objekt des Angriffs und des Hasses geworden ist. Im Vorderen Orient ist es bis auf Ägypten praktisch verschwunden. Die Anschläge am Ostersonntag auf der lieblichen Insel Sri Lanka galten gezielt Betenden in ihren Kirchen. Sollen wir ausgerechnet in solchen Zeiten in Europa die Zeugnisse unserer Zivilisation und Kultur beiseite räumen und unsere christlichen Wurzeln kappen?

Mein Chef, der Bürgermeister, will in unserer Stadt eine Spendenaktion für Notre-Dame organisieren, auch weil er nicht vergessen hat, wie viele Franzosen und andere für die Dresdner Frauenkirche gespendet haben. Hier muss Europa vereint stehen und die Mahnung des großen Denkers Umberto Eco ernst nehmen: „Wenn der Mensch aufhört, an Gott zu glauben, glaubt er nicht an nichts, sondern an alles Mögliche.“

ihre
Sabrina

Aufforderung zur Besinnung

lich, wie ein einmaliges Kulturdenkmal zugrunde ging. Ich hätte an diesem Montagabend nicht gedacht, dass auch nur eine Mauer stehenbleibt, zu mächtig türmten sich die Flammen, zu hilflos sahen die Lösversuche aus, zu dramatisch brach der Vierungsturm in sich zusammen. Notre-Dame schien zum Symbol der Vergänglichkeit des Irdischen zu werden, just an der Schwelle der Feiern zu Christi Tod und Auferstehung, dessen Glaubensbotschaft die Kathedrale verherrlichen sollte.

Dann die guten Nachrichten, die Zerstörungen sind zwar schwer, aber nicht durchgängig irreversibel. Der Dachstuhl verloren, aber die Mauern intakt und stark. Die Kunstwerke teilweise beschädigt, aber weitgehend restaurierbar. Vor allem aber wurde die Dornenkronen Jesu gerettet, jene Reliquie, die für die Gläubigen ein sichtbares Zeichen der Passion darstellt, das die Jahrhunderte und eben auch diese Katastrophe überdauert hat. Wer will da einem katholisch geprägten Herzen verübeln, wenn es bei aller Bewunderung für den Mut und die technische Kompetenz der Pariser Feuerwehrleute dennoch dem Wort „Wunder“ Raum gibt?

Bewundernswert auch die Bereitschaft, für den Wiederaufbau von Notre-Dame zu spenden. Die Trümmer rauchten buchstäblich

Regionaler Einkaufsführer für den Landkreis Donau-Ries

Aufruf an Direktvermarkter und Verkaufsstellen zur kostenlosen Beteiligung

Die Erstauflage des regionalen Einkaufsführers für den Landkreis Donau-Ries ist sehr gut angenommen worden. Nun wird eine zweite Auflage erstellt. Zusätzlich wird es auch eine Online-Anwendung geben. Alle Verkaufsstellen von regionalen Produkten aus dem Landkreis können sich in diesem Verzeichnis kostenlos darstellen. Das Landratsamt möchte allen Direktvermarktern und Betreibern von Läden mit regionalen Produkten die Möglichkeit geben, sich mit ihrem Angebot zu melden.

Das Konversionsmanagement des Landkreises Donau-Ries, das in der Stabsstelle Kreisentwicklung angesiedelt ist, beschäftigt sich seit einigen Jahren mit dem Thema Regionalität. Dazu gehört das mittlerweile sehr erfolgreiche und deutschlandweit einmalige Dorfladennetzwerk sowie Projekte, die regionale Produkte, also Erzeugnisse aus der näheren Umgebung, vermehrt in den Fokus bringen.

Eines dieser Projekte ist der „regionale Einkaufsführer für den Landkreis Donau-Ries“. Darin können sich Direktvermarkter und sonstige Verkaufsstellen regionaler Produkte aus dem Landkreis kostenlos präsentieren. Zudem stellt er eine Hilfestellung für die Bürgerinnen und Bürger auf der Suche nach authentischen Produkten aus dem Landkreis Donau-Ries dar.

Konversionsmanagerin Barbara Wunder betont: „Die große Nachfrage nach dem regionalen Einkaufsführer ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Endkonsument auf bewussteres Einkaufen größeren Wert legt. Regionale Produkte werden immer mehr geschätzt. Bei diesen

Erzeugnissen weiß der Verbraucher, wo sie herkommen.“ Als regional gelten Produkte, die innerhalb des Landkreises Donau-Ries angebaut und weiterverarbeitet werden. Die enge und gute Zusammenarbeit mit dem Erzeuger- und Gastronomenetzwerk Geopark Ries kulinarisch und den weiteren Kooperationspartnern des Einkaufsführers trägt einen großen Teil zum Erfolg bei.

Mehrwert für Direktvermarkter und Kunden

Auf etwa 100 Seiten werden eine Vielzahl unterschiedlicher regionaler Produkte präsentiert. In einem praktischen, handlichen und informativen Taschenbuchformat wird der regionale Einkaufsführer nun ein zweites Mal aufgelegt. Die Adressen sind übersichtlich nach Städten und Gemeinden geordnet. So findet jeder schnell regionale Anbieter in seiner Nachbarschaft. Der Einkaufsführer ist allerdings nicht nur eine Adressliste, sondern beinhaltet auch eine Übersicht der verschiedenen Regional- und Bio-Siegel und einen

Saisonkalender für Obst und Gemüse. Zusätzlich zu Rezepten aus dem Landkreis werden Informationen zu „Regionalen Superfoods“ aufgeführt. Mit dem regionalen Einkaufsführer wird ein Mehrwert für alle geschaffen, erläutert Landrat Stefan Rößle. So erhalten die Kunden eine Übersicht über die hochwertigen regionalen Produkte der Region und die Direktvermarkter und Läden können sich in hoher Auflage sehr prominent präsentieren. Dazu ist dieses Produkt für alle kostenlos.

Der regionale Einkaufsführer wird in diesem Jahr zusätzlich als App für alle Kunden zur Verfügung stehen. Auch die Online-Anwendung wird kostenlos sein. Somit kann der regionale Einkaufsführer des Landkreises Donau-Ries einem noch breiteren Kundenkreis zur Verfügung gestellt werden und die dargestellten Einträge erhalten eine noch größere Verbreitung in der Region.

Der neue Einkaufsführer ist ab Oktober bei den teilnehmenden Direktvermarktern und Läden, den Tourist-Informationen, im Landratsamt Donau-Ries und den Gemeindeverwaltungen der Region kostenlos erhältlich. Auch auf Messen, Konferenzen und ähnlichen Veranstaltungen wird der Einkaufsführer verteilt. Der Vertrieb und die Vermarktung des regionalen Einkaufsführers erfolgt durch das Konversionsmanagement Donau-Ries. □



V. l.: Landtagsabgeordneter Hans Herold mit Marlene Mortler und Diespecks Ersten Bürgermeister Dr. Christian von Dobschütz. pmw

CSU-Kreisverband Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim:

Jahresempfang im Zeichen der Europawahl

Beim Jahresempfang des CSU-Kreisverbandes Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim in Diespeck nannte Marlene Mortler, mittelfränkische Spitzenkandidatin der CSU zum Europäischen Parlament, „die Großfamilie als Modell auch für Europa: Zusammenhalten in guten wie schlechten Tagen“. Gerade angesichts globaler Herausforderungen und in unruhigen Konstellationen in vielen Regionen der Welt müsse Europa zu seiner Verantwortung stehen und friedenssichernden Einfluss nehmen.

Auf vielen Gebieten sei Europa schon recht gut, müsse aber noch besser werden. Innovation und Forschung müssten intensiviert werden, um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können, betonte Mortler, die – wenn die Wähler mitmachen – demnächst vom Deutschen Bundestag in das Europäische Parlament wechselt.

Schon in Berlin habe sie sich als agrar-, ernährungs- und umweltpolitische Sprecherin für ihren Berufsstand sowie für Klima und Natur stark gemacht, betonte die frühere stellvertretende Landes-

bäuerin. Und nachdem es zunehmend auf Entscheidungen aus Brüssel ankomme, wolle sie sich jetzt dort einbringen.

Mit Marlene Mortler „hätten wir wieder eine ausgewiesene Expertin im Parlament, was uns auch künftig die Unterstützung des ländlichen Raumes und damit unserer Heimat sichert“, stellt CSU-Kreisvorsitzender Hans Herold fest. Hinzu käme bei entsprechendem Wahlergebnis die einmalige Chance, mit Manfred Weber den Kommissionspräsidenten stellen zu können. **pmw**



Von links: Landrat Thomas Schiebel, Regiopolregion Mainfranken Asa Petersson, Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Sozialreferentin Hülya Düber, Integrationslotsin Laura Senger, Landrätin Tamara Bischof, Landrat Eberhard Nuss, Integrationslotse Tobias Goldmann (hinten), Integrationslotse Burkard Fuchs, Integrationslotsin Marion Stief. Bild: Thomas Stolzenberg

Integrationslotsen begründen Netzwerk in Mainfranken

Die Integration von geflüchteten Menschen endet nicht an Grenzen einer Kommune, folglich dürfen auch Unterstützungsangebote keine Gemeindegrenzen kennen. Aus dieser Einsicht heraus haben die Landkreise Kitzingen, Main-Spessart, Würzburg sowie die Stadt Würzburg eine engere Zusammenarbeit der jeweiligen Integrationslotsen beschlossen.

Hauptamtliche Integrationslotsinnen und -lotsen werden nach einer Pilotphase im Jahr 2017 seit Anfang 2018 flächendeckend durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und für Integration im gesamten Bundesland gefördert.

Landrätin Tamara Bischof, die Landräte Eberhard Nuss und Thomas Schiebel und der Würzburger Oberbürgermeister Christian Schuchardt unterzeichneten eine Kooperationsvereinbarung, mit der bürgerschaftliches Engagement durch Übergabemanagement vereinfacht wird, Vernet-

zung und gemeinsame Veranstaltungen über kommunale Grenzen hinweg möglich gemacht werden.

Die Vertreter der Landkreise und der Oberbürgermeister erklärten im Rahmen der Unterzeichnung übereinstimmend die Bedeutung einer übergreifenden Zusammenarbeit für das nachhaltige Gelingen von Integration. Die Regiopolregion Mainfranken wurde vertreten durch die Geschäftsführerin der Region Mainfranken GmbH, Asa Petersson. Sie bezeichnete Vielfalt und Zuwanderung als wesentlichen Faktor für die regionale Entwicklung. □

Kaniber schafft 15 neue Öko-Modellregionen

Bayern baut seine Spitzenstellung im Öko-Landbau aus. Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat das Landesprogramm zur Stärkung des regionalen Öko-Landbaus kräftig verstärkt. Künftig wird es in Bayern 15 neue staatlich anerkannte Öko-Modellregionen geben. „Ich möchte damit ein deutliches Zeichen setzen. Die Produktion heimischer Bio-Lebensmittel und das Bewusstsein für regionale Identität ist äußerst wichtig“, erklärte Kaniber.

Die 15 Regionen sind die Gewinner einer dritten Wettbewerbsrunde, bei der Kaniber zu nächst sechs neue Modellregionen ausloben wollte. Das Interesse an dem Wettbewerb war aber so groß und die Bewerbungen so qualitativ hochwertig, dass die Ministerin nun 15 Regionen zu Öko-Modellregionen erklärt. Eine Jury, besetzt unter anderem mit Vertretern aus der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Landesvereinigung für den Ökologischen Landbau und des Bund Naturschutz, haben die Bewerbungen geprüft und diese 15 Regionen als gut geeignet bewertet.

Etablierung regionaler Wertschöpfungsketten

In den Öko-Modellregionen, die zur Optimierung des Volksbegehrens zur Artenvielfalt dienen, werden zukunftsfähige Projekte zur Entwicklung des ökologischen Landbaus umgesetzt, regionale Wertschöpfungsketten etabliert und das Bewusstsein der Bevölkerung für bio-regionale Ernährung gestärkt. Erzeuger, Verarbeiter, Vermarkter und Konsumenten werden damit regional vernetzt.

„Das Ganze funktioniert auf freiwilliger Basis und ohne gesetzliche Vorgaben“ betonte die Ministerin. „Ich will, dass die Menschen die Produkte der Landwirte in ihrer Heimat wieder schätzen lernen und sich bewusst werden, dass regionale Produktion die nachhaltigste ist“, sagte sie.

Die Öko-Modellregionen werden vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unterstützt. 75 Prozent der Kosten für die Projektleiter-Stelle vor Ort werden bezahlt, maximal bis zu 75.000 Euro im Jahr. Die Förderung läuft zwei Jahre, kann aber um weitere drei Jah-

re verlängert werden. Das Gesamt-Fördervolumen beläuft sich auf knapp 1,5 Millionen Euro im Jahr.

Ökofläche mittelfristig verdoppeln

Bislang gab es zwölf Öko-Modellregionen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil des Landesprogramms „BioRegio Bayern 2020“, mit dem die Staatsregierung seit 2012 den Ökolandbau in Bayern unterstützt. Mittlerweile hat sich die Staatsregierung in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, mittelfristig die Ökofläche in Bayern zu verdoppeln. Derzeit bewirtschaften etwa 9.900 Ökobetriebe im Freistaat eine Fläche von über 350.000 Hektar.

Die 15 neuen Öko-Modellregionen:

- Fränkische Schweiz (Kommunen der Landkreise Bayreuth und Forchheim)
- Günztal (Kommunen der Lkr. Ostallgäu und Unterallgäu)
- Hochries-Kampfenwand-Wendelstein (im Landkreis Rosenheim)
- Integrierte Ländlichen Entwicklung (ILE) (Kom-Stiftland (im Landkreis Tirschenreuth)
- ILE Kulturraum Ampertal (im Lkr. Freising)
- ILE Passauer Oberland (im Lkr. Passau)
- Inn-Salzach (im Lkr. Altötting)
- Landkreis Ostallgäu
- Naturparkland Oberpfälzer Wald (im Lkr. Neustadt a.d. Waldnaab)
- Obermain-Jura (Kommunen der Lkr. Lichtenfels und Bamberg)
- Paartal (Lkr. Aichach-Friedberg)
- Pfaffenhofener Land (Lkr. Pfaffenhofen)
- Region Regensburg (Stadt und Landkreis)
- Siebenstern (im Lkr. Wunsiedel)
- Stadt.Land.Augsburg (Stadt und Landkreis).

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen unsere Einladung zum 7. Bayerischen WasserkraftForum und die Dokumentation des 4. Bayerischen InfrastrukturForums bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Landkreis-Gesundheitstage in Vilsbiburg:

Medizin zum Anfassen

Die Gesundheitstage des Landkreises Landshut in Vilsbiburg erfreuen sich weit über die Landkreisgrenzen hinaus großer Beliebtheit. Unter dem Motto „Medizin zum Anfassen – Sprechen Sie mit unseren Experten“ fanden in diesem Jahr mehr als 3.000 Besucher den Weg in die Stadthalle.

Chefärzte, Ärzte und Pflegekräfte der LAKUMED (Landshuter Kommunalunternehmen für Medizinische Versorgung) informierten über Therapien und Untersuchungsmethoden, sprich über alles, was der Gesundheit und der Gesundung dient. Auch viele niedergelassene Ärzte, Therapeuten, medizinische Experten sowie rund 50 Fachaussteller standen den zahlreichen Besuchern Rede und Antwort. Ein buntes Rahmenprogramm mit musikalischen und tänzerischen Einlagen trug zusätzlich zur Attraktivität der Fachmesse bei. Am zweiten Messetag wurde live aus der Stadthalle Vilsbiburg auf B5 aktuell das Gesundheitsmagazin übertragen. Thematisiert wurden hierbei die Schlaganfallversorgung sowie die Geburtshilfe in der ländlichen Region.

Sportverletzungen und Erkrankungen im Alter gedreht. Ihrer Meinung nach braucht Gesundheit nicht nur private, sondern auch öffentliche Aufmerksamkeit. Diese bekomme sie bei den Gesundheitstagen in Vilsbiburg reichlich. Der unkomplizierte, unmittelbare Kontakt sei das Besondere an der Veranstaltung. Die Landkreis-Gesundheitstage seien ein Anziehungspunkt für alle, die ihr Verhalten optimieren, Krankheiten vorbeugen und erfahren wollen, welche Behandlungsmöglichkeiten für welche Erkrankungen es im Landkreis gibt. Die Tele-Medizin mag eine Option sein, so Aigner, das persönliche Gespräch ersetzen könne sie aber nicht.

Versorgung auf Spitzenniveau

„Wir haben nicht alles in der Hand, wenn es darum geht, Krankheiten zu verhindern – aber es gibt doch vieles, was jeder und jede tun kann, die Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen“, hob Landshuts Landrat Peter Dreier hervor. Dazu müsse man aber vor allem wissen, wie es geht, was richtig ist, was hilft und auch, was es zu vermeiden gilt.

„Die Landkreis-Gesundheitstage sind ein Forum, auf dem wir deutlich machen, dass die Qualität der medizinischen Versorgung in der Region Landshut auch überregional keinen Vergleich zu scheuen braucht“, stellte Dreier fest. Im Gegenteil: „Unser Landshuter Kommunalunternehmen für medizinische Versorgung garantiert als größter medizinischer Dienstleister eine wohnortnahe Versorgung auf Spitzenniveau.“ DK

Prominenter Besuch

Höhepunkt des ersten Messtages war der Besuch der Schirmherrin der Landkreis-Gesundheitstage, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, und der ehemaligen Skistars Rosi Mittermeier und Christian Neureuther. In einer Talkrunde mit Landrat Peter Dreier sprachen sie über die persönliche Bedeutung von Gesundheit, über die medizinische Versorgung im ländlichen Raum und die Vorteile der Telemedizin.

Generationenprojekt

Für Ilse Aigner ist Gesundheit ein Generationenprojekt. Nicht von ungefähr habe sich vieles an den Informationsständen um die Themen Geburtshilfe,

LIEFERANTEN

GZ

NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.absperrpfosten.com

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau



ERLUS
Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung



erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gewerbekbau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale IT

www. **AKDB** .de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo



Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Recyclingbaustoffe



Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

Veranstaltungsort

Kantine
Werkstraße 11, 84513 Töging am Inn

Termin

Donnerstag, 23. Mai 2019, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr
Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller:
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Veranstalter

Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie das 7. Bayerische WasserkraftForum

Unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de →

Veranstaltung 2019 → Veranstaltungsort
können Sie direkt Ihre Route planen.

- ÖPNV: Die nächste Bahnstation ist Töging (Inn) in 1,1 km Entfernung.
- PKW: Parkplätze stehen direkt vor Ort zur Verfügung.

Tagungsbeitrag

- Für Teilnehmer aus den Kommunen, Behörden und Ministerien ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme an der Veranstaltung kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen GemeindeZeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Die Rechnungsstellung erfolgt bei Anmeldung.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische GemeindeZeitung
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171/9307-11
Telefax: 08171/9307-22
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-wasserkraftforum.de



7. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

Donnerstag, 23. Mai 2019
Einlass 9:00 Uhr
Kantine
Werkstraße 11, 84513 Töging am Inn
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die Themenübersicht.

Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-wasserkraftforum.de

ab 09:00 Uhr Eintreffen | Anmeldung der Gäste

10:00 Uhr Begrüßung

Anne-Marie von Hassel | Bayerische Gemeindezeitung

Grußworte Landrat Erwin Schneider, Landkreis Altötting
1. Bürgermeister Dr. Tobias Windhorst, Töging a. Inn

**Energiepolitik in Bayern –
Ziele, Rahmenbedingungen, Maßnahmen**

Ministerialdirigent Rudolf Escheu |

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie

Äthiopien - ein Land im Aufbruch

Ministerialrat Gregor Overhoff |

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

**Energiewende und Wasserrahmenrichtlinie in Bayern –
Wasserkraft ist Teil der Lösung**

Prof. Dr. Frank Pöhler | LEW Wasserkraft GmbH und VBEW e.V.

Habitate und Sedimente an großen Flüssen am Beispiel Inn
Georg Loy | Verbund Innkraftwerke GmbH

**Instandhaltung 4.0 – Die Optimierung von
Kraftwerksinstandhaltung auf Basis von Steuerungsdaten**

Peter Reiter | seamtec GmbH

„Kaplan taylor-made“ – Umbau im Bestand

Ein aktueller Erfahrungsbericht

Maximilian Faltlhauer | HSI - Hydro Engineering GmbH

Die Dialogturbine in der Kleinwasserkraft

Bernhard Zimmerling | Geppert GmbH

Rahmenprogramm - bitte ankreuzen ✓

Besucherinnen und Besucher des WasserkraftForums haben die Möglichkeit, sich zu einer Führung durch das Kraftwerk Töging der VERBUND Innkraftwerke anzumelden. Eine Anmeldung ist zwingend erforderlich, da es sich um eine in Betrieb befindliche Anlage handelt und eine Höchstbesucherzahl nicht überschritten werden darf. Die Anmeldung ist erst gültig, wenn diese von uns bestätigt wird.

Zudem haben wir am Vorabend, den 22.5. eine informelle Abendveranstaltung für angemeldete Besucher.

Kraftwerksführung 22.5. Abendveranstaltung 22.5. Kraftwerksführung 23.5.

auf Einladung der Initiative

Wasserkraft - Ja bitte!

Die Kraftwerksführung findet um 17:00 Uhr
statt. Maximal 25 Personen.

Die Abendveranstaltung findet im Restaurant
des Veranstaltungsortes Kantine statt.
Beginn 18:00 Uhr.

Die Kraftwerksführung findet im Anschluss an
das WasserkraftForum, vss 17:00 Uhr statt.
Maximal 25 Personen.

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie • Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
AC-Tec GmbH • AMServ Süd GmbH & Co. KG • F.EE GmbH • Geppert GmbH • HSI - Hydro Engineering GmbH • LEW Wasserkraft GmbH • OSSBERGER
GmbH + Co. KG • Rehart GmbH • seamtec GmbH • Stahlwasserbau Beeskow GmbH • Uniper Anlagenservice GmbH • Verbund Innkraftwerke GmbH •
Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e. V. - VWB

Anmeldung



Bitte melden Sie sich bis zum 17. Mai verbindlich 2018 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 17. Mai 2018 am 6. Bayerischen WasserkraftForum teil.

Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als:

Kommunalvertreter, Behörden
kostenfrei

GZ-Abonnent
55,-€
Kd.Nr.: _____

Wirtschaftsvertreter
95,-€

Name

Kommune | Behörde | Abteilung | Firma | Funktion

Dienstanschrift

Telefonnummer

eMail



4. Bayerisches InfrastrukturForum in München: Lebendige Ortsmitte

Zahlreiche kommunale Entscheider in Bayern verfolgen das Ziel, gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern in Städten und Gemeinden ein Wohn- und Lebensumfeld zu gestalten, das ihren differenzierten Bedürfnissen entspricht. Wie eine Ortsmitte lebendig gestaltet werden kann, wurde im Rahmen des 4. Bayerischen InfrastrukturForums der Bayerischen GemeindeZeitung in München eingehend erörtert. Dazu fanden sich in den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbands 220 Gäste sowie zwei Dutzend Partner bzw. qualitativ hervorragende Aussteller ein. Medienpartner des Forums war erneut TV Bayern live*.

Was macht die Menschen glücklich? Wie müssen Kinder, Alte, Kranke, Familien – in welcher Konstellation auch immer – leben können, damit sie sich in jeder Lebensphase wohlfühlen? Und was können/müssen die Kommunen dazu beisteuern? Dies sind laut GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel die entscheidenden Fragen in einer digitalisierten und globalisierten Welt. Achtsame Nachhaltigkeit dürfe nicht nur für die Natur gelten (Stichwort Bienenbegehren), sondern auch für die Menschen.

Im Grußwort des gastgebenden Bayerischen Bauindustrieverbands verwies Dr. Josef Wallner auf die Vorteile industrieller Bauweisen: So könne man die Kompetenzen bei Planen und Bauen besser bündeln; Vorfertigung ist häufig kostengünstiger und zudem bleibe dadurch die Belastung für die Anwohner geringer.

Die Referenten Armin Keller (Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr), Leonhard Rill (Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Matthias Simon (Bayerischer Gemeindetag),

Barbara Wunder (Konversionsmanagerin Landkreis Donau-Ries), Dr. Stefan Werner (Stadtmanager Wolfratshausen), Ingrid Schnaller (Vorsitzende des Werbekreises Einkaufsstadt Wolfratshausen e.V.), Julia Menzel-Härpfer (Geschäftsführerin City Points), Dr. Lore Mühlbauer (Regierung von Oberbayern), Wolfgang Schmidt (Bayern-Labo), Michael Leidl (Arc Architekten Partnerschaft mbB), Walter Bauer (1. Bürgermeister, Markt Eging a. See), Stefan Müller-Schleipen (immovativ GmbH), Herbert Köpplinger (MRK Management Consultants GmbH), Dr. Christoph Maier (maierwoelfert rechtsanwälte partnerschaft mbB), und Martina Dietrich (Planungsbüro Stadt und Raum, Amberg) boten hervorragende Beispiele dafür, wie erfolgreiche Kommunalpolitik auf den Fundamenten alter und veralteter Bausubstanz die Basis für zukunftsfähige Orts(kern)planung schaffen kann. ■

DOKUMENTATION IM INTERNET

Dieser Sonderdruck und die Vorträge – soweit sie freigegeben wurden – sowie die Links zu den Ausstellern stehen im GZ-Netzwerk www.anmelden.gemeindezeitung.bayern zum Download bereit.



Bis auf den letzten Platz gefüllt war der große Sitzungssaal in der Hauptgeschäftsstelle des Bayerischen Bauindustrieverbands.



Matthias Simon

Ganzheitlich und langfristig:

Strategien zur Ortskernentwicklung

„Ortskernrevitalisierung und Leerstandsmanagement – Strategien und Instrumente“ lautete das Vortragsthema von Matthias Simon, Referatsleiter Baurecht und Wasserrecht beim Bayerischen Gemeindetag. Simon verwies zunächst auf das BauGB, wonach mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden soll. Dabei seien zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. Die Notwendigkeit der Umwandlung ist zu begründen; dabei sollen Ermittlungen zu den Möglichkeiten der Innenentwicklung zugrunde gelegt werden, zu denen insbesondere Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken und andere Nachverdichtungsmöglichkeiten zählen können.

Simon verdeutlichte, dass Innenentwicklung und Nachverdichtung ganzheitlich, strategisch und langfristig angelegt sein müssten. Wichtig seien ein kommunales Flächenmanagement und die Erstellung eines Baulückenkatasters. Hierbei kann die Gemeinde sofort oder in absehbarer Zeit bebaubare Flächen in Karten oder Listen auf der Grundlage eines Lageplans erfassen, der Flur- und Flurstücksnummern, Straßennamen und Angaben zur Grundstücksgröße enthält (Baulandkataster). Sie kann die Flächen in Karten oder Listen veröffentlichen, soweit der Grundstückseigentümer nicht widersprochen hat. Die Gemeinde hat ihre

Absicht zur Veröffentlichung einen Monat vorher öffentlich bekannt zu geben und dabei auf das Widerspruchsrecht der Grundstückseigentümer hinzuweisen.

Im Geltungsbereich eines Bebauungsplans kann die Gemeinde den Eigentümer durch Bescheid verpflichten, innerhalb einer zu bestimmenden angemessenen Frist sein Grundstück entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplans zu bebauen oder ein vorhandenes Gebäude oder eine vorhandene sonstige bauliche Anlage den Festsetzungen des Bebauungsplans anzupassen, so Simon. Das Baugebot kann angeordnet werden, um unbebaute oder geringfügig bebaute Grundstücke entsprechend den baurechtlichen Vorschriften zu nutzen oder einer baulichen Nutzung zuzuführen, insbesondere zur Schließung von Baulücken. Ist die Durchführung des Vorhabens aus wirtschaftlichen Gründen einem Eigentümer nicht zuzumuten, hat die Gemeinde vom Baugebot abzusehen.

Als Strategien für Ortskernrevitalisierung und Leerstandsmanagement nannte Simon ein projekt- und/oder programmorientiertes Vorgehen (Dorferneuerung), ein einzelfallorientiertes Vorgehen mit Grundsatzbeschluss (Instrumentenkasten), eine städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahme (Satzungsrecht), ein Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept als Voraussetzung der Städtebauförderung (Interdisziplinäre Studie/ganzheitliches Vorgehen) sowie Leuchtturmprojekte wie Kooperationen, Genossenschaften oder Baudenkmäler.

Bei dieser „Generationenaufgabe“ bedarf es eines Gesamtkonzepts und des Einsatzes des gebotenen Mittels zur richtigen Zeit. Am Anfang steht immer der Aufbau von Wissen.

„Viele Dörfer haben sich inzwischen zu Donut-Dörfern entwickelt: im Kern leerstehende Wohn- und Wirtschaftsgebäude und aufgegebene Nahversorgungseinrichtungen und an den Ortsrändern immer weitere Wohn- und Gewerbegebiete“, hob Leitender Ministerialrat Leonhard Rill, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, hervor.

Vertrauen in die Kompetenz der Ämter für ländliche Entwicklung und das Bayerische Städtebauförderungsprogramm

Wie schaffen es ländliche Gemeinden, die Ortskerne wieder zu beleben und attraktiv zu gestalten und gleichzeitig Flächen zu sparen, so dass wie beim Krapfen das Beste in der Mitte ist? Sie haben Rill zufolge erkannt, dass sie auf den Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung setzen müssen. Und dass sie dabei auf kompetente und breit angelegte Unterstützung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung vertrauen können. Denn in der Dorferneuerung wird schon seit vielen Jahren Innenentwicklung als umfassende gemeindliche Strategie der baulichen, funktionalen und sozialen Entwicklung verstanden.

Um attraktive und lebendige Ortskerne zu schaffen und zu erhalten, setzt die Dorferneuerung darauf, das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Innenentwicklung bei Gemeindeverantwortlichen und Bürgern zu schärfen. Dazu ist es notwendig, die Vorteile von Wohnen und Arbeiten im Dorfkern aufzuzeigen, z. B. die hohe Lebensqualität einer lebendigen Ortsmitte, die kurzen Wege und schnelle Erreichbarkeit, den Erhalt von (Immobilien-)Werten oder auch das Sparen von Kosten. Hier kann die Dorferneuerung mit ihrer hohen Kompetenz in der Bürgermitwirkung wichtige Beiträge zur Sensibilisierung und Motivation der Bürger leisten, auch in Verbindung mit dem Angebot der drei bayerischen Schulen für Dorf- und Landentwicklung.

Zur Ermittlung der innerörtlichen Potenziale bietet die Ländliche Entwicklung mit dem „Vitalitäts-Check“ eine Arbeitshilfe an, die auf die Flächenmanagement-Datenbank des Landesamtes für Umwelt aufbaut. Darüber hinaus können Gemeinden und private Bauherren im Rahmen der Dorferneuerung für die konzeptionelle Arbeit und für die bauliche Umsetzung Fördermöglichkeiten nutzen. Beispielsweise können die Sanierung und Umnutzung von Gebäuden oder die Schaffung von dorfgerechten Einrichtungen zur Förderung der Nahversorgung, der Dorfgemeinschaft oder der Dorfkultur sowie viele weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Dörfer gefördert werden. Mit der Förderinitiative „Innen statt außen“ stehen zur Leerstands-beseitigung in ganz Bayern besonders attraktive Förderkonditionen zur Verfügung.



v.l. Leonhard Rill, Armin Keller

Laut Ministerialrat Armin Keller vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, der über die „Städtebauförderung für lebendige Stadt- und Ortsmitten in Bayern“ informierte, lassen sich mit dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm insbesondere landesspezifische Interessen verfolgen. Die Mittel werden für investitions-vorbereitende und – begleitende Maßnahmen (z.B. Planungen, ISEK oder Quartiersmanagement), Ordnungsmaßnahmen (z.B. Erschließungsanlagen, öffentliche →

Jetzt neues Förderdarlehen und Zuschüsse sichern!

Exklusive Wohnraumförderung für bayerische Gemeinden

Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) unterstützt der Freistaat Bayern zusammen mit der BayernLabo bayerische Gemeinden dabei, selbst preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Weitere Informationen unter ► www.bayernlabo.de oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB

 BayernLabo

Stellplätze, Öffentlicher Raum, Wohnumfeld, Grünflächen, Freilegung und Abbruch, Entsiegelung) und Baumaßnahmen wie z.B. Modernisierung, Instandsetzung und Umnutzung, Wohnungen und Gewerbe (unrentierliche Kosten), Einrichtungen des Gemeinbedarfs, Kultur und Kommunale Förderprogramme (z.B. Fassadeninstandsetzung, Hofbegrünung) zur Verfügung gestellt.

Die Zuschüsse betragen höchstens 60 Prozent der förderfähigen Kosten, wobei der kommunale Eigenanteil bei mindestens 40 Prozent liegt. Ein Sonderfall ist hier u.a. die Förderoffensive Nordostbayern in den Landkreisen Hof, Kulmbach, Kronach, Tirschenreuth, Wunsiedel und der Stadt Hof, wo der kommunale Eigenanteil auf 10 bis 20 Prozent reduziert ist.

Zuwendungsempfängerin ist grundsätzlich die Kommune, die die an sie gewährte Zuwendung mit dem kommunalen Eigenanteil (Pflicht) an private Bauherren weiterreichen kann. Die Städtebauförderung fördert subsidiär, das heißt nachrangig. Städtebauförderung ist freiwillige Leistung (auch der Kommune). Es besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung. Weitere aktuelle Initiativen sind nach Kellers Angaben die Förderinitiativen Innen statt Außen- und Flächenentsiegelung sowie Leerstand nutzen, Lebensraum schaffen, Revitalisierung von Industrie- und Brachflächen und Militärkonversion.

Mit der Initiative „Innen statt Außen“ werden die Gemeinden beim Flächensparen unterstützt. Der Freistaat übernimmt 80 Prozent der förderfähigen Kosten für die Projekte und unterstützt dabei die Kommunen, ihren Ortskern oder ihre Stadtmitte zu beleben. Besonders finanz- und strukturschwache Gemeinden erhalten sogar eine Förderung von bis zu 90 Prozent.

Lediglich einen Eigenanteil von 20 bzw. zehn Prozentpunkten müssen die Gemeinden bei Höchstförderung damit selbst stemmen, den Rest übernimmt der Freistaat Bayern.

Gefördert werden gemeindliche Maßnahmen, kommunale Förderprogramme für Modernisierung, Instandsetzung und ggf. Abbruch (keine Baudenkmäler) innerörtlicher, leerstehender oder vom Leerstand bedrohter Gebäude. Neben der Modernisierung und Instandsetzung von privaten Baudenkmälern und Ortsbild prägenden Gebäuden liegt der Fokus zudem auf der Belebung ehemals militärisch oder durch die Bahn genutzter Brachflächen sowie von Industrie- und Gewerbebrachen.

Förderinitiative zur Flächenentsiegelung

Bei der Förderinitiative zur „Flächenentsiegelung“ handelt es sich wiederum um eine bedarfsorientierte Entsiegelungsprämie. Die Gemeinden können ihre Brachflächen aufwerten und das Wohnumfeld mit neuen Grün- und Freiflächen attraktiver gestalten. Voraussetzung ist ein städtebauliches Konzept.

Mit Unterstützung der Städtebauförderung sind viele hervorragende Projekte entstanden. Dazu zählen die Neugestaltung des Marktplatzes in Tirschenreuth, die Wiederbelebung der Ortsmitte in Blaibach und Freyung, die Revitalisierung der Altstadt in Röttingen, die Neuordnung der Stadtmitte in Penzberg, die Dorflinde Langenfeld (Tagescafé als „öffentliches Wohnzimmer“ (Internetcafé, Weißwurstfrühstück), Iphofen mit öffentlichen Einrichtungen in der alten Schule und das Schönsee Centrum Bavaria Bohemia (Umbau des ehemaligen Kommunbrauhauses zum deutsch-tschechischen Kulturzentrum). ■



v.l.: Hermann Hammerl, Erster Bürgermeister der Gemeinde Kranzberg; Dr. Lore Mühlbauer, Regierung von Oberbayern; Wolfgang Schmidt, BayernLabo und im Hintergrund Franziska Röderstein, BayernLB.



Kein Strom?

Vertrauen Sie unseren sicheren
Unterflurverteilern aus Kunststoff.

Entscheiden Sie sich für Unterflurverteiler von Langmatz. Wir haben moderne Verteilssysteme für Strom, Wasser und Telekommunikation zur kreativen Marktplatzgestaltung entwickelt. Durch eine überflutungssichere Tauchhaube geschützt, jederzeit zugänglich und trotzdem sicher vor unbefugtem Zugriff.





Großen Zuspruch fanden auch die Vorträge im Seminarraum des Bayerischen Bauindustrieverbands.

Bezahlbarer Wohnraum, Fördermaßnahmen, Entwicklungspotenziale und Quartierslösungen:

Hilfestellungen aus der Praxis

„Bezahlbares Wohnen für die Mitte der Gesellschaft ist möglich“, hob RA Dr. Christoph Maier, Leiter Team Immobilie bei maierwoelfert rechtsanwälte partnerschaft mbB in München hervor. Er erläuterte, wie sich der Mietpreis zusammensetzt, da sich nur hieraus auch die Potenziale für bezahlbares (= gegenüber der Marktmiete günstigeres) Wohnen ableiten lassen. Demnach betragen – betrachtet auf einen Erstnutzungszeitraum von 30 Jahren – die Anteile für das Grundstück sowie Planen und Bauen jeweils rund 30 %. Weitere 10 % gehen als Projektgewinn an den Projektentwickler/ Bauträger. 8 % müssen für die Instandhaltung und die nicht direkt auf den Mieter umlegbare Verwaltung bezahlt werden, während der restliche Anteil von ca. 22 % als Gewinn beim Vermieter bleibt. Der kommunale Wohnungsbau kann bei Grundstück, Bauträger- und Vermietergewinn ansetzen und so erheblich günstigere Mieten bieten.

Dass Investitionen in die Wohnbauförderung langfristig sowohl sozial als auch ökonomisch ertragreich sind, zeige das Beispiel Wien. Der Wohnungsmarkt in der Bundeshauptstadt ist traditionell ebenso wie derjenige in München überwiegend ein Miet-

wohnungsmarkt. 25 % der Wiener Stadtbevölkerung wohnt im „Gemeindebau“ von Wiener Wohnen, der größten kommunalen Hausverwaltung Europas. Weitere 35 % der Wiener leben in von der Stadt geförderten Wohnungen sozialer Bauträger. Durch

den kommunalen und den geförderten Wohnbau erfährt auch der private Wohnungsmarkt eine erhebliche Preisdämpfung: 8 Euro beträgt die aktuelle Nettodurchschnittsmiete in Wien, während in München 17 Euro zu befragen sind.

maierwoelfert hat gerade für kleinere Kommunen ein einfaches und transparentes SOBON-Modell zur Grundstücksbeschaffung für den kommunalen Wohnungsbau maßgeschneidert:

- *Notarieller Vertrag mit kaufvertraglichen und städtebaulichen Inhalten*
- *Gemeinde erwirbt hälftigen Miteigentumsanteil unbeplant und stellt Baurecht in Aussicht*
- *20 % aus Gesamtfläche werden in Umlegung einvernehmlich als Erschließungsflächen herausgemessen*
- *Gemeinde übernimmt alle Folgeaufwendungen und Folgekosten*
- *Veräußerer erhält in Umlegung 40 % erschließungsfreies Bauland*
- *Gemeinde erhält in Umlegung die restliche Fläche (40 %) für kommunalen Wohnungsbau.*

Abgesichert wird die Umsetzung durch eine Angemessenheitsbeurteilung auf der Basis konkreter Kostenwerte und einer sachverständigen Ermittlung der Bruttowertsteigerung. Mindestens 1/3 dieser Wertsteigerung sollen dem planungsbegünstigten Grundstückseigentümer verbleiben. RA Dr. Christoph Maier: „Mit diesem kooperativen Vorgehen entsteht eine Win-Win Situation für Eigentümer, Kommunen und Mieter.“ →

Ein Sonderthema ist das bezahlbare Wohnen. Hier kann erst ein entsprechender städtebaulicher Vertrag die Anspruchsgrundlage bilden. Es muss daher zunächst entweder ein begleitender städtebaulicher Zielbindungsvertrag gem. § 11 Abs. 1 Nr. 2 BauGB geschlossen werden oder – einfacher – die entsprechende Verpflichtung in demselben Vertrag begründet werden, einen gewissen Prozentsatz an bezahlbarem Wohnraum zu errichten. Im zweiten Schritt wird dann vereinbart, dass diese Verpflichtung durch die Gemeinde für den Eigentümer übernommen wird. Der mit einer Abwicklung durch die Gemeinde verbundene Vorteil kann dann abgelöst werden.

KommWFP

Der Freistaat Bayern hat mit dem „Wohnungspakt Bayern“ ein umfangreiches Maßnahmenpaket für die Schaffung von preisgünstigerem Wohnraum aufgelegt. Mit dem kommunalen Wohnraumförderprogramm (KommWFP), der zweiten Säule des Wohnungspakts Bayern, unterstützt der Freistaat Bayern Gemeinden



RA Dr. Christoph Maier

dabei, selbst angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu planen und zu bauen, wie Wolfgang Schmidt von der BayernLabo erläuterte. Antragsberechtigt sind ausschließlich Gemeinden bzw. Zusammenschlüsse und Zweckverbände. Die Gemeinden müssen Eigentümer der geförderten Wohngebäude bleiben, können aber zur Umsetzung der Maßnahmen Dritte wie beispielsweise kommunale oder kirchliche Wohnungsunternehmen beauftragen.

Gefördert werden die Errichtung, der Umbau und die Modernisierung von Mietwohnungen. Förderfähig sind auch der Grunderwerb (Grundstücke,

leerstehende Gebäude) und das Freimachen von Grundstücken (Abbruchmaßnahmen, Entsiegelung), soweit sie im Zusammenhang mit den baulichen Maßnahmen stehen. Daneben ist auch der Ersterwerb von neu errichteten Wohngebäuden förderfähig, d.h. die Baugenehmigung für das Gebäude muss nach dem 9.10.2015 erteilt worden sein.

Die Förderung setzt sich zusammen aus einem Zuschuss in Höhe von 30 % der förderfähigen Kosten sowie einem zinsverbilligten Darlehen der BayernLabo in Höhe von bis zu 60 % der förderfähigen Kosten. Der Eigenanteil der Gemeinden beträgt mindestens 10 %. Dieser kann auch durch ein bereits im Eigentum der Gemeinde befindliches Grundstück erbracht werden. Gefördert werden auch vorbereitende Maßnahmen wie Planungen und Gutachten (zum Beispiel Wohnraumkonzepte, Fachgutachten und Wettbewerbe) mit einem Zuschuss in Höhe von 60 % der förderfähigen Kosten. Die Darlehenslaufzeit ist wählbar zwischen 10, 20 und 30 Jahren. →

Grundstücksbeschaffung für kommunalen Wohnungsbau

„Das SOBON-Modell von maierwoelfert ist besonders gut geeignet für kleinere Kommunen, einfach und transparent.“

RA Dr. Christoph Maier



**Jetzt
beraten
lassen!**

Telefon 089 411 115 678
info@maierwoelfert.de
www.maierwoelfert.de

maierwoelfert
bau immobilie energie

Die Zielgruppe des kommunalen Förderprogramms, das mindestens bis 2025 fortgeführt werden soll, umfasst Haushalte, die sich aus eigener Kraft nicht am Wohnungsmarkt versorgen können. Die Wohnungen sollen in angemessenem Umfang auch anerkannten Flüchtlingen entsprechend dem Bedarf vor Ort zur Verfügung gestellt werden.

Die Förderung von Mietwohnraum in der staatlichen Einkommensorientierten Förderung (EOF) besteht laut Dr. Lore Mühlbauer (Regierung von Oberbayern) aus zwei Darlehen und einem Zuschuss für den Bauherrn sowie einem laufenden, einkommensabhängigen Zuschuss zur Wohnkostenentlastung für die begünstigten Haushalte. Die Antragsteller haben die Wahlmöglichkeit zwischen einer 25-jährigen und einer 40-jährigen Belegungsbindung.

Das objektabhängige Darlehen wird in Form eines Festbetrags je qm geförderte Wohnfläche in Höhe von bis zu 50 % der maßgeblichen Kostenobergrenze gewährt.

Der Bauherr erhält als Grundförderung das objektabhängige Darlehen (0,5 % Zins und 1 bis 4 % Tilgung, pauschal je qm Wohnfläche, aktuell 1.000 Euro/qm) und das belegungsabhängige Darlehen (1,75 % Zins, 1 % Tilgung, Bindungsdauer wahlweise zwischen 25 und 40 Jahren, Zinssatz über gesamte Laufzeit fest). Die Höhe des belegungsabhängigen Darlehens ist abhängig von der jeweils anfänglichen Einkommensstufe des Mieterhaushaltes.

Zusätzlich zu den genannten Baudarlehen wird ein allgemeiner Zuschuss in Höhe von maximal 300 Euro/qm gewährt, berechnet aus den erforderlichen Mietzuschüssen für die Bewohner (Zinserträge decken zum Teil Mietzuschüsse, Rest aus „BayernPool“). Die Mietverträge orientieren sich an den ortsüblichen Mieten vergleichbarer Objekte, Mieterhöhungen sind nach BGB möglich, jedoch nicht in den ersten fünf Jahren nach Bezugsfertigkeit.

Um die Miete auf ein zumutbares Niveau abzusenken, können die Mieterhaushalte in der EOF einen einkommensabhängigen Zuschuss erhalten, der die Differenz zwischen zumutbarer Miete und ortsüblicher Miete ausgleicht.

Die geförderten Wohnungen sind entsprechend dem Zweck der Zuwendung an einkommensschwache Haushalte zu ver-

mieten. Orientieren soll man sich hier an den Einkommensgrenzen der sozialen Wohnraumförderung. Diese wurden zum 1.05.2018 angehoben. Wichtig ist, dass es sich hier um das bereinigte Jahreseinkommen handelt. Pauschalen für Einkommenssteuer, Altersvorsorge und Rentenversicherung sowie Kranken und Pflegeversicherung wurden bereits in Abzug gebracht.



Dr. Lore Mühlbauer

Die Kommunen sollen zukünftig die innerörtliche Nachverdichtung vorantreiben, indem sie Brachflächen und Baulücken aktivieren. Für eine belastbare Bewertung von verfügbaren und relevanten Bauland- und Innenentwicklungspotenzialen sollen vorhandene und mobilisierbare Baulücken, Brachen und Nachverdichtungsflächen erfasst, analysiert und dokumentiert werden. Die Firma immovativ GmbH bietet laut Stefan Müller-Schleipen mit ihrer Software sowie einer dazugehörigen Applikation, die per iPad betrieben wird, den Kommunen die Möglichkeit, genau diesen Prozess zu digitalisieren. Über die Applikation können die innerstädtischen Flächenressourcen digital erfasst und verwaltet werden. Bereits zuvor von der Kommune oder dem Kreis erhobene Daten können ebenfalls per Schnittstelle in die Datenbank eingepflegt werden. So können die Daten stets auf dem neuesten Stand gehalten und die Mitarbeiter der Kommune entlastet werden.

Die Software bietet zudem den Städten und Gemeinden die Möglichkeit, Bauland mit großer Reichweite online zu präsentieren und Wohn- und Gewerbegebiete als Karte mit interaktivem Grundstücksplan darzustellen. Die Anfragenverwaltung kann die Kommune in einem geschützten Verwaltungsbereich in der Software selbständig vornehmen. Damit diese Flächen auch in Google von möglichen Investoren gefunden werden, kann die Kommune ein eigenes kommunales Immobilienportal (KIP | Die kommunale Immobilienplattform) betreiben. Die Fir-

ma immovativ GmbH hat bereits jeder Kommune in Deutschland ein solches Immobilienportal eingerichtet. Wenn die Kommune es in ihre Homepage integriert und die eigenen kommunalen Flächen dort einstellt, werden diese in Google leichter gefunden.

Die hessische Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Hessen Trade & Invest hat schon vor etlichen Jahren erkannt, wie wichtig es ist, die in Hessen zur Verfügung stehenden Flächen so im Internet zu präsentieren, dass potenzielle Investoren die Flächen bei der Suche über Google leicht finden können. Bereits seit 2013 steht den Städten und Gemeinden in Hessen mit KIP | Die kommunale Immobilienplattform ein Werkzeug zur Verfügung, um den eigenen lokalen Immobilienmarkt reichweitenstark und suchmaschinenrelevant auf der eigenen kommunalen Homepage zu präsentieren.



Stefan Müller-Schleipen

Das Standortinformationssystem des Landes Hessen (www.standorte-in-hessen.de), auf dem anfänglich nur Gewerbeflächen und -immobilien zu finden waren, wurde im Funktionsumfang inzwischen deutlich erweitert. Derzeit greift die Plattform auf knapp 15.000 Immobilienangebote aus dem KIP-Hessen zurück und ist damit ein wichtiges Vermarktungsinstrument für die hessischen Kommunen und die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Diese Verzahnung der unterschiedlichen Ebenen – von der Kommune über die Landkreise bis hin zum Land – ist einer der wichtigsten Punkte bei der Umsetzung der Plattform. Unternehmen, die auf der Suche nach einem neuen Standort sind, aber auch potenzielle Neubürger werden über KIP digital und reichweitenstark im Internet informiert und bieten der Kommune ein modernes Standortmarketingtool.

Mit zunehmender Urbanisierung wachsen Lebens- und Arbeitsräume immer mehr zusammen. Zukunftsorientierte →

Quartiere zeichnen sich heute dadurch aus, dass sie einen ressourcenschonenden, energieeffizienten Bau und Betrieb mit einer hohen Lebens- und Aufenthaltsqualität verbinden.

Vernetzung von Infrastruktur und IKT

Quartiere sind nach den Ausführungen von Herbert Köpplinger, MRK Management Consultants GmbH, in sich geschlossene Stadtteile, neue Siedlungen, aber auch Business- Gewerbe- und Technologieparks bis hin zu Produktionsanlagen oder Flughäfen. Ein Beispiel für einen Gewerbepark stellt der Südwestpark in Nürnberg dar, in welchem auch die MRK eine Niederlassung besitzt. Hier sind insgesamt 230 Unternehmen mit 8.000 Angestellten auf einer Fläche von 190.000 qm angesiedelt.

Für die Gestaltung solcher Quartiere ist die enge Vernetzung von Infrastruktur, Kommunikation & IKT, Energie und Mobilität Voraussetzung. Die Infrastruktur umfasst die Strom- und Wärmeversorgung über einen barrierefreien Ausbau der Inf-

rastruktur bis hin zur Installation von Ladestationen. Ziel ist es den Anteil der dezentralen und regenerativen Energieerzeugung in einem Quartieren zu steigern und es im Idealfall energieautark zu gestalten. Die Mobilität kann unter anderem durch den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, einem Flottenmanagement oder aber auch durch Carsharing optimiert werden. Das Element Kommunikation & IKT vernetzt auf allen Ebenen, beispielsweise durch eine Quartiers-App.

Durch Shared Services besteht für die angesiedelten Unternehmen die Möglichkeit, diverse Dienstleistungen, Maschinen oder Angebote in Quartieren gemeinsam zu nutzen. So können beispielsweise die Kosten effizient verteilt, die Qualität verbessert und ein hoher Grad an Innovation erreicht werden. Kleinere Unternehmen können dank Shared Service Ansätzen kostenintensive Anschaffungen wie 3D-Drucker stemmen und die Verfügbarkeit von Produkten oder Dienstleistungen durch die dadurch entstehende räumliche Nähe optimieren. Die MRK leistet mit dem Quartierskonzept einen prakti-



schen Beitrag zur Energie- und Mobilitätswende: Das Unternehmen lädt sowohl innovative und lokale Partner, Kommunen, Kommunale Betriebe aber auch Betreiber von Gewerbe- und Businessparks ein, dieses Konzept in die Praxis umzusetzen. Für einen erfolgreichen Projektstart schlägt die MRK vor, dass die notwendigen lokal spezifische Thematiken innerhalb von Arbeitsworkshops zusammengetragen und ausgewertet werden. Durch methodisches Vorgehen und eine pragmatische Umsetzung können somit vorhandene Potenziale schneller erkannt und umgesetzt werden. ■

Kopf hoch!

Komm zu erdgas schwaben!

Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!

erdgas-schwaben.de



**erdgas
schwaben**
sicher, günstig, nah



v.l. Julia Menzel-Härpfner, Dr. Stefan Werner, Ingrid Schnaller

Zukunftsfähige Orts(kern)planung:

Beispiele aus Kommunen

Wie sich aktive Innenentwicklung im Landkreis Donau-Ries darstellt, erläuterte Konversionsmanagerin Barbara Wunder. Ihren Worten zufolge läuft das Modellprojekt Flächenmanagement und Innenentwicklung bereits seit April 2015. Da es eine solche Initiative bisher nur wenige Male in Bayern gibt, habe der Landkreis Donau-Ries eine Vorreiterrolle inne. Mit einem innovativen Konzept werden nun in den nächsten Jahren die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger bei der Innenentwicklung unterstützt.

Unter dem Motto „Ortskern aktiv!“ werden bis 2021 zahlreiche neue Maßnahmen durchgeführt. So wird es ab sofort Gutscheine für eine kostenlose Erstbauberatung geben. Eigentümer oder Personen, denen ein Erwerbsinteresse nachgewiesen werden kann, können für Leerstände und Baulücken in den historisch gewachsenen Ortskernen eine Erstbauberatung durch vier Architekturbüros landkreisweit erhalten.



Barbara Wunder

Verfügung. Für eine nachhaltige positive Entwicklung der Ortskerne ist es notwendig, die Kommunen weiterhin zu unterstützen und Serviceangebote bereitzustellen. So wird für die 44 Kommunen des Landkreises in den nächsten Jahren eine detaillierte Wohnraumstudie erstellt, für die neu geschaffene Immobilienbörse und die Flächenmanagementdatenbank des Landesamtes für Umwelt werden Schulungen angeboten

und Beratungen zu modernen Steuerungsmöglichkeiten der Innenentwicklung durchgeführt. Dieser Service ist für die Kommunen kostenlos.

Als Servicestelle für Kommunen und die Bürgerschaft steht das Konversionsmanagement rund um das Thema Flächenmanagement und Innenentwicklung zur Verfügung.

Beispiel Wolfratshausen

Gemeinsam mit Ingrid Schnaller, Vorsitzende Werbekreis Einkaufsstadt Wolfratshausen und Julia Menzel-Härpfner von City Points stellte Stadtmanager Dr. Stefan Werner das gemeinschaftliche Standortmarketing der historischen Flößerstadt vor. Werner zufolge ist das Stadtmanagement eingebettet in die Stabsstelle „Stadtmanagement, Kultur, Wirtschaft & Touristik“ und übernimmt die Funktion eines Bindeglieds zur Koordination eines gemeinschaftlichen Stadtmarketings. →

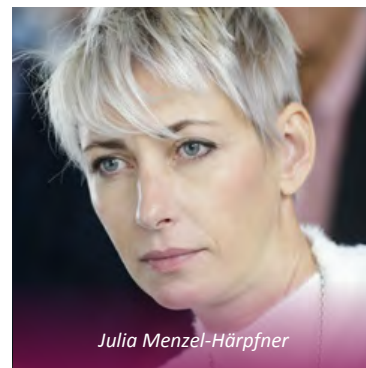
Um die Belebung und Entwicklung der Orts- und Stadtkerne zukunftsfähig und erfolgreich gestalten zu können, sind in den nächsten Jahren umfangreiche Informationsangebote für alle Bürgerinnen und Bürger geplant. So gibt es heuer eine kostenlose Vortragsreihe zu den Themen „Barrierefreies Wohnen“, „Energetisches Sanieren“ und „Erwerb und Sanierung im Bestand“. Zudem wird ein Empfang für Innenentwickler durchgeführt. Hierbei werden gute Beispiele im Bestand vorgestellt und die Personen, die einen Leerstand oder eine Baulücke saniert oder bebaut haben, geehrt. Die guten Beispiele der Innenentwicklung werden außerdem landkreisweit vermarktet. Unter www.donauries.bayern/wohnen steht auch eine Immobilienbörse für innerörtliche Leerstände und Brachflächen zur Verfügung.

Interessierte können sich auf der neuen Plattform umfassend über den Kauf informieren. Es stehen Exposés von Leerständen und Baulücken in den Ortskernen zur



Wolfratshausen setzt auf gemeinschaftliches Standortmarketing.

Foto: Michielverbeek (CC BY-SA 3.0) Wikipedia



Julia Menzel-Härpfner

Werners Augenmerk liegt auf folgenden vier Arbeitsschwerpunkten:

1. Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK)
2. Profilierung durch Dachmarkenkonzept
3. Strategie für Gewerbe, Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistung
4. Kommunikation und Koordination.

Parallel zum Dachmarkenprozess werden die vorhandenen Marketinginstrumente der Stadt weiterentwickelt. Dazu zählen Printprodukte zur strategischen Imagearbeit (zum Beispiel die zweite Auflage des „Gutscheinbuchs für Einkaufen und Erleben“ und die „Stadtkarte für Einkaufen und Erleben“), das Social-Media-Marketing mit Schwerpunkt auf Blog, Facebook und Instagram sowie die Einführung einer digitalen Plattform für das Standortmarketing in Zusammenarbeit mit den Gewerbetreibenden der Stadt.

Hier kommt die Zusammenarbeit mit City Points in Spiel. Ziel dieses multimedialen und visualisierenden Marketersystems für Gewerbetreibende, Einzelhändler, →

Bayern Grund
IHR STARKER PARTNER
RUND UM DIE KOMMUNALE
IMMOBILIENENTWICKLUNG

www.bayerngrund.de

Wussten Sie schon?

Wir können auch Innenentwicklung.

- ✓ Im Rahmen der Gesamtkoordination alles aus einer Hand
- ✓ Interdisziplinäres Team im Haus und ein breites Netzwerk von externen Partnern
- ✓ Umfangreiche Referenzen zu verschiedensten Aufgabenstellungen

Bayern Grund



v.l. Helmut Haider, 1. Bürgermeister Stadt Vilsbiburg und Walter Bauer, 1. Bürgermeister Markt Eging a. See

Dienstleister und Gastronomen aus Stadt und Region ist es, besondere Reize zu schaffen, um die Anwohner und Besucher wieder in die Innenstädte bzw. in den Laden zu bekommen. „Einkaufen und Shoppen muss im Einzelhandel wieder zum Erlebnis werden“, bekräftigte Geschäftsführerin Julia Menzel-Härpfnr.

CityPoints kümmert sich nachhaltig um die Gewerbetreibenden. Kooperationen und Kommunikation sind die zukunftsträchtigen Strategien für eine gesicherte Zukunft in der Stadt. Die verwendeten Kommunikationstools bestehen aus City Points Digital (App für Android und iOS, Website, Kiosksysteme für die Öffentlichkeit, Events, Angebote und Aktionen), City Points Lifestyle (Mitnahmekarten, Flyer, Magazin, Events, Aktionen und Angebote) und City Points Social (Blog, Imagefilme, Kundenaktivierung und Verbreitung). Diese Tools müssen letztlich ineinander greifen, um unterschiedliche Zielgruppen (alt, jung, Anwohner, Besucher, digital aufgeschlossen, digital nicht aufgeschlossen) zu erreichen und anzusprechen.

Aufgabe des Werbekreises Einkaufsstadt Wolfratshausen ist es nach den Worten der Vorsitzenden Ingrid Schnaller, nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit alle am wirtschaftlichen Wachstum und Wohle der Stadt Wolfratshausen interessierten Kräfte zu bündeln, um mit geeigneten Maßnahmen der Werbung die Anziehungskraft des örtlichen Handels und Gewerbes zu fördern und zu stärken.

Mit Aktionen wie Christkindlmarkt, Martini- und Kirchweih-Marktsonntagen mit besonderen Attraktionen oder einem „Dinner en Blanc“ an der alten Floßlände, das rund 400 Teilnehmer aus dem ganzen Umland anzog, „haben wir es erfolgreich geschafft, uns zu etablieren“, betonte Schnaller. Tendenz steigend.



Martina Dietrich

Erst kürzlich führte der Werbekreis gemeinsam mit der Organisation „Klimafrühling Oberland“ am Mitfefastenmarkt eine „Heimat.Wasser“-Aktion durch. Der Werbekreis wagte sich an das Projekt, den Wolfratshausern den hohen Wert unseres Trinkwassers zu beweisen – auch der Klimaschutz spielte eine wichtige Rolle. Mit Unterstützung durch Wolfratshausens privat-öffentlichen Projektfonds entstand ein Informationsstand mit den Stadtwerken, eine Wasser-Verkostung und ein hochwertiges Give-Away, um die Bürger zu mehr Nachhaltigkeit anzuhalten.

Beispiel Markt Eging a. See

Im Gegensatz zu Wolfratshausen verfügt die im Landkreis Passau gelegene Marktgemeinde Eging a. See mit seinen 4.300 Einwohnern über keine spürbare Ortsmitte. Die Mischgebietsfunktionen sind über einen weiten Bereich der ursprünglichen Straßenzüge erstreckt, der im Verhältnis zur Versorgungsfunktion dieses Bereiches heute zu groß ist, und haben deshalb mit Leerständen zu kämpfen, berichtete 1. Bürgermeister Walter Bauer. →

Das soll sich nun ändern. Eging benötigt ein neues Rathaus und möchte dies, zusammen mit einem Wohn- und Geschäftshaus zur Stärkung der Ortsmitte am Marktplatz platzieren. In diesem Zusammenhang soll der Marktplatz als attraktive Mitte von Eging neu gestaltet werden. Das städtebauliche Leitbild zeigt die Idee, den Mischgebietsbereich in seiner Größe zu begrenzen und mit Schwerpunkten zu den Themen Versorgung, Markt/Mitte und Kultur aufzuwerten, die wie Perlen auf dem Ost-West-verlaufenden Straßenzug der Ortsmitte sitzen und Besuchsanlässe bieten.

Bürgerstolz

Das aus einem Architektenwettbewerb hervorgegangene Siegerteam setzte bei seinem Entwurf auf einen menschlichen Maßstab von Platz und Gebäuden, die Nutzung der topographischen Besonderheiten (Ausblick, Landschaft), eine Platzfläche die Veranstaltungen für und durch die Bürger ermöglicht, informelle Treffpunkte sowie Stellplätze in kürzester Entfernung. Rathauschef Bauer freut sich auf eine sorgfältig und qualitativ gestaltetete neue Ortsmitte, auf die die Eginger Bürger stolz sein könne.

Beispiele Kümmersbruck und Ebermannstadt

In den 1970er und 80er Jahren, als es sich breite Bevölkerungsschichten leisten konnten, entfaltete der Traum vom Häuschen im Grünen in suburbanen Räumen sein ganzes Potenzial. Wie überall lassen sich die Siedlungsentwicklungen durch die Ausweisung großflächiger Einfamilienhauswohngebiete auch vor den Toren Ambergs beobachten, stellte Dipl. Ing. Univ., Martina Dietrich (Stadt und Raum) fest.

Neben vielen weiteren Amberger Umlandgemeinden fungieren Kümmersbruck und Ebermannsdorf, lagegünstig an den Autobahnausfahrten der A6, als Flächenspende für Gewerbe und preiswertes Wohnbauland. Heute ist die alternde und langfristig schrumpfende Bevölkerung auf dem Lande mit der Frage nach der Grundversorgung konfrontiert. Zum Werterhalt des in die Jahre gekommenen Wohnhauses, bei der weiteren Baulandausweisung und für den gerade wieder entdeckten Ortskern als dörflichen Identitätsträger rücken in der kommunalen Debatte die Forderung nach zentralen Versorgungseinrichtungen und die Mobilitätsfrage in den Vordergrund.

Den Gemeinden stehen vielfältige Förderprogramme wie „Orts schafft Mitte“, „Aktive Ortszentren“ oder „Innen statt Außen“ zu Verfügung. Und doch: Das passgenaue Bauprogramm im Schatten der kreisfreien Stadt, die Entwicklung von umsetzbaren Abschnitten, die Bauträgerschaft und die spätere Finanzierung des Unterhaltes der Einrichtungen sind vielgestaltige Herausforderungen, konstatierte Dietrich.

Entscheidend für den guten Einstieg in die Ortsmitteneentwicklung sind daher die Begleitung der Kommune bei der Definition der Aufgabenstellung sowie die Vermittlung und Durchführung geeigneter Planerauswahlverfahren wie der „Wettbewerbliche Dialog“ oder der „Einladungswettbewerb nach RPW“. Die Unterstützung dünn besetzter Bauverwaltungen ist ebenso notwendig wie der gelassene Umgang und die Moderation oft heftig aufflammender Bürgerbeschwerden. →



FriedWald - Neue Möglichkeiten für eine ertragreiche Waldnutzung

Nutzen Sie unsere kostenlose Standortanalyse

Die Bestattung in einem FriedWald gewinnt zunehmend an Zuspruch. Sie ist eine moderne Bestattungsform, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht.

Die FriedWald GmbH ist Wegbereiter in der Naturbestattung und bietet eine leistungsstarke Partnerschaft nach Maß. Unsere individuellen Kooperationsmodelle garantieren Ihnen hohe Flexibilität mit einem leistungsstarken Partner. Unsere Mitarbeiter prüfen nach ersten Vorgesprächen in einer kostenlosen Standortanalyse, ob Ihr Wald geeignet ist und ob weitere Kriterien für eine erfolgreiche Umsetzung des FriedWald-Projekts erfüllt werden.

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf - wir beraten Sie gerne auf dem Weg zu Ihrem FriedWald.

Ihre Ansprechpartnerin:

Sarah Jennewein, FriedWald-Standortentwicklerin für Bayern
 Telefon: 06155 848-243
 E-Mail: Sarah.Jennewein@friedwald.de
www.friedwald.de/portal/standortentwicklung/

**FriedWald GmbH • Im Leuschnerpark 3
 64347 Griesheim • Tel.: 06155 848-100
info@friedwald.de • www.friedwald.de**



Michael Leidl

Dietrich: „In Ebermannsdorf und Kümmersbruck sind Ortsmittenentwicklungen in Gang gesetzt worden, die neugierig machen, da sich deren Projektstruktur modellhaft auf viele kleinere Kommunen übertragen lassen.“

Der richtige Ort ist immer die Ortsmitte.

„Für eine starke Ortsmitte müssen wir diejenigen Informationen und Bilder in die Köpfe von Bürgern und Gästen bekommen, die zu der Entscheidung führen, die Ortsmitte aufzusuchen“, machte Architekt und Stadtplaner Michael Leidl (Bad Birnbach) deutlich.

Eine städtebauliche Entscheidung für eine starke Ortsmitte könne dafür sorgen, dass das Wohnen einen Platz in der Ortsmitte und ihrer unmittelbaren Umgebung hat – also eine Entscheidung, die mindestens 500 Meter um die Ortsmitte Bedeutung hat. Und sie kann dafür Sorge tragen, dass die Ortsmitte gut erreichbar ist.

Zutaten für eine starke Ortsmitte seien neben Licht, Wasser, guten Sitzgelegenheiten, Begrünung, attraktiven Dächern und Fassaden, Straßenmusik, Festen, Märkten und Kunstangeboten auch Zutaten, die aus dem Ort selbst heraus zu finden sind: „besondere Ausblicke in die Landschaft, eine einmalige Topographie, spürbar Geschichte tragende Gebäude am Platz“. Diesen besonderen Zutaten gelte es auch besondere Aufmerksamkeit zu widmen, haben sie aus Leidls Sicht doch das Potenzial, einen Ort unterscheidbar, einmalig und unverwechselbar zu machen.

Sein Fazit: „Während die Handelsfunktionen in unseren Ortsmitten zunehmend in Bedrängnis geraten, ist das Bedürfnis sich zu begegnen, Schönes zu erleben und darüber zu erzählen, in den Zeiten von Social Media ungebrochen. Der richtige Ort dafür ist immer die Ortsmitte. Mit den richtigen Zutaten kann der Städtebau dafür sorgen, dass das Leben in der Ortsmitte bleibt. Gemeinsam macht's am meisten Spaß.“ ■



Das 4. Bayerische InfrastrukturForum in München bot reichlich Gelegenheit zu umfassender Information und konstruktivem Austausch.

KfW Bankengruppe:

Weiterdenker geben Ihrer Kommune Struktur. – Infrastruktur.

Die KfW fördert Ihre Infrastrukturinvestition. Im Auftrag der Bundesregierung vergibt die KfW zinsgünstige Förderkredite und (Tilgungs-) Zuschüsse an Kommunen sowie an kommunale und soziale Unternehmen.

Für allgemeine Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur gibt es eine Basisförderung. Besonders günstig sind die speziellen Förderprogramme für Investitionen in die Energieeffizienz von Nichtwohn-

gebäuden, in die Quartiersversorgung sowie für Maßnahmen zum Barriereabbau in öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum. ■

KfW-Förderprogramme für Ihre Investitionsvorhaben

Basisfinanzierung:

- IKK Investitionskredit Kommunen (208)
- IKU Investitionskredit kommunale u. soziale Unternehmen (148)

Quartierskonzepte und Sanierungsmanager:

- Energetische Stadtsanierung Zuschuss (432)

Wärme- und Kälteversorgung im Quartier/

Energieeffiziente Wasserversorgung und Abwasserentsorgung:

- IKK / IKU Energetische Stadtsanierung Quartiersversorgung (201/202)

Energieeffiziente Nichtwohngebäude:

- IKK / IKU Energieeffizient Bauen und Sanieren (217, 218/219, 220)

Barriereabbau an Nichtwohngebäuden/im öffentlichen Raum:

- IKK / IKU Barrierearme Stadt (233/234)

Für eine persönliche Beratung steht Andreas Ronge zur Verfügung.
Tel. 030 20264 5469, Mail andreas.ronge@kfw.de



Andreas Ronge

www.isw-isb.de

Institut für Städtebau und
Wohnungswesen, München
Institut für Städtebau Berlin

ISW vor Ort in Freyung, Grafenau und Perlesreut

Innenentwicklung und Ortskernrevitalisierung in kleinen Städten und Gemeinden

Fachexkursion am 15.05.2019 ab/an München In Kooperation mit dem BDA Bayern

Obwohl in Deutschland knapp 33 Millionen Menschen in über 3.800 Kleinstädten und Landgemeinden leben, hat sich die fachliche Diskussion lange Zeit auf die Planungspraxis der Großstädte bezogen. Doch Kleinstädte und Landgemeinden sind ein wichtiger Bestandteil des polyzentrischen Städteneetzes und übernehmen für ihren Raum wichtige Funktionen, wobei die Entwicklungsvoraussetzungen gerade für Städte und Gemeinden im peripher gelegenen, ländlichen Raum eine Herausforderung darstellen.

Wie sich diese Gemeinden gegen einen Verlust von Zentralitätsfunktionen und Attraktivität als Lebens- und Arbeitsort zur Wehr setzen können, soll im Rahmen dieser Fachexkursion anhand der Beispiele Markt Perlesreut (ca. 3000 Einwohner), Kreisstadt Freyung (ca. 7000 Einwohner) und Stadt Grafenau (ca. 8000 Einwohner) aufgezeigt werden.

Ziel der Fachexkursion ist es, den Teilnehmenden einen möglichst konkreten Einblick in die Ortsentwicklung und die umgesetzten Maßnahmen im Bereich der Innenentwicklung und Revitalisierung von Ortszentren zu geben.

Anmeldung und Information:

Institut für Städtebau und Wohnungswesen München
Tel: 089 54 27 06-0, Fax 089 54 27 06-23,
E-Mail: office@isw.de, Web: www.isw-isb.de

Weitere Veranstaltungen: www.isw-isb.de

Referent*innen:

Dr. Olaf **Heinrich** - 1. Bürgermeister, Stadt Freyung
Rolf-Peter **Klar** - Leitender Baudirektor, SG Städtebau, Regierung von Niederbayern
Max **Niedermeier** - 1. Bürgermeister, Stadt Grafenau
Dr. Carolin **Pecho** - Geschäftsführerin ILE Ilzer Land
Roland **Spiller** - Leiter Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern

BayernGrund:

Partner bei der Innenentwicklung

Mit dem griffigen Slogan „Krapfen statt Donut“ wurde bei der Veranstaltung „Lebendige Ortsmitte“ die Bedeutung der Innenentwicklung in Kommunen veranschaulicht. Neben den rechtlichen Möglichkeiten, die das BauGB den Kommunen eröffnet, werden Projekte, die der Stärkung und Entwicklung der Innerorte dienen, durch Mittel der Städtebauförderung sowie der Dorferneuerung unterstützt.

Oft sind jedoch Mitarbeiterkapazitäten in den öffentlichen Verwaltungen knapp. BayernGrund unterstützt Sie bei der Vorbereitung und Durchführung der notwendigen Maßnahmen, erarbeitet mit Ihnen die städtebauli-



v.l. Klaus Heller und Franz Schonlau

chen Entwicklungskonzepte und führt Sie sicher durch den Antrags- und Förderdschungel. BayernGrund baut auf langjährige Erfahrungen und stellt je nach Projekt ein interdisziplinäres Team nach Ihren Bedürfnissen bereit.

Nach der Ideenfindung und der Planung geht es an die Umsetzung des Projektes. BayernGrund übernimmt neben konzeptionellen und beratenden Leistungen auch die Umsetzung der Projekte vom Erwerb notwendiger Grundstücke mit Neuordnung und Verkauf bis hin zur Realisierung von baulichen Maßnahmen im Hoch- und Tiefbau. BayernGrund versteht sich immer als Dienstleister der Kommune und führt Maßnahmen in enger Abstimmung und nach Vorgabe der Kommune durch. ■

Gerne erstellt BayernGrund für Sie ein individuelles Angebot. Erfahren Sie mehr unter www.bayerngrund.de.



v.l. Johannes Kneidl, 2. Bürgermeister Gemeinde Sulzemoos, Monika Held und Gabi Emmerling, Projekt Gemeindeentwicklung Petersdorf, Dietrich Binder, 1. Bürgermeister Gemeinde Petersdorf



Sehen Sie zum 4. Bayerischen InfrastrukturForum auch einen Filmbeitrag von TV Bayern live.

QR Code scannen oder Weblink
www.tvbayernlive.de/mediathek/video/infrastrukturforum



Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
 Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

IMPRESSIONEN



Die Fachveranstaltungen der Bayerischen Gemeindezeitung:





Terminhinweis

5. BAYERISCHES INFRASTRUKTUR FORUM

Lebendige Ortsmitte

Frühjahr 2020

www.bayerisches-infrastrukturforum.de

IMPRESSUM:

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 09/2019

Redaktion: Doris Kirchner
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Event: Jessica Kassner
Sonstige wie angegeben

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Anzeigenleitung: Constanze von Hassel
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg



**Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit
Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern**

und klicken Sie hier: www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



Vorträge der Referenten werden nur im GZ-Netzwerk zur Verfügung gestellt.
Bitte registrieren Sie sich unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern
und treten Sie der Gruppe „Lebendige Ortsmitte“ bei.